D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 47
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

20. November 1981
Preis 1 DM

Ein Hexenprozeß der türkischen Junta
Rechtsanwalt Victor Pfaff hat einen Prozeßtag gegen die „Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei“ beobachtet. Er schildert seine Eindrücke ..... S. 3



Manipulierte Beweislage im Nürnberger KOMM-Prozeß
Jetzt ist die Unterdrückung von Prozeßakten durch den Staatsanwalt aufgeflogen. Die Verteidiger beantragen Einstellung des Verfahrens ...... S. 2

Nützlicher Krach bei den Vertrauensleuten der IGM
Mit seinen schonungsvollen Ausführungen zur Regierungspolitik kam Eugen Loderer unter heftigen Beschuß der Gewerkschaftsfunktionäre ... S. 7

Dokumente der 6. Delegiertenkonferenz des KBW
Die Konferenz faßte Beschlüsse über programmatische Fragen und zum Kampf gegen den drohenden Krieg. Diese KVZ enthält dazu eine Beilage

Startbahn West:

Politisch nicht durchsetzbar

Wie weiter im Kampf gegen dieses Wahnsinnsprojekt?

cof. Daß die Startbahn West *politisch* nicht gegen den Willen der Bevölkerung einer ganzen Region durchzusetzen ist, das ist seit dem letzten Wochenende allen klar. Doch die Landesregierung hat erneut beschlossen: Am Konfrontationskurs wird festgehalten. Der Besuch von Brandt und Hauff in Wiesbaden sollten dem Wahnsinnsprojekt die höheren Weihen verleihen, indem die beiden aus Bonn das Interesse der Nation signalisierten – Schützenhilfe für Börners Behauptung, das Volksbegehren sei verfassungsrechtlich nicht zulässig, weil es in das Luftverkehrsrecht eingreife. Die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren/Volksentscheid hat das längst widerlegt.

Börner steht nach seiner Auslegung 300000 Staatsfeinden gegenüber, die sich ihr Interesse an der Erhaltung ihres natürlichen Lebensraums von keiner Regierung streitig machen lassen. Wen wundert es, wenn die Startbahngegner von ihrem Notwehrrecht Gebrauch machen angesichts der Unnachgiebigkeit einer Regierung, die nicht nur auf unseren Lebensinteressen, sondern auch auf dem Recht des Volkes, sich ein Gesetz zu geben, mit brutalster Gewalt von Polizei und Bundesgrenzschutz rumtrampelt.

Nachdem Börner erklärt hatte, die demokratisch gewählten Vertreter der

sie auch im Rahmen der Amtshilfe auf Sondertruppen und BGS zurückgreifen müssen, wenn sich Zersetzung bei der Polizei breit macht, wenn z.B. ein Polizist in der Hessenschau erklärt, er werde im Fall eines Einsatzes am Startbahngelände den Befehl verweigern, oder wenn der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft zur Demonstration der Polizisten aufruft, weil sie nicht nur die Überstunden satt haben, sondern auch nicht länger bereit sind, durchzuprügeln, was nur mit Gewalt durchzusetzen ist, wofür aber die Landesregierung die Verantwortung trägt.

Auch die Aktion vom Sonntag hat letzten Endes gezeigt, von wem die Gewalt ausgeht, und Josef Leinen hatte Recht, wenn er auf der Kundgebung in Wiesbaden meinte, man solle nicht wie gebannt auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofs starren, denn Friedhofsruhe nütze nur den Befürwortern der Startbahn. Trotzdem ist die Frage offen: Wie geht es jetzt weiter? Wie können wir den politischen Druck auf die Landesregierung verstärken, wenn der Staatsgerichtshof ablehnt? Eine breit angelegte Aktion wie die vom vergangenen Sonntag läßt sich nicht wiederholen – ihr Ziel hat sie nicht erreicht. In den Bürgerinitiativen wird jetzt über weitere politische Aktionsmöglichkeiten diskutiert, wird über-

cof. Daß die Startbahn West *politisch* nicht gegen den Willen der Bevölkerung einer ganzen Region durchzusetzen ist, das ist seit dem letzten Wochenende allen klar. Doch die Landesregierung hat erneut beschlossen: Am Konfrontationskurs wird festgehalten. Der Besuch von Brandt und Hauff in Wiesbaden sollten dem Wahnsinnsprojekt die höheren Weihen verleihen, indem die beiden aus Bonn das Interesse der Nation signalisierten – Schützenhilfe für Börners Behauptung, das Volksbegehren sei verfassungsrechtlich nicht zulässig, weil es in das Luftverkehrsrecht eingreife. Die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren/Volksentscheid hat das längst widerlegt.

Börner steht nach seiner Auslegung 300000 Staatsfeinden gegenüber, die sich ihr Interesse an der Erhaltung ihres natürlichen Lebensraums von keiner Regierung streitig machen lassen. Wen wundert es, wenn die Startbahngegner von ihrem Notwehrrecht Gebrauch machen angesichts der Unnachgiebigkeit einer Regierung, die nicht nur auf unseren Lebensinteressen, sondern auch auf dem Recht des Volkes, sich ein Gesetz zu geben, mit brutalster Gewalt von Polizei und Bundesgrenzschutz rumtrampelt.

Nachdem Börner erklärt hatte, die demokratisch gewählten Vertreter der demokratischen Verfassung dürften sich keinem Ultimatum beugen, selbst dann nicht, wenn es von über 100000 Demonstranten aus Hessen gefordert wird; nachdem er offen aussprach, wie *er* das mit dem Rechtsstaat sieht, der die vornehme Aufgabe habe, das Eigentumsrecht der FAG zu schützen, war für die Bürgerinitiativen klar: „Wenn am Sonntag um 12.30 Uhr unser Ultimatum an die Landesregierung abläuft, ohne daß unsere Forderungen – sofortiger Baustopp und Abzug der Polizei – erfüllt sind, beginnt unsere Aktion um 12.31 Uhr ... Die FAG besetzt unseren Wald – besetzen wir die FAG ... Zerstört die FAG aus Profitgründen unseren Lebensraum, stören wir mit immer wiederkehrenden Versuchen auf dem gesamten (!) Flughafengelände ihre Geschäftsgrundlage.“

Polizeiminister Gries lügt, wenn er von einer Minderheit von einigen tausend Gewalttätern spricht. Waren nicht viel ältere Leute aus Walldorf und Mörfelden in den vordersten Reihen? Haben nicht Arbeiter Stöcke über den Zaun geschmissen? So konnte es gelingen, die Polizeikräfte auseinanderzuziehen, die den Flughafen vorübergehend aufgeben mußten. Erst die Kommandoeinsätze des Bundesgrenzschutzes zerschlugen den Widerstand.

Dazu paßt es gut, wenn Generalbundesanwalt Rebmann gegen den Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren Alexander Schubart ein Ermittlungsverfahren wegen versuchter Nötigung der hessischen Landesregierung einleitet. Das hält auch die „Frankfurter Rundschau“ für ungeschickt, weil es allzu offen bloßlegt, daß die Regierenden zu Mitteln der Terroristenbekämpfung überzugehen gedenken, wo sie politisch nicht durchkommen. Wie

sie auch im Rahmen der Amtshilfe auf Sondertruppen und BGS zurückgreifen müssen, wenn sich Zersetzung bei der Polizei breit macht, wenn z.B. ein Polizist in der Hessenschau erklärt, er werde im Fall eines Einsatzes am Startbahngelände den Befehl verweigern, oder wenn der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft zur Demonstration der Polizisten aufruft, weil sie nicht nur die Überstunden satt haben, sondern auch nicht länger bereit sind, durchzuprügeln, was nur mit Gewalt durchzusetzen ist, wofür aber die Landesregierung die Verantwortung trägt.

Auch die Aktion vom Sonntag hat letzten Endes gezeigt, von wem die Gewalt ausgeht, und Josef Leinen hatte Recht, wenn er auf der Kundgebung in Wiesbaden meinte, man solle nicht wie gebannt auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofs starren, denn Friedhofsruhe nütze nur den Befürwortern der Startbahn. Trotzdem ist die Frage offen: Wie geht es jetzt weiter? Wie können wir den politischen Druck auf die Landesregierung verstärken, wenn der Staatsgerichtshof ablehnt? Eine breit angelegte Aktion wie die vom vergangenen Sonntag läßt sich nicht wiederholen – ihr Ziel hat sie nicht erreicht. In den Bürgerinitiativen wird jetzt über weitere politische Aktionsmöglichkeiten diskutiert, wird über-legt, wie die Information über die politischen Zusammenhänge der Ereignisse gerade der letzten Tage in ganz Hessen verbessert werden kann, und es wird auch erwogen, unter Umständen das Volksbegehren selber durchzuführen nach dem Vorbild der Volksbefragungsaktion von 1951, in der sich trotz Verbot und polizeilicher Verfolgung 9 Millionen Menschen im Bundesgebiet und Westberlin gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages aussprachen.

Die Risse, die sich in der SPD und im DGB bis jetzt auftun, müssen verbreitert werden. Nur die GEW und die IG Druck und Papier haben vor anderthalb Wochen gegen den Beschluß des DGB-Landesvorstands Stellung genommen, der über eine „Atempause“ nicht hinausgeht und ausdrücklich die Notwendigkeit der Startbahn betont. Dennoch hat dieser Beschluß kleine Schritte in Gang gesetzt. Betriebsräte in einem Zweigwerk der Hoechst AG in Frankfurt-Fechenheim sammeln Unterschriften unter Gewerkschaftern und Funktionären unter einen Brief an den DGB, in dem sie fordern, das „bedingte Ja“ in ein klares Nein umzuwandeln. Eine ähnliche Resolution wurde von rund 200 Teilnehmern einer Veranstaltung von Postgewerkschaft und GEW am vergangenen Freitag in Frankfurt verabschiedet.

Keinen Erfolg hatte die Regierung auch, als sie von den Bürgerinitiativen eine Distanzierung von Alexander Schubart als Initiator der Flughafenblockade erwartete. Gegen seine Suspendierung vom Amt eines Frankfurter Magistratsdirektors häufen sich vielmehr die Proteste, so unter anderem von der Landesvertreterversammlung der GEW Hessen.



Am Mittwoch, den 11.11.1981 trat Rechtsanwalt Gerhard Härdle aus Heidelberg seine 22monatige Haftstrafe im Gefängnis Stuttgart-Stammheim an. Über 100 Menschen, darunter einige Rechtsanwälte in Robe, brachten zum Ausdruck, daß der Kampf gegen das Skandalurteil des Landgerichts Heidelberg, die Inhaftierung von Gerhard Härdle und das beabsichtigte Berufsverbot weiter geht.

Sharon wetzt das Messer

Seit zwei Wochen Generalstreik im Westjordanland

chm. Es ist alles wieder beim alten: Die israelischen Militärpatrouillen prägen das Bild im besetzten Westufer, Soldaten mit dem über dem Bauch gehäng-

Seit dem offiziellen Inkrafttreten dieser Mißgeburt von Zivilverwaltung Anfang November ist das gesamte Westufer in Aufruhr. Wie schon frü-



Am Mittwoch, den 11.11.1981 trat Rechtsanwalt Gerhard Härdle aus Heidelberg seine 22monatige Haftstrafe im Gefängnis Stuttgart-Stammheim an. Über 100 Menschen, darunter einige Rechtsanwälte in Robe, brachten zum Ausdruck, daß der Kampf gegen das Skandalurteil des Landgerichts Heidelberg, die Inhaftierung von Gerhard Härdle und das beabsichtigte Berufsverbot weiter geht.

Sharon wetzt das Messer

Seit zwei Wochen Generalstreik im Westjordanland

chm. Es ist alles wieder beim alten: Die israelischen Militärpatrouillen prägen das Bild im besetzten Westufer, Soldaten mit dem über dem Bauch gehäng-ten Maschinengewehr Uzi bevölkern die Straßen, Häuser werden wieder gesprengt, Demonstranten beschossen, Schüler verhaftet (andere aber auch), die Universität Bir Zeit ist wieder geschlossen. Lange hat Sharons „Besatzungsmacht mit menschlichem Gesicht“ nicht angehalten. Wieder herrscht der Stiefel *offen*, für jedermann spürbar und auch sichtbar.

Als die neue israelische Regierung im Juli offiziell ihre Amtsperiode eröffnete mit Sharon als Verteidigungsminister, „überraschte“ er, von dem alle nur Schlechtes erwarteten, mit seinen milden Erklärungen die Öffentlichkeit: Es sei jetzt an der Zeit, den eisernen Griff der israelischen Besatzung zu lockern, die Palästinenser müßten die Möglichkeit erhalten, ihre Angelegenheiten selber in die Hand zu nehmen. Eine palästinensische Polizeitruppe sollte die Ordnungsaufgaben übernehmen, das israelische Militär sollte aus den Straßen verschwinden. Eine „Zivilverwaltung“ der besetzten Gebiete sollte anstelle der Militärverwaltung entstehen, wohlgemerkt an den Grenzen und an den sogenannten strategisch wichtigen Stellen sollten die Besatzungstruppen bleiben. Während die Presse Probleme hatte, mit dem „neuen“, milden Sharon klarzukommen, durchschaute die Bevölkerung in den besetzten Gebieten, erfahren im Umgang mit der israelischen Besatzung, den Plan: palästinensische Zivilverwaltung übersetzte sie richtig mit „Versuch, eine alternative Führung anstelle der PLO aufzubauen als Vorbereitung für die Durchsetzung des in den Camp David Abkommen festgeschriebenen Autonomieplanes für die besetzten Gebiete“.

Seit dem offiziellen Inkrafttreten dieser Mißgeburt von Zivilverwaltung Anfang November ist das gesamte Westufer in Aufruhr. Wie schon frü-her, brach der Widerstand in der Universität Bir Zeit aus, nahe Ramallah. Drei Tage lang streikten die Studenten, bildete Bir Zeit den Ausgangspunkt der Demonstrationen in der Umgebung. Der israelische Militärgouverneur des Bezirks beschloß, die Uni zu schließen. Da ging es erst richtig los. In allen Städten kam es zu Solidaritätsdemonstrationen mit Bir Zeit, bei denen die Hauptforderung „Weg mit der Zivilverwaltung“ war. Die Geschäftsleute schlossen sich an. Sie machten ihre Läden dicht. Die Arbeiter blieben zu Hause, die Schüler gingen auf die Straße und nicht in die Schulen.

Da sich die Palästinenser nun „renitent“ zeigen, sieht sich Sharon „gezwungen“, wieder zu den alten Methoden zurückzukehren – für ein paar Molotowcocktails, die nach der Einweihung von zwei neuen Siedlungen in Hebron auf der Straße explodierten, ohne nennenswerten Schaden anzurichten, wurden vier Häuser gesprengt.

Die israelische Regierung ist zur Zeit schwer unter Druck: Der US-Senat hat die Lieferungen der AWACS-Flugzeuge an Saudiarabien beschlossen. Die USA haben auch weiter gezeigt, daß sie nicht abgeneigt sind, sich zumindest teilweise auf den Fahd-Plan einzulassen. Die Autonomieverhandlungen zwischen Israel und Ägypten sind am 12.11. in Kairo abgebrochen worden. Schlimmer noch: der ägyptische Präsident Mubarak rückt zentimeterweise von der Politik seines Vorgängers ab. Im Fahd-Plan sieht er eine annehmbare Grundlage für eine Lösung des Nahost-Problems. Das Vorgehen der israelischen Besatzung im Westufer hat Mubarak verurteilt und Israel aufgefordert, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anzuerkennen.

Neue Töne aus Washington

lup. Nun ist doch nicht nur Leonid Breschnew einer, der „neue Friedensvorschläge“ mitbringt, wenn er nach Bonn kommt. Nun gibt es auch von der anderen Seite einen neuen Friedensvorschlag, und zwar einen umfassenden. Es ist nun doch nicht nur die Sowjetunion, die die Einführung stets neuer Waffensysteme mit der Bekanntgabe stets neuer Friedensvorschläge zu verbinden weiß. Die Amerikaner können das auch.

Auf seiten der USA aber war man derlei Töne in der letzten Zeit nicht gewohnt. Es war und ist seitens der amerikanischen Presse und Regierung üblich, die westeuropäische Friedensbewegung wenn nicht als das Werk Moskaus, so doch als eine den Interessen des Kreml objektiv nützende Bewegung darzustellen. Und nicht nur das. Es war kein Ausrutscher, wenn Reagan vor einiger Zeit darauf hinwies, er halte einen auf Europa beschränkten Atomkrieg für denkbar, und wenn Haig erklärte, wenn die Sowjetunion mit einer konventionellen Übermacht Westeuropa angreife, würden die USA eine demonstrative Atomexplosion in der Atmosphäre starten. All das bewegte sich „im Rahmen der NATO-Strategie“, das ist wahr. Daß man von höchsten Stellen auf die verheerenden Folgen dieser NATO-Strategie für die europäischen Völker hingewiesen wurde, das hat der westeuropäischen Friedensbewegung neue Nahrung zugeführt.

Ihren propagandistischen Kampf gegen diese Friedensbewegung hat die US-Regierung so jedenfalls in der ersten Runde verloren. Von einer reellen Änderung der US-Politik ist der neue Reagansche Vorschlag einer allgemei-

nen das auch.

Auf seiten der USA aber war man derlei Töne in der letzten Zeit nicht gewohnt. Es war und ist seitens der amerikanischen Presse und Regierung üblich, die westeuropäische Friedensbewegung wenn nicht als das Werk Moskaus, so doch als eine den Interessen des Kreml objektiv nützende Bewegung darzustellen. Und nicht nur das. Es war kein Ausrutscher, wenn Reagan vor einiger Zeit darauf hinwies, er halte einen auf Europa beschränkten Atomkrieg für denkbar, und wenn Haig erklärte, wenn die Sowjetunion mit einer konventionellen Übermacht Westeuropa angreife, würden die USA eine demonstrative Atomexplosion in der Atmosphäre starten. All das bewegte sich „im Rahmen der NATO-Strategie“, das ist wahr. Daß man von höchsten Stellen auf die verheerenden Folgen dieser NATO-Strategie für die europäischen Völker hingewiesen wurde, das hat der westeuropäischen Friedensbewegung neue Nahrung zugeführt.

Ihren propagandistischen Kampf gegen diese Friedensbewegung hat die US-Regierung so jedenfalls in der ersten Runde verloren. Von einer reellen Änderung der US-Politik ist der neue Reagansche Vorschlag einer allgemei-nen nuklearen Abrüstung Europas weit entfernt. Er ist nicht mehr als ein verbales Zugeständnis an die Forderungen der Europäer. Aber das ist er. Ebenso wie die Moskauer Vorschläge und die Wiener Verhandlungen ist er nicht zuletzt eine Waffe im Kampf um die Meinungen der europäischen Völker, deren Interessen durch das Räderwerk der sowjetisch-amerikanischen Rivaliät zermalmt zu werden drohen.

Jedenfalls sind die USA inzwischen gezwungen, auf die westeuropäische Friedensbewegung zu reagieren. Die Risse in den westdeutschen Regierungsparteien werden deutlicher. Willy Brandt hat jetzt die amerikanischen Äußerungen über einen auf Europa begrenzten Atomkrieg als unerträglich bezeichnet. Es sind dies auch erst nur Worte. Die Aufrüstung der beiden Supermächte schreitet noch ungebremst voran. Solche Worte sind aber auch Indizien dafür, daß die Friedensbewegung eine Kraft werden kann, die imstande ist, auf Dauer *reelle* Änderungen zu erzwingen.

,,Wir machen uns Sorgen . . .“

Anläßlich des Besuchs Leonid Breschnews am 23. November in Bonn haben 54 SPD-Bundestagsabgeordnete an den sowjetischen Partei- und Regierungschef einen Brief geschrieben, in dem sie sich nachhaltig für Frieden und Abrüstung in Ost und West einsetzen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir verstehen Ihren Besuch in der Bundesrepublik Deutschland als ein Zeichen des Willens, die Politik der Verständigung fortzusetzen, für die Sie sich mit Willy Brandt und Bundeskanzler Helmut Schmidt engagiert haben.

Vor wenigen Wochen, am 10. Oktober 1981, haben über 300000 unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Friedenssehnsucht und ihren Friedenswillen in Bonn demonstriert. Sie haben dabei nicht nur ein ,,Nein“ zu den amerikanischen, sondern auch zu den sowjetischen Mittelstreckenraketen gefordert und sind für eine umfassende Abrüstung in West und Ost eingetreten. Einige der unterzeichnenden Bundestagsabgeordneten der SPD haben diese Demonstration in einer öffentlichen Erklärung begrüßt und unterstützt. Wir möchten deshalb Ihren Besuch in der Bundesrepublik zum Anlaß nehmen, Ihnen zu verdeutlichen, daß es unter unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch Forderungen und Sorgen gibt, die die Politik der Sowjetunion betreffen.

Wir machen uns Sorgen
– über die starke Rüstung der Sowjetunion im konventionellen Bereich;
– über die beschleunigte Produktion neuer SS-20-Raketen,
– über den Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan,
– ber die Verletzung schwedischer Hoheitsgewässer durch ein sowjetisches U-Boot und
– über das mangelnde Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in den Staaten des Warschauer Paktes.

So wie wir Forderungen gegenüber den USA und gegenüber der NATO vertreten, wollen wir auch Ihnen gegenüber fordern,
– daß die Sowjetunion den Rüstungswettlauf nicht weiter verschärft und ihre Bereitschaft zur kontrollierten Abrüstung konkretisiert,
– daß sie das Recht auf Selbstbestimmung aller Völker respektiert,
– daß sie der Freiheit der Gewissensentscheidung gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen in ihrem Machtbereich zum Durchbruch verhilft und
– daß sie durch einen stärkeren Anteil an den internationalen Bemühungen um Entwicklungshilfe zur Sicherung des Friedens in der Welt beiträgt.

Ihr Vorschlag für ein Moratorium beim Aufstellen der Mittelstreckenraketen ist in der Bundesrepublik mit Interesse aufgenommen und von vielen positiv begrüßt worden. Wir hoffen sehr, daß diese sowjetische Bereitschaft zum Entgegenkommen auch die im November beginnenden Verhandlungen zwischen Ihrem Land und den USA bestimmen wird.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages erhoffen wir uns von Ihrem Besuch aber auch eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern.

Vor allem aber hoffen wir darauf, daß Sie unsere Sorgen über den Rüstungswettlauf und über den Unfrieden in der Welt verstehen als unsere Bereitschaft zur friedlichen Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt.

Mit diesen Hoffnungen grüßen wir Sie und heißen Sie in der Bundesrepublik Deutschland willkommen.

Unterzeichner: Hans Joachim Hoffmann, Peter Paterna, Volkmar Kretkowski, Robert Antretter, Freimut Duve, Georg Bamberg, Arne Börnsen, Heinz Schreiber, Uwe Holtz, Kurt Leuschner, Peter Conradi, Harald B. Schäfer, Manfred Marschall, Horst Sielaff, Thomas Schöer, Lothar Ibrügger, Rudolf Bindig, Ernst Waltemathe, Karl Weinhofer, Gert Weisskirchen, Günter Schlatter, Peter Struck, Rudolf Dreßler, Rudolf Schöfberger, Peter Büchner, Jan Oostergetelo, Heide Simonis, Dieter Auch, Hans Wallow, Hans Gottfried Bernrath, Liesel Hartenstein, Ruth Zutt, Renate Schmidt, Lieselott Blunck, Heinz Schreiber, Egon Lutz, Gerhard Schröder, Wolfgang Rayer, Uwe Lambinus, Anke Martiny, Lothar Curdt, Joachim Poß, Wolf-Michael Catenhusen, Horst Peter, Peter Feile, Bernd Reuter, Ottmar Schreiner, Rudi Schmitt, Jürgen Egert, Klaus Dieter Kühbacher, Hugo Brandt, Klaus-Dieter Osswald, Klaus Immer, Günther Jansen.

KOMM-Prozeß: Die Anklage ist erschlichen

Unterdrückung von Beweismaterial aufgeflogen

k. Für die zweite Prozeßwoche wurde im Nürnberger KOMM-Prozeß allgemein erwartet, daß das Gericht über die Verlesung der Anklage, Vernehmung der Angeklagten, zur Beweisaufnahme komme. Es kam anders. Am Ende der dritten Woche ist noch unklar, ob das Verfahren überhaupt durchgeführt werden kann. In der kommenden Woche wird die Entscheidung hierüber fallen.

Die ,,Rumpfakte“ des Gerichts

In jedem Strafverfahren sammelt die Staatsanwaltschaft alle von der Polizei und ihr selbst durchgeführten Vernehmungen und andere Unterlagen des Ermittlungsverfahrens in der Akte, die mit der Anklageschrift dem Gericht vorzulegen ist. In jedem Ermittlungsverfahren ist es üblich, daß eingesetzte Polizeibeamte unmittelbar nach dem Einsatz vernommen werden oder entsprechende dienstliche Erklärungen abgeben. Nach solchen Vorschriften oder auch nur Üblichkeiten wird in Nürnberg nicht verfahren.

Am dritten Verhandlungstag beantragten Verteidiger, ihnen erneut die Möglichkeit zu geben, zur Anklageschrift Stellung zu nehmen, weil das Gericht die Anklage zugelassen hatte, ohne vorher Akteneinsicht zu gewähren. Das Gericht lehnte ab, weil alles, was das Gericht an Akten habe, auch den Verteidigern vorliege. Als die Verteidiger darauf hinwiesen, daß die Akte aber unvollständig sei, weil keine einzige Vernehmung von Polizeibeamten vom 6.3.1981 vorliege (die 141 wurden am Morgen des 6.3.1981 verhaftet), erklärte Staatsanwalt Hubmann, er habe alles dem Gericht vorgelegt. Die Verteidiger beharren auf Protokollierung dieser Erklärung und setzen gleichzeitig nach, indem sie aus der Akte selbst den Nachweis erbringen, nicht nur, daß die Gerichtsakte unvollständig ist, sondern daß gerade solche Aktenteile fehlen, die die Anklage wegen Landfriedensbruchs und schweren Landfriedensbruchs überhaupt erst möglich machen, obwohl die Staatsanwaltschaft selbst von 141 nur jeden zweiten den Vorwurf macht, selbst gewälttätig geworden zu sein, Steine geworfen zu haben. Das Gericht wird unruhig, will sich versichern und verlangt von der Staatsanwaltschaft eine schriftliche Erklärung (nachdem deren mündliche Erklärung bereits protokolliert war!). Eine Nürnberger Zeitung überschreibt ihren Bericht über diesen Verhandlungstag: ,,KOMM-Prozeß gewinnt an Brisanz.“ In der Tat: Am fünften Verhandlungstag legt die Staatsanwaltschaft die verlangte Erklärung und die Aussagen von 10 Polizeibeamten vom 6.3. vor: ,,Eine auf Anordnung der Staatsanwaltschaft am 11.11.1981 (dem 4. Verhandlungstag!, k.) durchgeführte Durchsicht der polizeilichen Ermittlungsunterlagen hat ergeben, daß zehn Vernehmungsniederschriften, die als Vernehmungstag den 6.3.1981 ausweisen und die die Vernehmung von Polizeibeamten betreffen, vorhanden sind.“ Die Bombe war geplatzt.

Verteidigung beantragt Einstellung des Verfahrens

Die Verteidigung beantragte hierauf die Einstellung des Verfahrens, weil für die Entscheidung über die Zulassung der Anklage notwendige Aktenteile dem Gericht und damit immer auch den Angeklagten und ihren Verteidigern entzogen worden sind. Die Anklage ist durch diese Aktenunterdrückung erschlichen worden, weil sie noch viel weniger als auf der Grundlage der dem Gericht bis dahin vorliegenden Rumpfakte hätte zugelassen werden dürfen, wenn diese Aktenteile von Anfang an vorgelegt worden wären. Außerdem weist die Verteidigung nach, daß mit den zehn nachgelieferten Aussagen von Polizeibeamten die Akte immer noch nicht vollständig ist.

Die Staatsanwaltschaft nennt es ein ,,bedauerliches und peinliches Versehen“, eine ,,Panne, die eigentlich nicht vorkommen dürfte“, wehrt sich aber gleichzeitig gegen den Vorwurf, daß die Akte immer noch nicht vollständig sei: ,,Weil ich doch kein Interesse habe, mich hier der Lächerlichkeit preiszugeben“, so Oberstaatsanwalt Horn für den Fall, daß er etwa erneut unterdrückte Akten nachliefern müßte. Am sechsten Verhandlungstag durfte offiziell festgestellt werden: Oberstaatsanwalt Horn ist der Lächerlichkeit preisgegeben. Er mußte wieder zwei bis dahin weder dem Gericht noch der Verteidigung bekannte Vernehmungen von Polizeibeamten vorlegen.(Auch dies wiederum verbunden mit der Feststellung, daß jetzt alles vorliege.) Am siebten Verhandlungstag muß die Staatsanwaltschaft in einem ,,Teilgeständnis“ ihrer Aktenunterdrückung zugeben, daß sie von den Aussagen von 56 Polizeibeamten zu Lichtbildvorlagen nur diejenigen zu den Akten genommen hat, die ein für sie positives Ergebnis hatten.

Auf welcher Grundlage wurden am 6.3. die Haftbefehle erlassen?

So einmalig diese Aktenunterdrückung für sich allein schon ist, so ungeheuerlich, daß sich die Staatsanwaltschaft durch Täuschung des Gerichts und der Verteidigung die Zulassung ihrer Anklage erschleicht: Am schlimmsten ist es, daß damit auch nachgewiesen ist, daß die Haftbefehle ohne jede Grundlage ergangen sind. Polizeiliche Vernehmungen vom 6.3. selber sind erst jetzt auf Drängen der Verteidigung zur Akte gekommen. Die Haftrichter kannten sie nicht. Also gab es keinerlei Belastungsmaterial gegen die 141 Verhafteten, das die Verhaftung hätte begründen können. (Ganz abgesehen davon, daß die jetzt nachgelieferten Aktenbestandteile die Angeklagten ent- und nicht belasten.) Die einheitliche Verhaftungsaktion von fünf Ermittlungsrichtern am Amtsgericht von Nürnberg vom 6.3. läßt sich jetzt als eine Nacht- und Nebelaktion bisher unbekannten Ausmaßes *nachweisen*. – Selbst dem Bundesverfassungsgericht, das über eine Verfassungsbeschwerde gegen einen Haftbefehl zu entscheiden hatte, wurden die unterdrückten Aktenbestandteile vorenthalten, um das Verfahren auch von oben her abzusegnen.

Wer sabotiert das Verfahren?

Staatsanwalt Hubmann, dem die Polizeivernehmungen vom 6.3. von Anfang an bekannt waren, steigerte sich in der ersten Verhandlungswoche einmal übers andere in seinen Vorwürfen gegen die Verteidigung: ihre Anträge waren für ihn ,,offensichtlich unbegründet“, dann verfolgten sie ,,offensichtlich verfahrensfremde Zwecke“. Schließlich warf er der Verteidigung ,,versuchte Verfahrenssabotage“ vor. Seit die Verteidigung die Aktenmanipulation aufgedeckt hat, hat er kein einziges Wort mehr gesagt. Der bayrische Justizminister hat einen ,,unverzüglichen Bericht“ angefordert.

Ein Flugblatt-Aufruf aus Tallinn
Das nachfolgende Flugblatt zirkuliert seit Juli – in zweisprachiger Fassung – in Estland, vor allem der Hauptstadt Tallinn. Im Vorort Musfamäe habe es in allen Briefkästen gesteckt. Aber auch in den Hauptstädten Lettlands und Litauens, in Vilnius und Kaunas, soll es verbreitet worden sein. In Moskau und Leningrad
Exekutive persönlich in demokratischen Wahlen periodisch vom Volk bestimmt werden.
II
Zur Stützung unserer Forderungen beginnen wir mit der Durchführung einer
Aktionen zum Breschnew-Besuch



in der Bundesrepublik zum Anlaß nehmen, Ihnen zu verdeutlichen, daß es unter unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch Forderungen und Sorgen gibt, die die Politik der Sowjetunion betreffen.
Wir machen uns Sorgen
– über die starke Rüstung der Sowjetunion im konventionellen Bereich;
– über die beschleunigte Produktion neuer SS-20-Raketen,
– über den Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan,
– ber die Verletzung schwedischer Hoheitsgewässer durch ein sowjetisches U-Boot und
– über das mangelnde Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in den Staaten des Warschauer Paktes.
So wie wir Forderungen gegenüber den USA und gegenüber der NATO vertreten, wollen wir auch Ihnen gegenüber fordern,
– daß die Sowjetunion den Rüstungswettlauf nicht weiter verschärft und ihre Bereitschaft zur
Bereitschaft zur friedlichen Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt.
Mit diesen Hoffnungen grüßen wir Sie und heißen Sie in der Bundesrepublik Deutschland willkommen.
Unterzeichner: Hans Joachim Hoffmann, Peter Paterna, Volkmar Kretkowski, Robert Antretter, Freimut Duve, Georg Bamberg, Arne Börnsen, Heinz Schreiber, Uwe Holtz, Kurt Leuschner, Peter Conradi, Harald B. Schäfer, Manfred Marschall, Horst Sielaff, Thomas Schöer, Lothar Ibrügger, Rudolf Bindig, Ernst Waltemathe, Karl Weinhofer, Gert Weisskirchen, Günter Schlatter, Peter Struck, Rudolf Dreßler, Rudolf Schöfberger, Peter Büchner, Jan Oostergetelo, Heide Simonis, Dieter Auch, Hans Wallow, Hans Gottfried Bernrath, Liesel Hartenstein, Ruth Zutt, Renate Schmidt, Lieselott Blunck, Heinz Schreiber, Egon Lutz, Gerhard Schröder, Wolfgang Rayer, Uwe Lambinus, Anke Martiny, Lothar Curdt, Joachim Poß, Wolf-Michael Catenhusen, Horst Peter, Peter Feile, Bernd Reuter, Ottmar Schreiner, Rudi Schmitt, Jürgen Egert, Klaus Dieter Kühbacher, Hugo Brandt, Klaus-Dieter Osswald, Klaus Immer, Günther Jansen.
Gericht die Anklage zugelassen hatte, ohne vorher Akteneinsicht zu gewähren. Das Gericht lehnte ab, weil alles, was das Gericht an Akten habe, auch den Verteidigern vorliege. Als die Verteidiger darauf hinwiesen, daß die Akte aber unvollständig sei, weil keine einzige Vernehmung von Polizeibeamten vom 6.3.1981 vorliege (die 141 wurden am Morgen des 6.3.1981 verhaftet), erklärte Staatsanwalt Hubmann, er habe alles dem Gericht vorgelegt. Die Verteidiger beharren auf Protokollierung dieser Erklärung und setzen gleichzeitig nach, indem sie aus der Akte selbst den Nachweis erbringen, nicht nur, daß die Gerichtsakte unvollständig ist, sondern daß gerade solche Aktenteile fehlen, die die Anklage wegen Landfriedensbruchs und schweren Landfriedensbruchs überhaupt erst möglich machen, obwohl die Staatsanwaltschaft selbst von 141 nur jeden zweiten den Vorwurf macht, selbst gewälttätig geworden zu sein, Steine geworfen zu haben. Das Gericht wird unruhig, will sich versichern und verlangt von der Staatsanwaltschaft eine schriftliche Erklärung (nachdem deren
noch viel weniger als auf der Grundlage der dem Gericht bis dahin vorliegenden Rumpfakte hätte zugelassen werden dürfen, wenn diese Aktenteile von Anfang an vorgelegt worden wären. Außerdem weist die Verteidigung nach, daß mit den zehn nachgelieferten Aussagen von Polizeibeamten die Akte immer noch nicht vollständig ist.
Die Staatsanwaltschaft nennt es ein ,,bedauerliches und peinliches Versehen“, eine ,,Panne, die eigentlich nicht vorkommen dürfte“, wehrt sich aber gleichzeitig gegen den Vorwurf, daß die Akte immer noch nicht vollständig sei: ,,Weil ich doch kein Interesse habe, mich hier der Lächerlichkeit preiszugeben“, so Oberstaatsanwalt Horn für den Fall, daß er etwa erneut unterdrückte Akten nachliefern müßte. Am sechsten Verhandlungstag durfte offiziell festgestellt werden: Oberstaatsanwalt Horn ist der Lächerlichkeit preisgegeben. Er mußte wieder zwei bis dahin weder dem Gericht noch der Verteidigung bekannte Vernehmungen von Polizeibeamten vorlegen.(Auch dies wiederum verbunden mit der Feststellung, daß jetzt alles vorliege.) Am
lungsrichtern am Amtsgericht von Nürnberg vom 6.3. läßt sich jetzt als eine Nacht- und Nebelaktion bisher unbekannten Ausmaßes nachweisen. – Selbst dem Bundesverfassungsgericht, das über eine Verfassungsbeschwerde gegen einen Haftbefehl zu entscheiden hatte, wurden die unterdrückten Aktenbestandteile vorenthalten, um das Verfahren auch von oben her abzusegnen.
Wer sabotiert das Verfahren?
Staatsanwalt Hubmann, dem die Polizeivernehmungen vom 6.3. von Anfang an bekannt waren, steigerte sich in der ersten Verhandlungswoche einmal übers andere in seinen Vorwürfen gegen die Verteidigung: ihre Anträge waren für ihn ,,offensichtlich unbegründet“, dann verfolgten sie ,,offensichtlich verfahrensfremde Zwecke“. Schließlich warf er der Verteidigung ,,versuchte Verfahrenssabotage“ vor. Seit die Verteidigung die Aktenmanipulation aufgedeckt hat, hat er kein einziges Wort mehr gesagt. Der bayrische Justizminister hat einen ,,unverzüglichen Bericht“ angefordert.

Ein Flugblatt-Aufruf aus Tallinn

Das nachfolgende Flugblatt zirkuliert seit Juli – in zweisprachiger Fassung – in Estland, vor allem der Hauptstadt Tallinn. Im Vorort Musfamäe habe es in allen Briefkästen gesteckt. Aber auch in den Hauptstädten Lettlands und Litauens, in Vilnius und Kaunas, soll es verbreitet worden sein. In Moskau und Leningrad sollen Sympathisanten, die ebenfalls den Text verbreitet haben, festgenommen worden sein. Nach Recherchen des Korrespondenten der schwedischen Zeitung ,,Dagens Nyeter“ soll die unterzeichnende Organisation ,,Demokratische Front der Sowjetunion“ eine vor allem von Russen in den baltischen Gebieten gebildete Gruppe sein. Einige Passagen im Aufruf (,,Keine Ausbrüche von Nationalismus!“) scheinen das zu stützen. – Für die Echtheit des Dokuments kann niemand bürgen. Der gerade aus Estland ausgewiesene Bürgerrechtler Soldatow bestätigte in Stockholm aber seinerseits die Aktionsaufrufe, wie auch die Tatsache, daß es bereits vor einem Jahr zu Demonstrationen und Streiks gekommen ist.

G.K.

Proklamation

In Anbetracht der neu entstandenen politischen und ökonomischen Lage in unserem Land und
in Anbetracht der führenden Rolle unseres Landes bei der Weltkrise, die die weitere Existenz der weiteren Menschheit bedroht, und
im Bewußtsein, daß der einzige Weg zu einem normalen Leben und einer besseren Welt *eine Demokratisierung unserer Staatsform ist.*
Nur durch die Schaffung einer freien, demokratischen und offenen Gesellschaft schaffen wir eine vertrauensvolle Grundlage für die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Ländern, für Abrüstung und vollständige Vernichtung aller Kernwaffen in der Welt, machen wir uns frei von der schweren Last der Rüstung, erreichen wir einen schnell steigenden Lebensstandard und Bewegungsfreiheit über die Grenzen hinweg, und
im Bewußtsein, daß keine äußere Macht eine akzeptable Lösung für unsere Probleme bieten kann, und daß wir selber die Schlüsselrolle bei der Lösung dieser Probleme innehaben, rufen wir alle Mitbürger ohne Ausnahme auf, sich mit uns für folgende Forderungen zu vereinen:

I

Wir fordern, daß die sowjetische Regierung unmittelbar
1. die sowjetische Armee aus Afghanistan zurückbeordert,
2. die Einmischung in Polens innere Angelegenheiten stoppt,
3. die weitere Ausfuhr von Nahrungsmitteln stoppt,
4. die diskriminierenden Formen des Handels aufgibt,
5. alle politischen Gefangenen freigibt und alle politischen Verbannungen für ungültig erklärt,
6. die Wehrdienstzeit um 6 Monate verkürzt,
7. mit der Verwirklichung der Artikel 13, 15, 18, 19, 20 und 23 Punkt 3 und 4 der UNO-Menschenrechtsdeklaration und der Regeln der Helsinki-Deklaration beginnt, um auf der Grundlage dieser Regeln eine demokratische Gesellschaft zu schaffen, in der die Repräsentanten in der Legislative und Exekutive persönlich in demokratischen Wahlen periodisch vom Volk bestimmt werden.

II

Zur Stützung unserer Forderungen beginnen wir mit der Durchführung einer

Halben Stunde des Schweigens

am 1. Dezember 1981 von 10 Uhr bis 10.30 Uhr, die am ersten Arbeitstag eines jeden Monats 1982, also am 4. Januar, 1. Februar, 1. März, 1. April, 3. Mai usw. zum gleichen Zeitpunkt, 10 bis 10.30 Uhr Ortszeit, wiederholt wird.

1. *Alle Räder stehen still!* Der Straßenverkehr wird gestoppt. Jeglicher Betrieb und jegliche Tätigkeit wird ausgesetzt! Wo wir auch sind, in den Fabrikhallen, auf der Arbeit im Freien, unterwegs in persönlichen Angelegenheiten, in der Stadt, auf dem Land, auf den Feldern.
2. Alle Straßenbahnen, Elektrobusse, Taxis, Linienbusse, Vorortzüge und deren Wartehallen werden geleert! Die Fußgänger verlassen die Straßen und Gehsteige. Das ganze Land wird 30 Minuten lang lahmgelegt.
3. Wir spielen alte Revolutionslieder (die Internationale u.a.) auf unseren Tonbandgeräten.
4. Keine Störung der öffentlichen Ordnung! Kein Ausbruch von Nationalismus!
5. Auf Fragen von Behörden und Vorgesetzten während der *Halben Stunde des Schweigens* antworten wir mit *Schweigen*.

Wir geben nicht auf, bis das Volk eine Regierung hat und nicht umgekehrt!

Juni 1981
NLDRR (Demokratische Front der Sowjetunion)

Eigene Übersetzung aus: Dagens Nyeter, 18.11.1981

Aktionen zum Breschnew-Besuch



Demonstration am Sonntag, den 22. November, in Bonn
gegen das System der atomaren ,,Abschreckung“ in Ost und West.
Beginn: Schlachthof *(1)* 11.00 Uhr – Kundgebung: Münsterplatz *(2)* 13.30 Uhr

Es sprechen: Ein Vertreter/in von Solidarność, Michael Voslenksy (Leiter des Instituts für Sowjetische Gegenwart, München), Zdenek Mlynar (Mitbegründer der Charta 77 und ehemaliger ZK-Sekretär der KP Tschechoslowakei), Willi Hoss (Betriebsrat, Daimler Benz), Rudolf Bahro (Initiative der Bertrand-Russell-Friedensstiftung), Petra Kelly (Mitinitiatorin des Krefelder Appells) u.a.

Diskussions- und Kulturveranstaltung:
Was fordert die Friedensbewegung von der Sowjetunion?
Ort: Poppelsdorfer Mensa *(3)* Beginn 15.00 Uhr

Es sprechen: Ein Vertreter/in von Solidarność, Agnes Heller (Philosophin, Budapester Schule), Michael Voslensky (Institut für Sowjetische Gegenwart), Zdenek Mlynar (Charta 77 und ehemaliger ZK-Sekretär der KP Tschechoslowakei), Vertreter/in der Kommunistischen Partei Italiens (KPI), E.P. Thompson (European Nuclear Disarmament), Daniel Ellsberg (ehemaliger Präsidentenberater), Rudolf Bahro (Initiative der Bertrand-Russell-Friedensstiftung), Klaus Timpe (Die Grünen, Bundesvorstand), Jo Leinen (BBU, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied), Willi Piecyk (Jungsozialisten, Bundesvorsitzender), Gert Weiskirchen (MdB der SPD), Werner Lutz (Deutsche Jungdemokraten, Bundesvorstand), Vertreter/in der Alternativen Liste (AL) Berlin, Prof. I. Moritaki, Hiroshima (Gruppe Gensoiken, japanischer Kongreß gegen A- und H-Bomben), sowie Grußworte ausländischer Organisationen.


Angeklagte im TIKP-Prozeß. Der zweite von rechts Genosse Dogu Perincek

Der Hexenprozeß von Mamak

Die türkische Junta im Kampf gegen Marx, Engels, Lenin – Der Prozeß gegen TIKP

Der Autor des folgenden Beitrages, Rechtsanwalt Victor Pfaff, gibt Eindrücke wieder, die er anläßlich der Beobachtung eines Verhandlungstages im Prozeß gegen Mitglieder der aufgelösten „Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei" (TIKP) Anfang November in Ankara gewonnen hat.

Keine fünf Minuten, und mein türkischer Begleiter hatte von den Militärposten am Eingang zu Mamak gegen Hinterlegung meines Ausweises ein Reversschildchen für mich erhalten. Dann gingen wir an einer langen Schlange von Menschen vorbei, die ebenfalls auf einen Besucherausweis warteten und stiegen in den Bus, der so voll war, daß jedes Festhalten überflüssig wurde. Ich fragte, ob alle zum Prozeß gegen TIKP wollten. Ja, sicher die meisten. Der Bus pendelt nur durch Mamak. Mamak, das ist im Zweifel und in diesem Fall nicht der Stadtteil von Ankara. Mamak ist das Militärareal, das sich an den südöstlichen Stadtrand von Ankara anschließt und bis an die Berge am Horizont reicht. Mamak, das ist das Militärtribunal und das Militärgefängnis auf diesem Gelände. Dorthin brachte uns der Bus, vorbei an flachen Gebäuden, Baracken, exerzierenden Soldaten, Panzern, Schießständen.

2. November. Ich hatte gerade noch Gelegenheit, den Hauptangeklagten Dogu Perincek zu begrüßen und auf der Pressetribüne vor dem Gericht Platz zu nehmen, als Staatsanwälte und die Richter des 2. Militärgerichtes der Kriegsrechtskommandantur von Ankara den Saal betraten: ein Militärstaatsanwalt und ein ziviler, ein militärischer Laienrichter in Uniform, ein Militärberufsrichter und ein Zivilrichter. Der Chefankläger dieses Verfahrens, Oberst Soyer, nimmt an den Verhandlungen nicht mehr teil. Auf der Verteidigerbank sitzen heute sieben Rechtsanwälte. Im Saal finden sich nach und nach 180 Zuhörer ein, meist Freunde und Angehörige der Angeklagten, umstellt von einigen Militärpolizisten mit Gewehr. Die letzten vergißt man schnell, gerade weil sie sichtbar sind. Ich denke an Stammheim, wo die Sonderkommandos verdeckt hinter der Balkonbalustrade im Saal vermutet werden mußten. Das blieb immer gruselig.

Der Vorsitzende sagt, es kann nur bis 15 Uhr verhandelt werden, weil Zahltag sei. Dann stellt er die Anwesenheit fest. Angeklagt sind die Mitglieder des Zentralkomitees der „Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei" (TIKP) und einige andere führende Mitglieder, die als Veranwortliche des Agrarprogramms der Organisation angesehen werden. Vorgeworfen ist diesen Angeklagten, gegen §141 des türkischen Strafgesetzbuches verstoßen zu haben, wonach mit Haft von 8 bis 15 Jahren bestraft wird, wer in der „Absicht, die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über eine andere Gesellschaftsklasse zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse zu unterdrücken oder die wirtschaftliche oder soziale Grundordnung des Landes zu zerstören, Vereinigungen gleich in welcher Form oder unter welchem Namen organisiert oder zu organisieren versucht. Die Todesstrafe wird gegen diejenigen verhängt, die irgendeine oder alle Vereinigungen der erwähnten Art leiten".

Von den 24 Angeklagten sind nur 20 an diesem Tag erschienen. Es besteht keine Anwesenheitspflicht. Das ist auch nicht notwendig in einem Strafprozeß, der sich nur der Form halber gegen Personen richtet, in Wirklichkeit aber auf die Vernichtung einer bestimmten Geschichtsauffassung, einer Denkart, einer bestimmten Vorstellung davon, wie die Welt und durch wen sie zu verändern sei, kurz, gegen die marxistische Weltanschauung richtet. Angeklagt ist das Programm der 1978 gegründeten TIKP, in dem die klassenlose Gesellschaft als Ziel der Geschichte angegeben ist und als nächster strategischer Schritt die national-demokratische Revolution.

In der Sitzung vom 10. August hatte das Gericht den Angeklagten Dogu Perincek gefragt: „Wissenschaftlicher Sozialismus ist im Wörterbuch der Philosophie definiert. Halten Sie diese Definition für richtig? Können Sie eine Definition des wissenschaftlichen Sozialismus geben, wie Sie es verstehen?" Oder: „Was verstehen Sie unter klassenloser Gesellschaft? Was halten Sie von der Definition der klassenlosen Gesellschaft als einer Gesellschaft, wo der Staat verschwindet und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet ist?" Ein Neandertaler konnte sich kein Auto vorstellen, und ein Junta-Richter kann keine Definition der klassenlosen Gesellschaft geben. Eine andere Frage: „Haben Sie auch die Drei-Welten-Theorie übernommen? Wie erklären Sie das?" Oder: „In der Grußbotschaft an die Kommunistische Partei Burmas haben Sie die Anrede ‚Liebe Genossen' gebraucht. Wie erklären Sie das?"

Das war der 5. Verhandlungstag. Jetzt, am 10. Verhandlungstag, bewegt sich das Verfahren auf der gleichen Ebene. Noch im Herbst vergangenen Jahres hatte die Polizei versucht, die Partei mit dem Terrorismus in Verbindung zu bringen. Sie hat es nicht geschafft. Seither wird ausschließlich der Vorwurf marxistisch-leninistischer Ideologie erhoben.

Wo immer die Staatsanwaltschaft versucht, eine Schädigung der nationalen Interessen, irgandetwas Konkretes, den Angeklagten anzulasten, stellt sich der Bumerang ein. Zum Beispiel im Falle Camkiran. Camkiran, führendes Mitglied der Partei, befand sich, als gegen TIKP logeschlagen wurde, in Westdeutschland. Er stellte sich dem Verfahren und ist seither in Haft. Die Staatsanwaltschaft hat Material bei der türkischen Botschaft in Bonn besorgt. Es beweist nur, daß Camkiran auch in der BRD für die nationale Einheit, gegen die Subversionsversuche der UdSSR und gegen den faschistischen Terror der MHP gekämpft hat. Mit politischen Mitteln.

Im Anklagesatz heißt es: „Tatzeit 1978 – 1980." Liest man die Anklageschrift weiter, so sieht man, daß die „Tat" damit begründet wird, daß bis 1977 eine illegale „Revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei" (TIIKP) bei teilweiser Personenidentität mit TIKP bestand. Um den Anschein des Kriminalvorwurfs zu wahren, zerrt die Staatsanwaltschaft Material der TIIKP ins Verfahren zum Beweis angeblicher Kontinuität. Jetzt führt das Gericht Artikel aus den Zeitungen Halkin Sesi und Aydinlik zum Thema Agrarreform und Enteignung der Feudalherren in die Verhandlung ein. Die Verteidigung erinnert die Justiz daran, daß auch Atatürks Agrarprogramm vor dem Feudalbesitz nicht Halt gemacht hat. Außerdem, so die Angeklagten Calislar und Gültekin, stammen die Artikel aus einer Zeit, die nicht Gegenstand der Anklage ist.

Der Vorsitzende, gleichsam entschuldigend: die Dokumente seien Gegenstand des Anklagematerials und müßten verlesen werden; ob sie den Anklagevorwurf bewiesen, werde später zu entscheiden sein.

Tatsächlich muß die Staatanwaltschaft in jeder Sitzung daran erinnert werden, daß TIKP bis zur Auflösung aller Parteien im Oktober 1981 eine legale Partei war, und zahlreiche Kriminalisierungsversuche der Justiz endeten entweder mit Einstellungsverfügungen oder Freisprüchen.

Während ich über die liberale Verhandlungsführung und die großzügige Prozeßatmosphäre nachdenke, dringen rhythmische Schreie abwechselnd mit Gesang in den Saal. Gültekin hat gerade seine Rede beendet. Ich sehe ihn an. Auch er muß die Schreie gehört haben, aber seinem Gesicht ist nichts anzumerken. Die Schreie kommen vom angrenzenden Gefängnistrakt. Es sind die Umerziehungsexerzitien der Mamak-Gefangenen. Am 18. November 1980 wurden Gültekin und Sirri Copur, ein anderes Mitglied von TIKP, in das Mamak-Gefängnis eingeliefert, nachdem sie zuvor zwei Wochen lang im Keller eines Gebäudes hinter dem Polizeipräsidium in Ankara mit Bastonade, Elektroschocks und Schlägen lebensgefährdend und ununterbrochen gefoltert worden waren. Gültekin, Copur und ein drittes Opfer, Tasci, haben später detaillierte Berichte gemacht und Anzeigen erstattet (siehe Kasten).

Inzwischen hat das Gericht ein Schulungsprogramm zum Gegenstand der Verhandlung gemacht. Besser gesagt, zwei Schulungsprogramme, eines von vor 1978, eines aus der Zeit danach. Der Staatsanwalt ergreift erstmals das Wort heute. Die Programme sind identisch, sagt er. Er muß sich sagen lassen, offenbar habe er nicht mehr als die Kapitelüberschriften gelesen. Von 31 Kapiteln sei nur eines identisch. Der Angeklagte Halim Spatar fragt, was gesetzwidrig daran sei, Marx, Engels, Lenin, Mao zu lesen und zu diskutieren. Wir haben es getan und kamen zum Ergebnis, daß die nationale Unabhängigkeit und Einheit der Türkei ein wichtiger Faktor im Kampf gegen die Aggression von außen ist. Perincek ergänzt mit einem Zitat von General Evren: Lest zuerst Atatürk, dann könnt ihr auch Marx, Engels und Lenin lesen. Der Ankläger setzt nach: Wenn im Parteiprogramm die klassenlose Gesellschaft das Ziel sei, dann müsse die Schulung eine marxistisch-leninistische sein. (Seit wann übrigens stellt §141 die Errichtung einer klassen*losen* Gesellschaft unter Strafe?) Aber, hält ihm Verteidiger Senem entgegen, auch Atatürk habe von der klassenlosen Gesellschaft gesprochen ...

Nie habe ich in so kurzer Zeit so häufig den Begriff Marxismus-Leninismus gehört, wie er hier in einundeinhalb Stunden hin- und hergeworfen und schließlich vom Vorsitzenden immer wieder dem Gerichtsschreiber in die Maschine diktiert wird. Auch wenn mir nichts übersetzt würde, es wäre problemlos zu verstehen: Hier geht es um den Versuch, den Marxismus-Leninismus mit den Mitteln des Kriminalrechts zu verbieten.

Offensichtlich haben die Prozeßbeteiligten ihre Argumente im Lauf der Verhandlung schon vielmals ausgetauscht. Offenbar weiß jeweils der andere, was gesagt werden wird. Warum also kommt das Verfahren nicht zum Abschluß? Zwei bis drei Monate soll es noch dauern, sagt mir zwei Tage später Staatsanwalt Soyer in einem Gespräch. Eröffnet worden ist das Verfahren am gleichen Tag wie jenes gegen die Anhänger der faschistischen MHP. Das ist der politische Gerechtigkeitssinn der Junta. Sie stellt den Kommunismus auf eine Stufe mit dem faschistischen Terrorismus. Soll das Verfahren verzögert werden, bis auch der MHP-Prozeß zu Ende gehen kann? Dort haben die Angeklagten das Gericht so terrorisiert, daß es sich selbst für prozeßunfähig erklärt hat. Jetzt kommt das Monsterverfahren nicht vom Fleck.

Auf der Verteidigerbank war unterdessen noch Rechtsanwalt Emin Deger erschienen. Deger war ehemals Rechtsberater im Verteidigungsministerium und veröffentlichte Sommer 1977 ein Dokumentarwerk mit dem Titel: „CIA, Konter-Guerilla und die Türkei". Darin weist er die Unterstützung des CIA beim Aufbau und in der Praxis der Konter-Guerilla nach, auf deren Konto zahlreiche Anschläge gegen die türkische Arbeiterbewegug gehen. Ecevit selbst, damals noch in Opposition, hat die Konter-Guerilla für den Massenmord bei der DISK-Demonstration in Istanbul am 1. Mai 1977 verantwortlich gemacht. So ist Rechtsanwalt Deger in dieser Verteidigung gut plaziert. Denn die Anklage macht der TIKP den Vorwurf, daß die Enthüllungen über die Konter-Guerilla „nicht die Bloßstellung mancher Personen innerhalb der Armee und des MIT vor der Öffentlichkeit bezweckt. Sie zielten darauf, die türkischen Streitkräfte zu spalten und die wichtigste Nachrichtenorganisation des Staates, MIT, funktionsunfähig zu machen, damit sie ihre illegalen Untergrundaktivitäten noch leichter ausführen können".

Noch im Lauf des Vormittags allerdings muß sich Rechtsanwalt Deger im Saal nebenan vor einem anderen Militärgericht wegen Beleidigung der Militärregierung verantworten. Eine Unterbrechung im TIKP-Prozeß gibt es dafür nicht. Die Militärjustiz ist ausgebucht und muß ihren Fahrplan einhalten. Die Ladungspläne im Foyer weisen aus: Alle 10 Minuten eine Verhandlung, darunter auch solche wegen §141 und §142. Um 14 Uhr wird nebenan die Verhandlung gegen den Polzeibeamten Haskiris begonnen, der den Gefangenen Ceylan zu Tode gefoltert hat. Und am nächsten Tag wird hier Ecevit wegen Verstoßes gegen das Verbot politischer Betätigung – er hat einen Artikel veröffentlicht – zu vier Monaten Haft verurteilt. Ein Rechtsmittel gibt es seit einiger Zeit gegen Urteile mit Haftstrafen bis zu drei Jahren nicht mehr; auch ist die Umwandlungsmöglichkeit von Geld- in Haftstrafen beseitigt. Ecevit muß also absitzen.

Nach der Mittagspause beantragen die Angeklagten Aufhebung der Haftbefehle. 15 der 24 Angeklagten sind noch in Haft, allerdings nicht in Mamak, sondern in einer Militärsprachschule – ein Privileg für politische Gefangene, denen kein Terrorismus vorgeworfen wird. Die Anträge werden abgelehnt.

„Ein Prozeß gegen Gedanken", sagt mir offen und freundlich lächelnd zwei Tage später Militärstaatsanwalt Soyer im Gespräch. Als Dogu Perincek mit seinen Genossen für heute den Saal verläßt, dreht er sich um und ruft mir lächelnd auf deutsch zu: „Ein Hexenprozeß!" Vor dem Prozeßgebäude warte ich mit den Besuchern auf den Bus. Unmittelbar vor uns üben Soldaten, wie man scharfe Hunde auf Menschen hetzt.

Behandlung in Mamak – nicht im Geiste Atatürks

Am 18. November wurden wir in die Haftanstalt Mamak gebracht. Alle zusammen wurden dort an einem Ort, Käfig genannt, Block A, eingesperrt. Hier war es wie in einem Zimmer, das mit eisernen Stäben umgeben war. Von allen Seiten war es offen. Hier haben wir die Zeit bis zum Abend des 19. November verbracht. In der Zeit, die wir dort verbrachten, stellten sie uns in eine Reihe und ließen uns im Marschschritt auf der Stelle treten und Militärmärsche singen. Wir mußten militärische Kommandos wie „Niederknien – hoch ..." befolgen. Hatte einer Unregelmäßigkeiten verursacht, z.B. indem er aus dem Schritt kam, so wurde er an die Seite des Käfigs gerufen und mit Schlagstöcken auf die Hände geschlagen. Wir hörten dauernd die Befehle der Soldaten, Gefreiten und Unteroffiziere, die sie laut brüllten, und mußten diese befolgen. Diejenigen, die sich widersetzten oder Fehler begingen, wurden mit Stöcken geschlagen. Dies alles geschah vor dem Büro der Inneren Sicherheit. Das heißt, daß die verantwortlichen Offiziere davon unterrichtet waren.

Die Nacht haben wir zusammengekauert auf einer Decke, die wir auf den Boden legten, verbracht. Mitternacht haben uns ein Gefreiter und zwei oder drei Soldaten, deren Mützen tief ins Gesicht gezogen waren, nach unseren Vergehen gefragt und mit Stöcken geschlagen. Als am 19. November die Formalitäten zur Einlieferung in die Haftanstalt beendet waren, verteilten sie uns auf verschiedene Blocks. Ich war in Block B, in der 12. Zelle. Einen Monat meiner Untersuchungshaft habe ich in dieser Zelle verbracht. In der gleichen Zelle befanden sich das Mitglied des Präsidiums der Arbeiter und Bauernpartei der Türkei, Bedri Gültekin und das Ex-Mitglied des Distriktvorstandes der Arbeiter und Bauern in Yenimahalle, Remzi Celik.

Am dritten Tag nach unserer Einlieferung kam ein Unteroffizier und zwei oder drei Soldaten, befahlen, die Neuankömmlinge sollten vortreten und sonderten uns ab. Sie ließen uns unsere Handflächen vorstrecken und schlugen mit Stöcken zu, bis sie ermüdeten. „Das ist unser Willkommensempfang für euch. Wir haben uns einige Tage verspätet, nehmt es uns nicht übel!" spotteten sie. Manchmal kam der Gefreite, der für die Zelle zuständig war, unter Vorwänden in die Zelle und prügelte jeden einzelnen durch. Während des Hofrundganges mußte man erzwungenermaßen Sportübungen machen, und diejenigen, die sich vertan hatten, wurden verprügelt.

Wir aßen zu zweit aus einem Teller. Quantitativ entfielen auf zwei Personen eine oder eine halbe Schöpfkelle. Zwei Töpfe Essen wurden uns gegeben. Morgens bekam man ein Viertel Brot, mittags und abends ein wenig mehr als ein Viertel, doch weniger als ein Halbes. Das heißt, je Person bekam man täglich weniger als ein Brot. (1 Brot ca. 500 gr., d. Übers.)

Es war sehr schwierig, Kranke dem Arzt vorzuführen. Außerdem wurde man vom Arzt mit ein oder zwei Tabletten abgespeist und zurückgeschickt. Über viele viele schwere Krankheiten (Tuberkulose, Epilepsie, Herzinfarkt usw.) wurde hinweggegangen. Vom 28. August bis zu unserer Ankunft, also drei Monate lang, durften sich die Häftlinge nicht duschen. Mit Duschen kamen wir erst im Dezember dran. Die Duschzeit war sehr kurz, das Wasser wurde einfach abgedreht. Wir konnten uns nur einmal naß machen. In meiner Zelle befanden sich 108 Häftlinge. Die Zahl der Betten war 45. Das heißt, auf ein Bett kamen mehr als zwei Personen. Natürlich paßte man nicht in die Betten und schlief auf Holzbänken und Tischen. In der Zelle gab es Läuse. Es gab kein Wasser in der Zelle, das mußte von draußen geholt werden. Es kam öfter vor, daß wir kein Wasser hatten. Die Besuchszeiten waren sehr kurz gehalten: zwei bis drei Minuten, höchstens fünf Minuten. Bevor wir in die Besucherkabinen gebracht wurden, wurden wir mündlich geprüft. Diejenigen, die etwas nicht wußten, oder sich vertan hatten, bekamen Schläge. Die Fragen lauteten: Die Ansprache Atatürks an die Jugend, das Nationale Gelöbnis, die Nationalhymne, die Prinzipien der Atatürk-Ideen. Diese mußte man auswendiglernen. Doch auf den Inhalt wurde in keiner Weise eingegangen. Anstatt den eigentlichen Inhalt nahezubringen und begreiflich zu machen, stand die Nachplapperei in der Manier eines Papageis im Vordergrund. Obwohl wir politische Häftlinge waren, bekamen wir keine Bücher zu lesen. Zeitungen wurden in begrenzter Zahl zugelassen, einige überhaupt nicht. Sogar die wöchentliche Zeitung „Yanki" war verboten ...

handlungen nicht mehr teil. Auf der Verteidigerbank sitzen heute sieben Rechtsanwälte. Im Saal finden sich nach und nach 180 Zuhörer ein, meist Freunde und Angehörige der Angeklagten, umstellt von einigen Militärpolizisten mit Gewehr. Die letzten vergißt man schnell, gerade weil sie sichtbar sind. Ich denke an Stammheim, wo die Sonderkommandos verdeckt hinter der Balkonbalustrade im Saal vermutet werden mußten. Das blieb immer gruselig.
Der Vorsitzende sagt, es kann nur bis 15 Uhr verhandelt werden, weil Zahltag sei. Dann stellt er die Anwesenheit fest. Angeklagt sind die Mitglieder des Zentralkomitees der „Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei" (TIKP) und einige andere führende Mitglieder, die als Veranwortliche des Agrarprogramms der Organisation angesehen werden. Vorgeworfen ist diesen Angeklagten, gegen §141 des türkischen Strafgesetzbuches verstoßen zu haben, wonach mit Haft von 8 bis 15 Jahren bestraft wird, wer in der „Absicht, die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über eine andere Gesellschaftsklasse zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse zu unterdrücken oder die wirtschaftliche oder soziale Grundordnung des Landes zu zerstören, Vereinigungen gleich in welcher Form oder unter welchem Namen organisiert oder zu organisieren versucht. Die Todesstrafe wird gegen diejenigen verhängt,
Eindrücke wieder, die er anläßlich der Beobachtung eines Verhandlungstages im Prozeß gegen Mitglieder der aufgelösten „Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei" (TIKP) Anfang November in Ankara gewonnen hat.
botschaft an die Kommunistische Partei Burmas haben Sie die Anrede ‚Liebe Genossen' gebraucht. Wie erklären Sie das?"
Das war der 5. Verhandlungstag. Jetzt, am 10. Verhandlungstag, bewegt sich das Verfahren auf der gleichen Ebene. Noch im Herbst vergangenen Jahres hatte die Polizei versucht, die Partei mit dem Terrorismus in Verbindung zu bringen. Sie hat es nicht geschafft. Seither wird ausschließlich der Vorwurf marxistisch-leninistischer Ideologie erhoben.
Wo immer die Staatsanwaltschaft versucht, eine Schädigung der nationalen Interessen, irgandetwas Konkretes, den Angeklagten anzulasten, stellt sich der Bumerang ein. Zum Beispiel im Falle Camkiran. Camkiran, führendes Mitglied der Partei, befand sich, als gegen TIKP logeschlagen wurde, in Westdeutschland. Er stellte sich dem Verfahren und ist seither in Haft. Die Staatsanwaltschaft hat Material bei der türkischen Botschaft in Bonn besorgt. Es beweist nur, daß Camkiran auch in der BRD für die nationale Einheit, gegen die Subversionsversuche der UdSSR und gegen den faschistischen
Prozeßatmosphäre nachdenke, dringen rhythmische Schreie abwechselnd mit Gesang in den Saal. Gültekin hat gerade seine Rede beendet. Ich sehe ihn an. Auch er muß die Schreie gehört haben, aber seinem Gesicht ist nichts anzumerken. Die Schreie kommen vom angrenzenden Gefängnistrakt. Es sind die Umerziehungsexerzitien der Mamak-Gefangenen. Am 18. November 1980 wurden Gültekin und Sirri Copur, ein anderes Mitglied von TIKP, in das Mamak-Gefängnis eingeliefert, nachdem sie zuvor zwei Wochen lang im Keller eines Gebäudes hinter dem Polizeipräsidium in Ankara mit Bastonade, Elektroschocks und Schlägen lebensgefährdend und ununterbrochen gefoltert worden waren. Gültekin, Copur und ein drittes Opfer, Tasci, haben später detaillierte Berichte gemacht und Anzeigen erstattet (siehe Kasten).
Inzwischen hat das Gericht ein Schulungsprogramm zum Gegenstand der
problemlos zu verstehen: Hier geht es um den Versuch, den Marxismus-Leninismus mit den Mitteln des Kriminalrechts zu verbieten.
Offensichtlich haben die Prozeßbeteiligten ihre Argumente im Lauf der Verhandlung schon vielmals ausgetauscht. Offenbar weiß jeweils der andere, was gesagt werden wird. Warum also kommt das Verfahren nicht zum Abschluß? Zwei bis drei Monate soll es noch dauern, sagt mir zwei Tage später Staatsanwalt Soyer in einem Gespräch. Eröffnet worden ist das Verfahren am gleichen Tag wie jenes gegen die Anhänger der faschistischen MHP. Das ist der politische Gerechtigkeitssinn der Junta. Sie stellt den Kommunismus auf eine Stufe mit dem faschistischen Terrorismus. Soll das Verfahren verzögert werden, bis auch der MHP-Prozeß zu Ende gehen kann? Dort haben die Angeklagten das Gericht so terrorisiert, daß es sich selbst für prozeßunfähig erklärt hat. Jetzt kommt das Monsterverfahren nicht vom Fleck.
Auf der Verteidigerbank war unterdessen noch Rechtsanwalt Emin Deger erschienen. Deger war ehemals Rechtsberater im Verteidigungsministerium und veröffentlichte Sommer 1977 ein Dokumentarwerk mit dem Titel:
nen Ceylan zu Tode gefoltert hat. Und am nächsten Tag wird hier Ecevit wegen Verstoßes gegen das Verbot politischer Betätigung – er hat einen Artikel veröffentlicht – zu vier Monaten Haft verurteilt. Ein Rechtsmittel gibt es seit einiger Zeit gegen Urteile mit Haftstrafen bis zu drei Jahren nicht mehr; auch ist die Umwandlungsmöglichkeit von Geld- in Haftstrafen beseitigt. Ecevit muß also absitzen.
Nach der Mittagspause beantragen die Angeklagten Aufhebung der Haftbefehle. 15 der 24 Angeklagten sind noch in Haft, allerdings nicht in Mamak, sondern in einer Militärsprachschule – ein Privileg für politische Gefangene, denen kein Terrorismus vorgeworfen wird. Die Anträge werden abgelehnt.
„Ein Prozeß gegen Gedanken", sagt mir offen und freundlich lächelnd zwei Tage später Militärstaatsanwalt Soyer im Gespräch. Als Dogu Perincek mit seinen Genossen für heute den Saal verläßt, dreht er sich um und ruft mir lächelnd auf deutsch zu: „Ein Hexenprozeß!" Vor dem Prozeßgebäude warte ich mit den Besuchern auf den Bus. Unmittelbar vor uns üben Soldaten, wie man scharfe Hunde auf Menschen hetzt.
Behandlung in Mamak – nicht im Geiste Atatürks
man vom Arzt mit ein oder zwei Tabletten abgespeist und zurückgeschickt. Über viele viele schwere Krankheiten (Tuberkulose, Epilepsie

Weitere Diskussionsbeiträge zur Frauenfrage

„Patriarchat oder Klassengesellschaft" – ist überhaupt kein Widerspruch

(Zu „Patriarchat oder Klassengesellschaft" von A. Mönich in KVZ Nr. 34/1981, S. 4)

Das große Fragezeichen, was dieser Artikel zur Frauenbewegung eigentlich bringen soll, beginnt mit der Überschrift. Hier wird ein Widerspruch aufgebaut, der seit Beginn der westdeutschen Frauenbewegung als ausgesprochen verträglicher Zusammenhang gesehen wird. Davon erfährt man nichts, stattdessen wird von Mönich der Widerspruch „Patriarchat oder Klassengesellschaft" „gelöst", indem der erste Teil bei ihrer Beantwortung der Frage schlicht wegfällt.

Ausgangspunkt der Untersuchung (SOST) ist die Frauenbewegung als Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Phänomens, dessen Grundlage erweiterte Spielräume bei der Lebensgestaltung für Frauen sein sollen.

Die Frauenbewegung selbst, soll sich zentral an *einem* Satz von Janssen-Jurreit messen lassen, in dem bereits der Beleg für *den* (falschen) Ansatz im Feminismus gefunden wird.

Obwohl es in diesem Zitat ausdrücklich heißt, daß die gesellschaftliche Arbeitsteilung *nicht allein* natürwüchsig sei ..., wird so getan als stände dort, sie sei es überhaupt nicht.

Daß sie für die Frauen „von männlichem Zwang diktiert" wird, dürfte wohl insoweit nicht zu bestreiten sein, als daß bestimmte politische Herrschaftsverhältnisse Realitäten schaffen, die ihrerseits die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse entscheidend beeinflussen.

Worum es der Frauenbewegung vor allem in diesem Zusammenhang geht, ist – und zurecht weist Janssen-Jurreit darauf hin –, daß Proletarier und Frauen „Seinsweisen" bezeichnen, die nicht miteinander verglichen und Frauen nicht allein nach ihrer ökonomischen Stellung verhandelt werden können.

Die Frau steht eher in einem widersprüchlichen Verhältnis zu den allgemeinen Freiheits- und Gleichheitsbeziehungen im Kapitalismus. Der Charakter dieses Verhältnisses ist für sie in hohem Maße von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen bestimmt.

Es erscheint uns daher von der Frauenbewegung logisch, in dieser Hinsicht die gesellschaftlichen Strukturen von Familie, Sexualität und Bewußtsein zu analysieren.

Selbst bei behaupterer Gleichberechtigung und übereinstimmender Auffassung über ökonomische Bedingungen und proletarische Revolution von Mann und Frau, ist es durchaus üblich, für den Mann privat

so getan als stände dort, sie sei es überhaupt nicht.

Daß sie für die Frauen „von männlichem Zwang diktiert" wird, dürfte wohl insoweit nicht zu bestreiten sein, als daß bestimmte politische Herrschaftsverhältnisse Realitäten schaffen, die ihrerseits die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse entscheidend beeinflussen.

Worum es der Frauenbewegung vor allem in diesem Zusammenhang geht, ist – und zurecht weist Janssen-Jurreit darauf hin –, daß Proletarier und Frauen „Seinsweisen" bezeichnen, die nicht miteinander verglichen und Frauen nicht allein nach ihrer ökonomischen Stellung verhandelt werden können.

Die Frau steht eher in einem widersprüchlichen Verhältnis zu den allgemeinen Freiheits- und Gleichheitsbeziehungen im Kapitalismus. Der Charakter dieses Verhältnisses ist für sie in hohem Maße von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen bestimmt.

Es erscheint uns daher von der Frauenbewegung logisch, in dieser Hinsicht die gesellschaftlichen Strukturen von Familie, Sexualität und Bewußtsein zu analysieren.

Selbst bei behaupterer Gleichberechtigung und übereinstimmender Auffassung über ökonomische Bedingungen und proletarische Revolution von Mann und Frau, ist es durchaus üblich, für den Mann privat

und täglich Frauen auf vielfältige Weise zu unterdrücken. Es fällt schwer zu begreifen, daß jemand der den Klassencharakter aufheben und die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt planen will, locker – quasi ‚naturwüchsig' – Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen betreibt. (Da läuft ja wohl was hinter eurem Rücken ab, Genossen!)

An keiner Stelle gibt es in dem Artikel nur den leisesten Hinweis, wie diese Unterdrückung, die vom „männlichen Zwang" diktiert wird (und wofür M. wenigstens in der Realität Anhaltspunkte zugibt), denn ohne den Kampf um eine Umerziehung der Männer möglich sein sollte. Die Frauenbewegung hat ihn um die Frauen geführt und nur sie! Sie bringt zum Ausdruck, daß weder juristische Gleichberechtigung noch die Einbeziehung der Frauen in die Produktion noch soziale Revolutionen, falls Frauen sich nicht selbst darum gekümmert haben, die erhoffte Emanzipation brachten.

Der wirkliche Fortschritt in der Entwicklung der Lebensbedingungen hat für die Frauen immer eine Klasse tiefer stattgefunden. Das Herrschaftsverhältnis selbst ist in den unterschiedlichen Gesellschaftsformationen für Frauen meist gleich geblieben. Die unterschiedlichen Formen sind allerdings historisch vermittelt. Der Vorwurf an die Feministinnen, daß sie die fortschrittliche Seite des Kapitalismus außer Betracht lassen, scheint uns eher zur Begründung der „Spielraumthese" bei SOST gebraucht zu werden, als realistisch gegenüber der Frauenbewegung zu sein.

Der „Spielraum" soll die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit dienen. Dies wird von Mönich am Ende ihres Artikels bereits als „Feierabend"theorie kritisiert. Sie bleibt halbherzig, da sie weder fragt, was für eine Persönlichkeit da eigentlich entwickelt werden soll, noch darauf eingeht, daß die sogenannte Doppelbelastung und „neue Formen der Diskriminierung" für die Frauen *keinen* Spielraum der Lebensgestaltung bieten. Anzumerken ist noch, wo denn bei veränderter Hausarbeitsorganisation und „Soziallohn", nun die Doppelbelastung herkommt, doch hat man sich da anscheinend mal an der Realität orientiert.

Obwohl Frauen auch früher mit ebenso hohen Belastungen gearbeitet haben, soll das neue Selbstbewußtsein so nebenbei aus der Einbeziehung in die Produktion und zugenommenen Spielräumen herauskommen.

Diese für die Frau etwas zweifelhafte Errungenschaften der Arbeiterklasse, ist sie aufgefordert, als Grundlage ihrer Befreiung zu verteidigen.

Der Kreis für die Frauen schließt sich. Da bleibt eigentlich nur die Schlußfolgerung, daß wenn der eigentliche Bereich der Persönlichkeitsentfaltung der „Spielraum" ist, doch die eine Seite der Doppelbelastung aufzugeben. Und, da es den sozialen Trägern der Frauenbewegung eh! um diese Entfaltung gehen soll, die Forderung aufzustellen – mit der Erkenntnis des Fortschritts für die Frauen ausgerüstet –, im Spielraum zu verbleiben und die Männer in ihrem Lohnkampf zu unterstützen, damit ihr Entfaltungsraum erhalten bleibe. Eine Heimidylle, die den konservativen Politikern sicher wie äußerst bekömmlicher süßer Brei munden dürfte!

Sollte das die fehlende Annäherung an die Arbeiterbewegung sein, die der Frauenbewegung angelastet wird? Wie sollte sie es überhaupt können, wenn sie doch bloßer Reflex auf die Kämpfe bzw. Erfolge der Arbeiterklasse und der Entwicklung der Produktivkräfte ist? Zudem dürfte der Ruf, die Bürgertöchter, die nur den Eigenbedarf an einem „mehr" an Entfaltung für sich reklamieren, wohl kaum erreichen. Um es noch einmal zu sagen, Frauen und auch diesen geht es darum, überhaupt eine Persönlichkeit haben zu dürfen, von Entfaltung und noch mehr ganz zu schweigen.

Aber in dieser gar nicht neuen Form ist die Frauenbewegung seit über 100 Jahren – will man bei der Sozialdemokratie anfangen – diskriminiert worden.

Da ist es natürlich ein leichtes, mit einem Federstrich bzw. mit der Behauptung die Frauen gingen „den Erscheinungen nicht auf dem Grund" sie zu erledigen.

Bei widerspruchsloser Progression in der Rollenangleichung von Mann und Frau, kann dann, unter dieser fortschrittlichen Zivilisationsdecke, die Unterdrückung der Frau, von links legitimiert, fröhliche Urständ' feiern. Weder die Wirklichkeit des Widerspruchs zwischen Mann und Frau, noch die Kämpfe der Frauenbewegung tauchen da noch auf, es ist nunmehr die Frage der richtigen Linie, die es für die Frauen nur zu erkennen gilt!

So erscheint denn logisch, wenn in dem Artikel nicht auf die eigenen Fehler und Auffassungen eingegangen wird. Es sind wohl auch die alten geblieben: Im wesentlichen den Widerspruch zwischen Mann und Frau ignorieren oder ihn als Unterpunkt bzw. abgeleiteter Nebenfall vom Hauptwiderspruch zu betrachten.

Jutta und Dorothea, Westberlin

Ignoranz und Theorielosigkeit in der Frauenfrage gilt es anzugehen

(Zu dem Artikel „Feministische Bewegung und Kommunismus" in KVZ Nr. 45/1981, S. 4)

Der Artikel in der KVZ Nr. 45 gibt meines Erachtens keine richtige Darstellung der Arbeitskonferenz und ist für Nichtteilnehmer kaum verständlich, deshalb möchte ich hier einige Ergänzungen machen.

Von den etwa 80 anwesenden Frauen waren ungefähr zwei Drittel Vertreter von folgenden Organisationen: KG Bochum/Essen, SOST, KB, KBW, VrV, Marx-Engels-Gesellschaft, NHT, Gruppe Marxismus-Feminismus, Gelsenkirchener Marxisten/Leninisten, türkische Frauengruppe der ATIF, Redaktion Moderne Zeiten, sowie Vertreterinnen verschiedener Frauengruppen. Die Durchführung einer solchen Konferenz ist ein Fortschritt, da die Frauenfrage bisher im wesentlichen von den autonomen Frauengruppen behandelt wurde und jetzt Frauen aus sozialistischen und kommunistischen Organisationen und Frauen, die sich an solchen oder ähnlichen Zielen orientieren, Interesse daran gezeigt haben, die besondere Unterdrückung und Situation der Frau in dieser Gesellschaft theoretisch zu klären und in einem organisierten Diskussionsprozeß gemeinsam zu untersuchen.

Auf der Konferenz ging es mehr darum, die bisherige Ignoranz und Theorielosigkeit bezüglich der Behandlung der Frauenfrage anzugehen, als eine „orthodoxe Politik kommunistischer und sozialistischer Organisationen" (KVZ Nr. 45) zu überdenken. Diesen Ansatz halte ich allerdings für sehr positiv.

Auf der Konferenz wurde weder die Frage, die in dem Artikel in der letzten KVZ als SOST-Zitat steht „von dem Entwicklungsprozeß der Familie und ‚Theorie der Repression' " noch „Engels als Märchenonkel" behandelt. Der Frauenarbeitskreis der Sozialistischen Studiengruppe legte zu dieser Konferenz ein Papier vor, das eine gute Grundlage ist, um die Frage der Situation der Frau heute zu behandeln, auch wenn es einige Schwächen enthält. Dieses Papier konnte jedoch auf der Konferenz nicht behandelt werden, sondern ging nur durch die Diskussionsbeiträge der SOST-Frauen ein. Das Zitat aus dem Papier in der letzten KVZ ist jedoch völlig aus dem Zusammenhang gerissen und dient insofern auch nicht zur Klärung. Wir werden uns mit dem Papier in späteren Artikeln beschäftigen, das würde hier zu weit führen.

Die KG Bochum/Essen behandelte Engels zwar in den vor der Konferenz verschickten Papieren als „Märchenonkel", diese These hatte allerdings auf der Konferenz überhaupt keine Relevanz mehr. Die Konferenz war ein Versuch einer materialistischen Ableitung der Lage und der besonderen Unterdrückung der Frau. Es gab jedoch unterschiedliche Standpunkte dazu, was materialistische Ableitung heißt.

Von den SOST-Frauen wurde vor allem vertreten, geschichtliche Untersuchungen zu betreiben, als von der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft auszugehen, um den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und geschlechtlicher Arbeitsteilung und die Situation der Frau zu untersuchen. Engels beschreibt vor allem die Vor- und Frühgeschichte. Wenn jedoch davon ausgegangen wird, daß erst mit der Entstehung des Privateigentums u.a. aus dem natürlichen Unterschied zwischen Mann und Frau sich die unterschiedliche soziale Stellung der Geschlechter zueinander entwickelt, bringt der Engels-Text wenig zur Klärung der besonderen Unterdrückung und Lage der Frau, was meines Erachtens auch nicht sein Anspruch war. Bei der Diskussion des Engels-Textes ging es vor allem um die Frage, ob es in der Urgesellschaft eine Frauenherrschaft gab, oder ob es sich um eine Gesellschaft von Gleichen handelte, in der die Frauen allerdings ein höheres Ansehen als die Männer und als in späteren Gesellschaften hatten. Bei der Diskussion dieser Frage geht es um die Klärung der grundlegenden Fragestellungen nach der Entwicklung und dem Verhältnis der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Arbeitsteilung, und wie sich die Produktionsverhältnisse und die Entwicklung der Produktivkräfte in der Beziehung der Geschlechter zueinander niederschlagen. In der Einschätzung stand sich die These einer sich herausbildenden „naturwüchsigen Arbeitsteilung" der Position einer „männlichen und weiblichen Ökonomie" gegenüber. Letzteres spielt eine ziemlich große Rolle in der autonomen Frauenbewegung.

Meiner Ansicht nach ist die Alternative, ob geschichtliche Untersuchung der Rolle der Frau in der Menschheitsgeschichte oder Situation der Frau nur in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu klären, falsch. Ich meine, ein materialistischer Ansatz muß sowohl die Geschichte behandeln und die Positionen der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus untersuchen, als auch die Situation der Frauen heute analysieren, die sich materialistisch z.T. nur aus der Geschichte, der Entwicklung der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte erklären läßt.

Die Betrachtung der Geschichte muß auch beinhalten die Positionen, die die internationale Arbeiterbewegung zu der Frauenfrage eingenommen hat; diese Positionen müssen überprüft werden an den historischen Erfahrungen und dem jetzigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung. Die bürgerliche und proletarische Frauenbewegung, die Politik der KPD, der sozialistischen Frauenkonferenzen, Frauenorganisationen in kommunistischen Organisationen und die Entwicklung der Frauenbewegung in der Sowjetunion, China etc. sollte diskutiert werden.

Der letzte Teil des Artikels in KVZ Nr. 45, in dem es um die autonome Organisierung der Frauen ging, gibt eine falsche Darstellung der Diskussion auf der Konferenz. Auf der Konferenz wurde die autonome Organisierung der Frauen unterschiedlich beurteilt. Auszugehen ist davon, daß die „autonome Frauenbewegung" eine bestimmte gesellschaftliche Bewegung darstellt, die meistens nicht den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital als den Hauptwiderspruch in der Gesellschaft sieht, sondern den Widerspruch zwischen Mann und Frau, und letzteren Widerspruch auch in dieser Gesellschaft für überwindbar hält.

Diese Position vertrat allerdings auf der Arbeitskonferenz keiner! Selbst die KG Bochum/Essen legte nicht „großen Wert auf solche Betonung der autonomen Frauenbewegung ..." (vgl. KVZ Nr. 45) Weitgehende Einigkeit bestand auf der Konferenz darin, daß die Voraussetzung der Befreiung der Frau und der Aufhebung des Widerspruchs zwischen Mann und Frau die klassenlose Gesellschaft ist. Unterschiedliche Positionen gab es darüber, wie man dahin kommt. Auch die Frauen der KG Bochum/Essen finden einen gemeinsamen Kampf der Männer und Frauen gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse richtig, meinen allerdings, daß die Frauenbewegung über die Arbeiterbewegung hinausgehen, muß und auch autonome Organisationsformen für die Frauen gefunden werden müssen.

Die Gelsenkirchener Marxisten/Leninisten bestreiten allerdings nicht „das *Recht* zu selbständiger Organisierung von Frauen", wie in dem letzten Artikel beschrieben, sondern halten einen Autonomieanspruch der Frauen für falsch und antikommunistisch.

Die Fragen der Organisierung der Frauen sind wichtige Fragen, die allerdings nur gelöst werden können, wenn wir die Rolle der Frau in der Gesellschaft materialistisch untersuchen und wie auch die SOST-Frauen vorgeschlagen haben, eine programmatische Diskussion über den Kampf gegen die Unterdrückung der Frau und eine „politische Verständigung über die aktuelle Bedrohung vergangener und zukünftiger Errungenschaften (soziale Reformen für Frauen) erreichen, um die soziale Situation der Frauen in der BRD zu verbessern". (SOST-Papier S. 5) Ich meine, bevor wir die Inhalte und die Ziele nicht geklärt haben, ist es müßig die Organisationsfrage zu diskutieren.

Aus der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Positionen auf der Konferenz konnte man wirklich sehr viel lernen, und ich finde es günstig, daß diese Diskussion auf weiteren Konferenzen fortgesetzt werden soll.

Das Bild zu dem Artikel finde ich geschmacklos, es geht weder darum, die traditionelle Rolle der Hausfrau und Mutter zu perpetuieren, noch sich darüber lustig zu machen.

wal, Frankfurt

Literatur zur Geschichte der Frauenbewegung

die Arbeiterbewegung sein, die der Frauenbewegung angelastet wird? Wie sollte sie es überhaupt können, wenn sie doch bloßer Reflex auf die Kämpfe bzw. Erfolge der Arbeiterklasse und der Entwicklung der Produktivkräfte ist? Zudem dürfte der Ruf, die Bürgertöchter, die nur den Eigenbedarf an einem „mehr" an Entfaltung für sich reklamieren, wohl kaum erreichen. Um es noch einmal zu sagen, Frauen und auch diesen geht es darum, überhaupt eine Persönlichkeit haben zu dürfen, von Entfaltung und noch mehr ganz zu schweigen.

Aber in dieser gar nicht neuen Form ist die Frauenbewegung seit über 100 Jahren – will man bei der Sozialdemokratie anfangen – diskriminiert worden.

Da ist es natürlich ein leichtes, mit einem Federstrich bzw. mit der Behauptung die Frauen gingen „den Erscheinungen nicht auf dem Grund" sie zu erledigen.

Bei widerspruchsloser Progression in der Rollenangleichung von Mann und Frau,

ge bisher im wesentlichen von den autonomen Frauengruppen behandelt wurde und jetzt Frauen aus sozialistischen und kommunistischen Organisationen und Frauen, die sich an solchen oder ähnlichen Zielen orientieren, Interesse daran gezeigt haben, die besondere Unterdrückung und Situation der Frau in dieser Gesellschaft theoretisch zu klären und in einem organisierten Diskussionsprozeß gemeinsam zu untersuchen.

Auf der Konferenz ging es mehr darum, die bisherige Ignoranz und Theorielosigkeit bezüglich der Behandlung der Frauenfrage anzugehen, als eine „orthodoxe Politik kommunistischer und sozialistischer Organisationen" (KVZ Nr. 45) zu überdenken. Diesen Ansatz halte ich allerdings für sehr positiv.

Auf der Konferenz wurde weder die Frage, die in dem Artikel in der letzten KVZ als SOST-Zitat steht „von dem Entwicklungsprozeß der Familie und ‚Theorie der Repression' " noch „Engels als Märchenon-

von Gleichen handelte, in der die Frauen allerdings ein höheres Ansehen als die Männer und als in späteren Gesellschaften hatten. Bei der Diskussion dieser Frage geht es um die Klärung der grundlegenden Fragestellungen nach der Entwicklung und dem Verhältnis der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Arbeitsteilung, und wie sich die Produktionsverhältnisse und die Entwicklung der Produktivkräfte in der Beziehung der Geschlechter zueinander niederschlagen. In der Einschätzung stand sich die These einer sich herausbildenden „naturwüchsigen Arbeitsteilung" der Position einer „männlichen und weiblichen Ökonomie" gegenüber. Letzteres spielt eine ziemlich große Rolle in der autonomen Frauenbewegung.

Meiner Ansicht nach ist die Alternative, ob geschichtliche Untersuchung der Rolle der Frau in der Menschheitsgeschichte oder Situation der Frau nur in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu klären, falsch. Ich meine, ein materialistischer Ansatz muß sowohl die Geschichte behandeln und die Positionen der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus untersuchen, als auch die Situation der Frauen heute analysieren, die sich materialistisch z.T. nur aus der Geschichte, der Entwicklung der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte erklären läßt.

Die Betrachtung der Geschichte muß auch beinhalten die Positionen, die die in-

Die Gelsenkirchener Marxisten/Leninisten bestreiten allerdings nicht „das *Recht* zu selbständiger Organisierung von Frauen", wie in dem letzten Artikel beschrieben, sondern halten einen Autonomieanspruch der Frauen für falsch und antikommunistisch.

Die Fragen der Organisierung der Frauen sind wichtige Fragen, die allerdings nur gelöst werden können, wenn wir die Rolle der Frau in der Gesellschaft materialistisch untersuchen und wie auch die SOST-Frauen vorgeschlagen haben, eine programmatische Diskussion über den Kampf gegen die Unterdrückung der Frau und eine „politische Verständigung über die aktuelle Bedrohung vergangener und zukünftiger Errungenschaften (soziale Reformen für Frauen) erreichen, um die soziale Situation der Frauen in der BRD zu verbessern". (SOST-Papier S. 5) Ich meine, bevor wir die Inhalte und die Ziele nicht geklärt haben, ist es müßig die Organisationsfrage zu diskutieren.

Aus der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Positionen auf der Konferenz konnte man wirklich sehr viel lernen, und ich finde es günstig, daß diese Diskussion auf weiteren Konferenzen fortgesetzt werden soll.

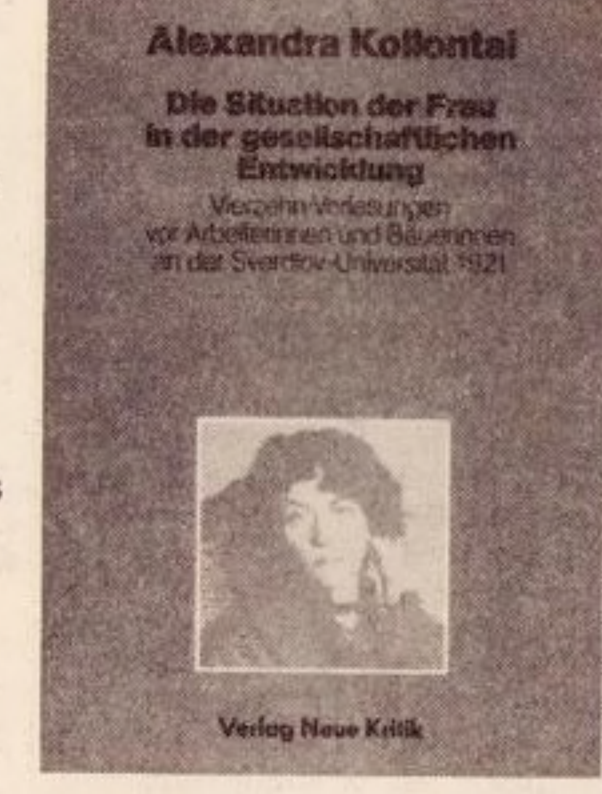
Das Bild zu dem Artikel finde ich geschmacklos, es geht weder darum, die traditionelle Rolle der Hausfrau und Mutter zu perpetuieren, noch sich darüber lustig zu machen.

Literatur zur Geschichte der Frauenbewegung

F. Engels
Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
Im Anschluß an Lewis H. Morgans Forschungen
Kt. / 272 S. / 0180 / 3,80 DM
Geschrieben 1884

A. Bebel
Die Frau und der Sozialismus
Geb. / 448 S. / 0347 / 12,50 DM

C. Zetkin
Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands
Kt. / 182 S. / 0355 / 6,50 DM
Die Gewerksgenossenschaft der sächsischen Textilarbeiter war die erste in Deutschland, die Männer und Frauen gemeinsam organisierte. Von hier ausgehend wird die von der bürgerlichen Frauenbewegung selbständige Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung untersucht.



A. Kollontai
Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung
Vierzehn Vorlesungen vor Arbeiterinnen und Bäuerinnen an der Sverdlov-Universität 1921
Kt. / 264 S. / 0361 / 18,00 DM

Buchvertrieb Hager · Frankfurt/M.
Mainzer Landstraße 147 · 6000 Frankfurt/M.

Veranstaltungen

Frankfurt
Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf: Fragen zur Diktatur des Proletariats. Über die Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 11/1981, mit den Autoren. Haus der Jugend, Deutschherrenufer
Freitag, 27. November, 19.30 Uhr

Karlsruhe
Podiumdiskussion zum Thema „Bringt Breschnew den Frieden?". Veranstalter: Grüne, Grüne Liste, Russell-Initiative, KBW, „der andere Buchladen". Gasthaus „Walhalla"
Samstag, 21. November, 19.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann
Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt
Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Bundesgerichtshof philosophiert über den Sinn der Wörter Gewalt

Brutale Gefängnisstrafen gegen Heidelberger Studenten bestätigt

b.l. Der Beschluß des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofes war es wert, erstmals die faktische Pressesperre über ein Verfahren zu durchbrechen, das seit 1979 bei den Gerichten anhängig ist: Der Heidelberger Germanistenprozeß. Die Strafen gegen die drei Studenten von 17, 20 und 23 Monaten Gefängnis ohne Bewährung, die Geldstrafen in Höhe von 6000, 4500 und 4400 DM – alles wurde durch den Bundesgerichtshof mit Rechtskraftvermerk versehen. Diese wichtige Mitteilung mußte in den Präsidialzimmern der Universitäten, den höheren Schulabteilungen verbreitet werden. Manche Lehrstuhlinhaber verfügen noch nicht über die ,,Sensibilität", die der Bundesgerichtshof jetzt festgestellt hat. Sie werden dazu angewiesen werden.

Verurteilt wurde wegen Nötigung und Hausfriedensbruch in 46 Fällen, die die Anklage zusammengetragen hat. Nötigung setzt Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel voraus. Nötigung setzt weiter voraus, daß die angewandte Gewalt zu dem verfolgten Zweck verwerflich war. Verwerflich waren nicht die Studienbedingungen, die fast die Hälfte der Studenten zum Abbruch des Studiums zwangen, überfüllte Seminare, Studienbedingungen, die einhellig bis in den Lehrkörper hinein als ,,untragbar" bezeichnet wurden. Verwerflich war, daß die überwältigende Mehrheit dieser Studenten entschied, die Feststellung ihrer Zukunft durch unannehmbare Studienbedingungen nicht länger hinnehmen zu wollen, sich Organe wählte, die den Kampf dagegen organisieren sollten und den Boykott von neuangeordneten Klausuren praktisch durchführten.

Die entscheidende Frage war, die Handlungen der Studenten – Singen, Forderung nach Diskussion, Abstimmung, Lärm in Vorlesungen – unter den Gewaltbegriff zu bringen. Im zweiten Schritt mußte die so gefundene Gewalthandlung mit dem Stempel ,,verwerflich" versehen werden.

Der Nötigungsparagraph lautete ursprünglich: ,,Wer einen anderen widerrechtlich durch Gewalt oder Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen zu einer Handlung, Duldung ... nötigt, wird ... bestraft." Die Faschisten änderten die Vorschrift. Die Bestimmung, daß es sich um eine Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen handeln muß, fiel weg; ebenso das Strafantragserfordernis, das vorher bestand. 1951 übernahm die demokratische Republik mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz die Faschistenänderung.

Seither ist der Begriff der Gewalt freigegeben. Freigegeben in dem Sinne, daß sie ausgeübt und interpretiert werden kann durch den Staat, der das Monopol auf die Art und Weise der Gewaltausübung besitzt.

Im Dezember 1980 wird ein Malermeister aus Wuppertal wegen Vergewaltigung verurteilt. Er hatte sich an seinem weiblichen Lehrling vergangen. Der Bundesgerichtshof hebt folgenden Teilakt hervor: ,,Der Malermeister befiehlt dem Lehrling, mit zu einer Baustelle zu fahren. Er fährt an der Baustelle vorbei und lenkt den Lieferwagen in den Wald, parkt ihn derart, daß sich die Beifahrertür nicht mehr öffnen läßt. ‚Ich bin sowieso stärker als Du, aus dem Auto kommst Du nicht heraus', sagt er. Er fordert sie in barschem Ton auf, sich nach hinten auf die Ladefläche des Wagens zu begeben und verkehrt dort mit dem Mädchen." (Alles Originalton Bundesgerichtshof)

Das Urteil wird hinsichtlich dieses Punktes aufgehoben, weil eine gewaltsame Nötigung nicht vorliegt. ,,Das bloße Fahren zu einer abgelegenen Stelle, an der die mitgeführte Frau Hilfe nicht erwarten kann, ist nicht ohne weiteres Gewaltanwendung. Nicht in jeglichem Einschließen oder ähnlicher Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Frau in der Absicht, mit ihr geschlechtlich zu verkehren, liegt bereits Anwendung von Gewalt", lautet das aufhebende Urteil desselben Strafsenats, der jetzt im bloßen Reden und Geschrei Gewalteinwirkung angenommen hat.

In einem Urteil vom März 1980 – Anklage wegen sexuellem Mißbrauch von Kindern – hebt der Bundesgerichtshof wiederum das erstinstanzliche Urteil auf und erklärt: ,,Auch soweit der klassische Gewaltbegriff in der Rechtssprechung eine Änderung dahin erfahren hat, daß auf das Erfordernis einer erheblichen Krafteinwirkung durch den Täter verzichtet und stattdessen entscheidend auf die körperliche oder sogar psychische Zwangswirkung beim Opfer abgestellt wird, muß auch letztere durch eine physische Krafteinwirkung des Täters verursacht worden sein. Bloß *verbale* Einwirkung auf das Opfer reicht nicht aus." Wie die Hülle des gleichen Rechts an allen Enden und Ecken den *Inhalt* hervorkehren muß, die Ungleichheit und Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols gegen die Interessen der Betroffenen – diese Erkenntnis nötigt die Entscheidung im Prozeß gegen die drei Studenten förmlich auf: ,,Gewalt" liegt vor, wenn auf ,,das Opfer nicht durch den Inhalt von Äußerungen, sondern ausschließlich, wenn auch mit geringem körperlichen Kraftaufwand durch Geräuschentwicklung eingewirkt wird".



Versammlung der Germanistik-Studenten in Heidelberg im Herbst 1976. Das Institut ist polizeilich abgeriegelt, um die Streik-Urabstimmung zu verhindern.

Der Inhalt der Äußerung, mit dem der Zwang zum sexuellen Verkehr ausgeübt wird, ist gewaltfrei. Der Inhalt von Geräuschen, die betroffene Studenten *massenhaft* gegen die Zerstörung ihrer Zukunft ausüben, ist Gewalt. Aber auch wenn es nicht ,,laut" zugeht: Die Störung (= Nötigung) liegt hier in der Forderung nach Diskussion. Wenn das Richterauge in der Wiederholung einer solchen Forderung nach Diskussion nur die ,,Androhung, die Vorlesung weiter zu stören" erkennt, so liegt hierin die ,,Drohung mit einem empfindlichen Übel", die als ,,verwerflich anzusehen ist" und ebenfalls als Nötigung verurteilt wird. Der Beweis, daß Diskussion = ,,Gewalt" ist, wird überflüssig.

Die Auswirkungen dieses Urteils sind absehbar. Es ist Sache der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) und aller Studentenvertretungen, aber auch der Gewerkschaften, dies nicht hinzunehmen. Grüne, SPD und FDP im Stuttgarter Landtag haben einen gemeinsamen Antrag auf Amnestie für alle in Strafverfahren angeklagten Studenten vorbereitet. Die öffentliche Unterstützung dieses Antrages könnte die Landesregierung in Zugzwang bringen. Gegen das Urteil des Bundesgerichtshofes im Germanistenprozeß wird Verfassungsbeschwerde erhoben werden.

Cadmium das schleichende Gift
Unbedingtes Verbot von Cadmium
Von Cary-Mike Drud
In den letzten Monaten überschlagen sich die bürgerlichen Zeitungen mit Artikeln und Meldungen über Cadmium im Getreide oder im Futter, und über ihre Auswirkungen bei Übermengen. So heißt es z.B. im ,,Hamburger Abendblatt" vom 20.8.1981: ,,Das mit Cadmium verseuchte Getreide von
Was ist Cadmium (Cd)?
Cadmium (Cd) tritt in verschiedenen Verbindungen auf, von denen nur die natürlichen Cd-Beimengen in den Zinkmineralien (Zinkblende) wirtschaftlich von Bedeutung sind, und die zwischen 0,01 und 0,4% Cadmium enthalten.
denten zum Abbruch des Studiums zwangen, überfüllte Seminare, Studienbedingungen, die einhellig bis in den Lehrkörper hinein als ,,untragbar" bezeichnet wurden. Verwerflich war, daß die überwältigende Mehrheit dieser Studenten entschied, die Feststellung ihrer Zukunft durch unannehmbare Studienbedingungen nicht länger hinnehmen zu wollen, sich Organe wählte, die den Kampf dagegen organisieren sollten und den Boykott von neuangeordneten Klausuren praktisch durchführten.
waltausübung besitzt.
Im Dezember 1980 wird ein Malermeister aus Wuppertal wegen Vergewaltigung verurteilt. Er hatte sich an seinem weiblichen Lehrling vergangen. Der Bundesgerichtshof hebt folgenden Teilakt hervor: ,,Der Malermeister befiehlt dem Lehrling, mit zu einer Baustelle zu fahren. Er fährt an der Baustelle vorbei und lenkt den Lieferwagen in den Wald, parkt ihn derart, daß sich die Beifahrertür nicht mehr öffnen läßt. ‚Ich bin sowieso stärker als Du,
wurden allein in der BRD 1832 t Cd erzeugt und verarbeitet.
Der Grenzwert für Cadmium in der BRD beträgt im Wasser 0,006 mg/l und der Grenzwert für die Nahrung beträgt 400 bis 500 Mikrogramm in der Woche laut Weltgesundheitsorganisation (WHO). Nach Berechnungen des Bundesgesundheitsamtes nimmt jeder Mensch in der Bundesrepublik heute 68 Mikrogramm Cd täglich auf, wovon 5% im Verdauungstrakt resorbiert werden, das sind 476 Mikrogramm in der Woche. Selbst die WHO-Werte sind aber zu hoch angesetzt, denn eine tägliche Aufnahme von 60 Mikrogramm Cd führt bei einem Prozent der 50jährigen zu Nierenschäden bei 100
den Pflanzen verstärkt vom Boden aufgenommen. Der Cd-Gehalt in der Luft und im Boden erreicht Mensch und Tier indirekt über die Nahrungskette, vor allem Pflanzen nehmen Cd aus der Luft und dem Boden auf, besonders Wildpilze, Blattgemüse mit großer Oberfläche und unterirdisch wachsende Arten wir Kartoffeln, Möhren und Radieschen. Der Organismus wird mit Cd außerdem erheblich belastet durch Tabakkonsum. Das Rauchen einer Schachtel Zigaretten führt zur Aufnahme von ca. 3,6 Mikrogramm Cd.
Cadmium ist im Blut teilweise an die roten Blutkörperchen und teilweise an das Plasma gebunden; gespeichert wird
stellt wurden. In der Provinz um die Stadt Fuchu litten vor allem ältere Frauen an einem rheumaähnlichen Leiden, das von unsagbaren Schmerzen begleitet wurde. Bei den betroffenen Patienten schrumpfte im Laufe der Jahre das Skelett um bis zu 30 cm, leichte Erschütterung wie beispielsweise Husten führten schon zu Rippenbrüchen. Hinzu kommen schmerzhafte Skelettverformungen, Rücken-, Muskel- und Beinschmerzen, sowie Watschelgang. Allgemein leiden auf der ganzen Welt Cd-Arbeiter häufiger als andere an Wucherungen der Atem- und Harnwege, Bluthochdruck und besonders häufig an Prostatakrebs. Ein weiteres Problem ergibt sich ent-
nigten Deutschen Studentenschaften (VDS) und aller Studentenvertretungen, aber auch der Gewerkschaften, dies nicht hinzunehmen. Grüne, SPD und FDP im Stuttgarter Landtag haben einen gemeinsamen Antrag auf Amnestie für alle in Strafverfahren angeklagten Studenten vorbereitet. Die öffentliche Unterstützung dieses Antrages könnte die Landesregierung in Zugzwang bringen. Gegen das Urteil des Bundesgerichtshofes im Germanistenprozeß wird Verfassungsbeschwerde erhoben werden.



Versammlung der Germanistik-Studenten in Heidelberg im Herbst 1976. Das Institut ist polizeilich abgeriegelt, um die Streik-Urabstimmung zu verhindern.

Cadmium das schleichende Gift

Unbedingtes Verbot von Cadmium

Von Cary-Mike Drud

In den letzten Monaten überschlagen sich die bürgerlichen Zeitungen mit Artikeln und Meldungen über Cadmium im Getreide oder im Futter, und über ihre Auswirkungen bei Übermengen. So heißt es z.B. im ,,Hamburger Abendblatt" vom 20.8.1981: ,,Das mit Cadmium verseuchte Getreide von Hamburger Spülfeldern darf als Futtermittel in den Handel gebracht werden. Das antwortete der Senat auf eine kleine Anfrage des CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Carsten ...

Für Dr. Kampf ist das jetzt erlaubte Verfüttern des Cadmiumgetreides an Hähnchen und Schweine, Rinder und Schafe leichtfertig und skandalös, denn niemand weiß genau, wieviel Cadmium in den Tieren angereichert wird, die dann von Menschen gegessen werden. Der Senat hätte nach dem Vorsorgeprinzip handeln müssen. Kampf: ‚Solange auch nur der leiseste Verdacht besteht, daß Cadmium krank machen kann, muß das Getreide aus dem Verkehr gezogen werden.' " Am 18.8.1981 stand im ,,Hamburger Abendblatt": ,,... Wie berichtet, haben Untersuchungen ergeben, daß das Korn auf bisher 45 Feldern im Südelbe-Gebiet, Wilhemshaven und Hamburg so sehr mit dem giftigen Schwermetall belastet ist, daß es als Brotgetreide nicht mehr in Frage kommt. Die dafür geltenden Richtwerte des Bundesgesundheitsamtes von 0,1 Milligramm pro Kilo Getreide sind stellenweise um mehr als das Achtfache überschritten." Es wird so getan, als wäre es der Stand der neuesten Untersuchungen.

Der wahre Grund, warum sie solche Meldungen bringen, sind die Bürgerinitiativen, die furchterregende Untersuchungen durchgeführt und diese veröffentlicht haben, nachdem sie von den zuständigen Behörden (BBNV) abgewiesen wurden. Nun wollen verschiedene Abgeordnete, nachdem sie merken, die Ruder gehen ihnen aus der Hand, noch die ganzen Aufdeckungen auf ihre Seite ziehen.

Was ist Cadmium (Cd)?

Cadmium (Cd) tritt in verschiedenen Verbindungen auf, von denen nur die natürlichen Cd-Beimengen in den Zinkmineralien (Zinkblende) wirtschaftlich von Bedeutung sind, und die zwischen 0,01 und 0,4% Cadmium enthalten.

Verwendung findet es in der organischen Chemie, Petrochemie, Chloralkaliproduktion, anorganischen Chemie, Düngemittelproduktion, Erdölraffinerien, Stahlwerke, Gießereien, Kfz- und Flugzeugindustrie, Glas und Keramik.

Gebraucht wird es für metallische Überzüge als Schutz vor Wetter und Tausalz (Auto- und Elektroindustrie, Luft- und Seefahrt), für Färbung von Lacken, Glas, Keramik, Metall und Farben (70 bis 80% Cd-Anteil). Als Stabilisator in der PVC-Herstellung. Es bewirkt Licht- und Wärmestabilität, lange Lebensdauer und Durchsichtigkeit bei transparenten Stoffen, für Nickel-Cadmium-Batterien und Akkus, bei der Herstellung von Schaltschutzkontakten, Fotowiderständen (Elektroindustrie), in Atomkraftwerken in den Steuerstäben, die die Geschwindigkeit des radioaktiven Zerfalls des Urans regeln.

Es tritt in folgenden Verbindungen in unserer Umwelt auf: Cd gelangt in Form von Flugstäuben aus der Cd-Gewinnung in Zinkhütten, aus den Cd-verarbeitenden Betrieben und aus der Kohle-Öl-Müllverbrennung in unsere Umwelt; mindestens 80 t pro Jahr. Cd gelangt in Form von Müll und Rückständen metallverarbeitender Betriebe oder der chemischen Industrie in die Umwelt, mindestens 120 bis 130 t pro Jahr; in Form von Abwässern aus der Cd-Gewinnung und der chemischen Industrie und Batterieindustrie, mindestens 70 bis 100 t. Ein Rechenbeispiel: Allein die jährlich in der BRD als Abfall weggeworfene bzw. an die Umwelt abgegebene Menge Cd würde ausreichen, um auf einmal das ca. 4000fache der Erdbevölkerung zu vergiften. 1978 wurden allein in der BRD 1832 t Cd erzeugt und verarbeitet.

Der Grenzwert für Cadmium in der BRD beträgt im Wasser 0,006 mg/l und der Grenzwert für die Nahrung beträgt 400 bis 500 Mikrogramm in der Woche laut Weltgesundheitsorganisation (WHO). Nach Berechnungen des Bundesgesundheitsamtes nimmt jeder Mensch in der Bundesrepublik heute 68 Mikrogramm Cd täglich auf, wovon 5% im Verdauungstrakt resorbiert werden, das sind 476 Mikrogramm in der Woche. Selbst die WHO-Werte sind aber zu hoch angesetzt, denn eine tägliche Aufnahme von 60 Mikrogramm Cd führt bei einem Prozent der 50jährigen zu Nierenschäden bei 100 Mikrogramm Cd/Tag sind es sogar schon 5% Betroffene. Das Bundesgesundheitsamt empfahl 1980, Innereien wie Leber und Nieren nur alle 2 bis 3 Wochen, Wildpilze gar nicht zu essen, weil diese Nahrungsmittel gefährlich hohe Cd-Konzentrationen aufweisen. Beispiel: Rinder/Kalbsniere bis zu 4,1 Mikrogramm/kg, Schweineleber bis zu 1,6 Mikrogramm/kg. Ein Drittel des Cadmium-Gehalts in unserem Körper nehmen wir in Form von Kartoffeln auf, dazu kommt noch, daß morgens mehr Cd im Leitungswasser ist, als im Laufe des Tages. Durch das Stehen des Wassers über Nacht in den Rohren, kann sich der Gehalt um 50% erhöhen. Besonders in der Nähe von cadmiumverarbeitender- und erzeugender Industrie sind die Werte höher als in Gebieten, die von diesen Industrien weit entfernt liegen. In der BRD sind besonders betroffen die Gebiete um Duisburg, Nordenham, Stalberg, Gelsenkirchen und Datteln. Trotz dieser alarmierenden Nachrichten streitet man sich bei uns immer noch über die Belastungswerte, während in Schweden seit kurzem die industrielle Anwendung von Cd verboten ist, da es in nahezu allen Fällen durch harmlosere Stoffe wie zur Legierung durch andere Metalle oder Metallkombinationen ersetzt werden kann. Cadmium ist entbehrlich bei der Einfärbung von Hart- und Weich-PVC, Polyurethanen, ungesättigten Polyesterharzen und Epoxiharzen, in den meisten industriellen Bereich kann man Cadmium durch Zink ersetzen.

Während beim Blei die Aufnahme aus dem Boden relativ gering ist und die größeren Bleimengen den Pflanzen äußerlich anhaften, wird das Cd von den Pflanzen verstärkt vom Boden aufgenommen. Der Cd-Gehalt in der Luft und im Boden erreicht Mensch und Tier indirekt über die Nahrungskette, vor allem Pflanzen nehmen Cd aus der Luft und dem Boden auf, besonders Wildpilze, Blattgemüse mit großer Oberfläche und unterirdisch wachsende Arten wir Kartoffeln, Möhren und Radieschen. Der Organismus wird mit Cd außerdem erheblich belastet durch Tabakkonsum. Das Rauchen einer Schachtel Zigaretten führt zur Aufnahme von ca. 3,6 Mikrogramm Cd.

Cadmium ist im Blut teilweise an die roten Blutkörperchen und teilweise an das Plasma gebunden; gespeichert wird es in der Niere, Leber, Speichel und Schilddrüse, sowie in der Darmschleimhaut. Wie schnell Cd abgebaut wird, ist abhängig von der Menge der Aufnahme, der Exposition, dem Lebensalter und dem Gesamtgehalt im Körper. Die biologische Halbwertszeit, d.h. die Zeit, in der die Hälfte abgebaut ist im Körper, beträgt rund 30 Jahre. Ebenso wie Blei wird Cd gasförmig stärker vom Organismus aufgenommen als in mineralischer Form.

Krankheiten, Vergiftungen

Akute inhalative Cd-Vergiftungen: Reizung der Atemwege, Luftröhrenentzündungen, Kopfschmerzen, Schwindel, Fieber, Brustschmerzen und Kurzatmigkeit treten auf. In schweren Fällen können innerhalb von 5 bis 7 Tagen Wasseransammlungen in der Lunge (Ödeme) zum Tode führen. Akute orale Cd-Vergiftungen (durch den Verdauungstrakt): Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, Muskelkrämpfe, Nervenversagen, Leberschäden sowie Kreislaufschock. Innerhalb von zwei Wochen kann der Tod eintreten. Chronische Vergiftungen: Zu Beginn treten Reizungen der Nasenschleimhäute auf. Später folgen Geschwüre an den Schleimhäuten, Geruchsverlust, Lungenemphyseme und Nierenschäden, bei denen zu große Mengen für den Körper wichtige Substanzen unkontrolliert ausgeschieden werden. Hinzu kommen Müdigkeit, Blutarmut und Leberschäden. Diese Form der Cd-Vergiftung ist nicht heilbar. Ein abschreckendes Beispiel für die Gefährlichkeit einer Cd-Vergiftung ist die Itai-Itai-Krankheit, deren Ursachen in den fünfziger Jahren in Japan festgestellt wurden. In der Provinz um die Stadt Fuchu litten vor allem ältere Frauen an einem rheumaähnlichen Leiden, das von unsagbaren Schmerzen begleitet wurde. Bei den betroffenen Patienten schrumpfte im Laufe der Jahre das Skelett um bis zu 30 cm, leichte Erschütterung wie beispielsweise Husten führten schon zu Rippenbrüchen. Hinzu kommen schmerzhafte Skelettverformungen, Rücken-, Muskel- und Beinschmerzen, sowie Watschelgang. Allgemein leiden auf der ganzen Welt Cd-Arbeiter häufiger als andere an Wucherungen der Atem- und Harnwege, Bluthochdruck und besonders häufig an Prostatakrebs. Ein weiteres Problem ergibt sich entlang von Straßen, besonders von Autobahnen. Direkt an den Straßen findet eine große Anreicherung von Cd statt. Man maß bis zu einem Milligramm/m².

Das alles beweist, daß erstens verstärkt staatliche Kontrollen durchgeführt werden müssen. Zweitens muß man den Staat dazu zwingen, daß jeder Kapitalist auf der Verpackung der Lebensmittel den genauen Cd-Wert angibt, der nächste Schritt wäre, Lebensmittel mit einem hohen Cd-Gehalt aus dem Verkehr zu ziehen und ihren Verkauf zu verbieten. Weiterhin muß man dafür kämpfen, daß ein Verbot aufgestellt wird, daß Cd-haltige Abwässer nicht in unsere Gewässer gespült werden dürfen und daß die Kapitalisten gezwungen werden, Absauggeräte anzuschaffen, die verhindern, daß Cd in unsere Luft gelangt. Der letzte Schritt wäre dann noch das Verbot von Cadmium in der Herstellung und Verarbeitung.

Ganz anders das Gesundheitsministerium. Auf Anfrage, was sie nun für Konsequenzen gezogen hätten, bekam man zu hören, daß sie die Richtwerte *hoch* statt heruntergesetzt haben. Seit etwa zwei Monaten sind folgende Richtwerte maßgebend:

Getreide für Brot darf 0,1 Milligramm/kg, Getreide als Futtermittel für Hühner und Schweine, 0,5 Milligramm/kg und Getreide als Futtermittel für Rinder und Schafe 1,0 Milligramm/kg Cadmium enthalten. Weiterhin erklärte das Ministerium, daß das Getreide von den Hamburger Spülfeldern als Brotgetreide aus dem Verkehr gezogen wurde, aber dafür den Hühnern und Schweinen zum Fraß vorgeworfen wurde. Kann man nur noch sagen, GUTEN APPETIT.

Grönlands Reichtum

Dokumente zum Kampf der Inuit gegen den EG-Beitritt

bag.Aarhus. Am 23.2.1982 wird die Bevölkerung Grönlands über die Verlängerung der Mitgliedschaft in der EG abstimmen. Bei der Volksabstimmung über den Beitritt im Jahre 1972 stimmten gut 70% dagegen, die Stimmen wurden jedoch mit denen des dänischen „Mutterlandes" zusammengerechnet, so daß Grönland Mitglied wider Willen wurde. Bei der neuen Abstimmung wird sich zeigen, wie weit dieser Widerwille durch die praktischen Erfahrungen mit der EG, vor allem in der Fischereipolitik, verstärkt worden bzw. durch die Zahlungen aus Regional- und Sozialfonds der EG bezwungen worden ist.

Es spricht viel dafür, daß die Mehrheit der Grönländer auch diesmal Nein zur EG sagen wird. Die Regierungspartei Siumut, die 13 Sitze in der Volksvertretung (Landsting) hat, ist für den Austritt aus der EG; ihr hat sich die Partei Sulissartut angeschlossen; die kleine marxistische Partei Inuit Ataqatigit ist seit jeher entschiedener Gegner der EG gewesen. Nur eine Partei, Atassut, mit 8 Sitzen im Landsting vertreten, fordert die Wähler auf, für die weitere Mitgliedschaft zu stimmen. Siumut, Sulissartut, Inuit Ataqatigit sowie Vertreter der Fischer- und Fängerorganisation KNAPP und der Gewerkschaft SIK haben sich in einem Anti-EG-Bündnis namens ANISA zusammengeschlossen.

Das wichtigste Argument der Befürworter der EG auf Grönland ist die ökonomische Situation des Landes. Unter Hinweis auf die negative Handelsbilanz, die starke Abhängigkeit von Dänemark, die hohe Arbeitslosenquote und die großen sozialen Probleme beschwören die Befürworter den totalen Zusammenbruch der grönländischen Ökonomie bei einem Austritt aus der EG. In der Tat sind die Zuschüsse und Kredite von EG-Institutionen an Grönland nicht unerheblich; 1980 waren es 118 Millionen Kronen. Im Augenblick geht es um EG-Kredite für den Wohnungsbau; die dänische Regierung will sich bei der EG für den Bau von ca. 1000 neuen Wohnungen auf Grönland einsetzen. Außerdem hat die EG gerade 65 Millionen Kronen als Zuschuß für den Ausbau der Schafszucht auf Südgrönland bewilligt.

Das Anti-EG-Bündnis hat gegen die Gefahr möglicher ökonomischer Einbußen folgende Alternativen entworfen: Aufhebung der Zusammenarbeit innerhalb von EG und Euratom (betrifft die grönländischen Uran- und Kohlevorkommen), so daß Grönland voll über seine Bodenschätze und Fischbestände verfügen kann. Verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Inuit des Polarkreises, den in der ICC (Inuit Circumpolar Conference) zusammengeschlossenen Eskimos Kanadas und Alaskas. Verkauf von Fanglizenzen an ausländische Fischereischiffe, unter Kontrolle der Fangquoten. Anschluß an das OLT-Abkommen, eine Assoziation an die EG entsprechend anderen von EG-Ländern abhängigen (ehemaligen) Kolonien; dieses Abkommen bedeutet vor allem Zollfreiheit für alle notwendigen Importwaren Grönlands.



Zahlreiche Inuit (Eskimos) müssen sich als Lohnarbeiter auf Fangschiffen verdingen. Die Sicherung der eigenen Fischgründe gegen die Raubfischerei ausländischer Konzern ist einer der Schwerpunkte der grönländischen Außenpolitik. In der Mißachtung der nationalen Selbstbestimmung Grönlands (Kalatdlit Nunat) tut sich die westdeutsche Regierung hervor.

Mit großer Empörung haben Siumut und ANISA die Nachricht aufgenommen, daß die Regierung der Bundesrepublik jeden Versuch Grönlands blockieren will, ein solches Abkommen mit der EG zu schließen. Sie fassen dies als Erpressung und Eingriff in die Abstimmung auf. Die Begründung für die Ablehnung (zu hohes Durchschnittseinkommen) lassen sie nicht gelten, da dieser hohe Durchschnitt nur durch die übermäßig hohen Einkommen der Ausländer auf Grönland zustandekommt. (81300 brutto im Jahr gegenüber 32300 für Inuit).

Es ist damit zu rechnen, daß die ökonomischen Probleme Grönlands den Befürwortern der EG manche Stimme einbringen werden. Auf der anderen Seite ist jedoch das politische Bewußtsein der Inuit in den neun Jahren Mitgliedschaft in der EG gewachsen. Das zeigte der erfolgreiche Kampf für die „Selbstverwaltung" als erster Schritt einer Loslösung von Dänemark 1979. Das zeigt auch das diesjährige Aussivik, traditionelles Sommertreffen der Grönländer zur Beratung von gemeinsamen Problemen: „Der wichtigste Punkt des Aussivik 81 war das Eigentumsrecht am Boden und an den Naturschätzen. Darüber wurde Tag und Nacht diskutiert und es wurden 7 Arbeitsgruppen eingerichtet. Die Teilnehmer des Aussivik (mit 1600 mehr als in den letzten 5 Jahren) verlangen, daß das Recht auf Eigentum am Boden auf die eigene Bevölkerung des Landes übergeht. Sie wollen, daß ‚das gesamte grönländische Volks, gesammelt und in vollem Ernst' erklärt, daß ihm das Land gehört. Die Selbstverwaltung Grönlands soll dafür sorgen, daß andere Nationen das anerkennen. Und es soll in Zusammenarbeit mit der ICC geschehen. Die Teilnehmer des Aussivik gaben auch ihrem Widerstand dagegen Ausdruck, daß Grönland als Militärstützpunkt gebraucht wird, und sie können die Pläne für die Ausbeutung der Uran- und Ölvorkommen durch andere Nationen sowie die weitere Mitgliedschaft in der EG nicht gutheißen." (Grönlandsposten, 5.8.1981)

Aus der Rede von Lars Emil Johansen, Mitglied der Landesregierung, auf der Wirtschaftskonferenz 1980 in Qaqortoq

Nach einleitenden Bemerkungen über die „ökonomische Zwangsjacke Grönlands" (das Mißverhältnis zwischen Export und Import, nach den letzten statistischen Angaben für 1978 betrug das Handelsbilanzdefizit 428241 Kronen; große Teile der Wirtschaft, u.a. auch die Fischereifahrzeuge und die Fischfabriken der Königlich-Grönländischen Handelsgesellschaft, sind auf staatliche Zuschüsse von Dänemark angewiesen) führte Johansen folgende Punkte einer zukünftigen grönländischen Wirtschaftspolitik an:

Der Gemeinschaftsgedanke

einer Arbeitslosenquote zwischen 25 und 35%, wenn nicht ernsthafte Maßnahmen ergriffen werden, um für den Zuwachs an Arbeitskräften, den wir in den nächsten Jahren erleben werden, Beschäftigung zu finden.

Regionale Wirtschaftspolitik

Grönland kann in Regionen eingeteilt werden, die Gemeinsamkeiten in klimatischer, ökologischer und damit auch wirtschaftsstruktureller Hinsicht haben, so daß eine Regionalplanung der Wirtschaftspolitik einfach notwendig ist.

Innerhalb der einzelnen Regionen

durchgemacht. Wir wissen nicht, ob wir diese Krise überwunden haben, ob das jetzt ein so kräftiger und produktiver Bestand ist, daß er sich halten kann, oder ob jetzt der Laichbestand aufgefischt wird, mit dem Risiko der Ausrottung, nicht zuletzt wegen der unerlaubten Fischerei westdeutscher Trawler. Vielleicht werden wir eine ähnliche Krise bald mit den Garnelen erleben.

Wir müssen als sehr wichtige Aufgabe deshalb erwägen, ob die Ressourcen, die wir ausnutzen, gut genug ausgenutzt werden. Ob Ressourcen vergeudet werden. Ob der Grad der Ausnutzung lohnend ist, sowohl arbeitsplatzmäßig wie hinsichtlich der Einnahmen.

Neue Fisch-Arten

den. Ich habe vorhin über die Möglichkeiten der Dörfer zu einer Produktion für die Versorgung des Binnenmarktes gesprochen, die den Import von Nahrungsmitteln verringern könnte; aber beim Export muß man auf Forderungen nach Qualität achten, die wir nicht selbst festlegen können. Wir müssen aber Sicherheit darüber haben, daß diese Qualitätsanforderungen eingehalten werden, und deshalb müssen wir den grönländischen Export zentral lenken. Dadurch werden wir auch sichern können, daß grönländische Betriebe nicht in Konkurrenz gegeneinander den Markt oder sich gegenseitig ruinieren.

Die Preise können wir nicht selbst festlegen, sondern müssen uns an die Weltmarktpreise halten. Aber wir können mit einer zentralen Lenkung ver-

Städte und der Dörfern verstärken und zu einer Bevölkerungskonzentration mit unkontrollierbarem Wachstum in den größeren Städten, zum Beispiel in Nuuk, führen und damit eine Produktionsstruktur verhindern, die zu einer vernünftigen Ausnutzung der lebendigen Ressourcen geeignet ist.

– Eine weitere Entwicklung des kapitalistischen Weges kann wachsende Arbeitslosigkeit bewirken, vor allem in Form von Saison-Arbeitslosigkeit und versteckter Arbeitslosigkeit durch Unter- oder Überbeschäftigung …

Der Ausdruck „gesellschaftlicher Reichtum" in Punkt 2 und 3 soll als Gegensatz zu „kapitalistischem Reichtum" verstanden werden. Unter dem gesellschaftlichen Reichtum eines Landes wird die gesamte Menge der Gebrauchswerte oder der Produkte verstanden, die von der gesamten Bevöl-

kleine marxistische Partei Inuit Ataqatigit ist seit jeher entschiedener Gegner der EG gewesen. Nur eine Partei, Atassut, mit 8 Sitzen im Landsting vertreten, fordert die Wähler auf, für die weitere Mitgliedschaft zu stimmen. Siumut, Sulissartut, Inuit Ataqatigit sowie Vertreter der Fischer- und Fängerorganisation KNAPP und der Gewerkschaft SIK haben sich in einem Anti-EG-Bündnis namens ANISA zusam-

Gefahr möglicher ökonomischer Einbußen folgende Alternativen entworfen: Aufhebung der Zusammenarbeit innerhalb von EG und Euratom (betrifft die grönländischen Uran- und Kohlevorkommen), so daß Grönland voll über seine Bodenschätze und Fischbestände verfügen kann. Verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Inuit des Polarkreises, den in der ICC (Inuit Circumpolar Conference) zu-

lands.

Mit großer Empörung haben Siumut und ANISA die Nachricht aufgenommen, daß die Regierung der Bundesrepublik jeden Versuch Grönlands blockieren will, ein solches Abkommen mit der EG zu schließen. Sie fassen dies als Erpressung und Eingriff in die Abstimmung auf. Die Begründung für die Ablehnung (zu hohes Durchschnittseinkommen) lassen sie nicht gelten, da dieser hohe Durchschnitt nur durch die

Bewußtsein der Inuit in den neun Jahren Mitgliedschaft in der EG gewachsen. Das zeigte der erfolgreiche Kampf für die „Selbstverwaltung" als erster Schritt einer Loslösung von Dänemark 1979. Das zeigt auch das diesjährige Aussivik, traditionelles Sommertreffen der Grönländer zur Beratung von gemeinsamen Problemen: „Der wichtigste Punkt des Aussivik 81 war das Eigentumsrecht am Boden und an den Naturschätzen. Darüber wurde Tag

Grönlands soll dafür sorgen, daß andere Nationen das anerkennen. Und es soll in Zusammenarbeit mit der ICC geschehen. Die Teilnehmer des Aussivik gaben auch ihrem Widerstand dagegen Ausdruck, daß Grönland als Militärstützpunkt gebraucht wird, und sie können die Pläne für die Ausbeutung der Uran- und Ölvorkommen durch andere Nationen sowie die weitere Mitgliedschaft in der EG nicht gutheißen." (Grönlandsposten, 5.8.1981)

Aus der Rede von Lars Emil Johansen, Mitglied der Landesregierung, auf der Wirtschaftskonferenz 1980 in Qaqortoq

Nach einleitenden Bemerkungen über die „ökonomische Zwangsjacke Grönlands" (das Mißverhältnis zwischen Export und Import, nach den letzten statistischen Angaben für 1978 betrug das Handelsbilanzdefizit 428241 Kronen; große Teile der Wirtschaft, u.a. auch die Fischereifahrzeuge und die Fischfabriken der Königlich-Grönländischen Handelsgesellschaft, sind auf staatliche Zuschüsse von Dänemark angewiesen) führte Johansen folgende Punkte einer zukünftigen grönländischen Wirtschaftspolitik an:

Der Gemeinschaftsgedanke

… Die Landesregierung tritt für eine übergeordnete Wirtschaftspolitik ein, die den Gemeinschaftsgedanken an die erste Stelle setzt. Wir meinen, daß die geografischen, klimatischen und andere naturgegebene Verhältnisse unseres Landes erfordern, daß wir unsere wirtschaftlichen Aufgaben auf der Grundlage des Gemeinschaftsgedankens lösen, der traditionell grönländische Lebensweise kennzeichnet.

Ausgehend von diesem ökonomischen Prinzip, beabsichtigt die Landesregierung, in Zukunft in erster Linie grönländische Gemeinschaftsunternehmen (Gesellschaften) zu stützen, die eine breite Basis in der grönländischen Bevölkerung haben und die auf eine breite Wirtschaftsentwicklung in Dörfern, Städten, Kommunen und Regionen abzielen. Die Existenzberechtigung und Bewahrung der Dörfer ist ein wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik der Landesregierung. Es soll deshalb in diesem Zusammenhang unterstrichen werden, daß eine Wirtschaftspolitik, die eine Binnenmarktproduktion mit Begrenzung der Nahrungsmittelimporte erlaubt, der Entwicklung der Dörfer nützt und deshalb eine hohe Priorität gegeben werden muß.

Probleme der Beschäftigung

Wir wissen, daß wir in den nächsten Jahren vor sehr großen Beschäftigungsproblemen stehen werden … Niemand wird die hohe Arbeitslosigkeit akzeptieren können, von der in Beschäftigungsprognosen für Grönland die Rede ist. Da ist die Rede von einer Arbeitslosenquote zwischen 25 und 35%, wenn nicht ernsthafte Maßnahmen ergriffen werden, um für den Zuwachs an Arbeitskräften, den wir in den nächsten Jahren erleben werden, Beschäftigung zu finden.

Regionale Wirtschaftspolitik

Grönland kann in Regionen eingeteilt werden, die Gemeinsamkeiten in klimatischer, ökologischer und damit auch wirtschaftsstruktureller Hinsicht haben, so daß eine Regionalplanung der Wirtschaftspolitik einfach notwendig ist.

Innerhalb der einzelnen Regionen muß beraten und beschlossen werden, wie die Ausnutzung der Ressourcen verteilt wird, teils um eine effektive, aber nicht zerstörerische Ausnutzung zu gewährleisten, teils um die Ausnutzung dauerhaft zu machen und damit dauerhafte Beschäftigung und eine dauerhafte Verzinsung der Mittel zu erzielen, die in den Produktionsapparat investiert werden … Wir müssen bei unseren Planungen auf eine richtige Lokalisierungspolitik achten und keine Massenabwanderungen verursachen, wie wir es früher erlebt haben (durch die dänische Politik der Kapitalkonzentration und Zentralisation; Anmerkung des Übersetzers) …

Export grönländischer Produkte

… Unser Nationaleinkommen muß auf der Grundlage unserer lebenden Ressourcen geschaffen werden. Daraus sollen Produkte hergestellt werden, die wir verkaufen, exportieren können.

Der Bedarf an Proteinen auf der ganzen Welt und die Tatsache, daß die Nahrungsmittelproduktion mittels Viehzucht, wo Korn als Futter verwendet wird, sehr kostspielig ist, erzeugt ein großes Interesse an der Ausnutzung der Ressourcen der Meere. Dieses große Interesse führt dazu, daß man in berechtigter Angst vor Raubfischerei die Bestände durch Quoten-Regelungen zu sichern versucht.

Diese Quoten-Regelungen können andere Probleme mit sich führen, die die Beschäftigung beeinflussen können. Das haben wir mit der Lachsfischerei erlebt, und wir haben eine kritische Periode mit der Dorschfischerei durchgemacht. Wir wissen nicht, ob wir diese Krise überwunden haben, ob das jetzt ein so kräftiger und produktiver Bestand ist, daß er sich halten kann, oder ob jetzt der Laichbestand aufgefischt wird, mit dem Risiko der Ausrottung, nicht zuletzt wegen der unerlaubten Fischerei westdeutscher Trawler. Vielleicht werden wir eine ähnliche Krise bald mit den Garnelen erleben.

Wir müssen als sehr wichtige Aufgabe deshalb erwägen, ob die Ressourcen, die wir ausnutzen, gut genug ausgenutzt werden. Ob Ressourcen vergeudet werden. Ob der Grad der Ausnutzung lohnend ist, sowohl arbeitsplatzmäßig wie hinsichtlich der Einnahmen.

Neue Fisch-Arten

Solche Erwägungen führen unmittelbar zu Überlegungen über die Fischveredelungsindustrie, um mehr Beschäftigung und höhere Einnahmen zu erzielen, aber auch zu Überlegungen über die Ausnutzung neuer Fischarten … wie es bereits viele andere Nationen tun, und zwar häufig in unseren Gewässern.

Die Produktion, die in Gang gesetzt werden kann, soll auch abgesetzt werden. Ich habe vorhin über die Möglichkeiten der Dörfer zu einer Produktion für die Versorgung des Binnenmarktes gesprochen, die den Import von Nahrungsmitteln verringern könnte; aber beim Export muß man auf Forderungen nach Qualität achten, die wir nicht selbst festlegen können. Wir müssen aber Sicherheit darüber haben, daß diese Qualitätsanforderungen eingehalten werden, und deshalb müssen wir den grönländischen Export zentral lenken. Dadurch werden wir auch sichern können, daß grönländische Betriebe nicht in Konkurrenz gegeneinander den Markt oder sich gegenseitig ruinieren.

Die Preise können wir nicht selbst festlegen, sondern müssen uns an die Weltmarktpreise halten. Aber wir können mit einer zentralen Lenkung verhindern, daß durch unzweckmäßige Konkurrenz zwischen grönländischen Betrieben Preisverzerrungen für grönländische Produkte entstehen. Auch können wir durch einen zentral gelenkten Export selbst die Wahl des Marktes mitbestimmen und uns dadurch Vorteile sichern, die auch mit dem Preis zu tun haben, nämlich Vorteile der Finanzierung und der Einkaufsmöglichkeiten …

Aus dem Gutachten: Wer soll das Geld verdienen? Es ist ein Unterschied zwischen kapitalistischem Reichtum in der Gesellschaft und gesellschaftlichem Reichtum

Bei der Beurteilung, wie die Produktion insgesamt organisiert werden muß, wenn der Gemeinschaftsgedanke tatsächlich an erster Stelle steht, haben wir eine Unterteilung in folgende Punkte vorgenommen:

1. Worin besteht Grönlands potentieller Reichtum, und wer besitzt ihn formal und real?

2. Die Ausnutzung der lebendigen Naturreichtümer als Grundlage für den gesellschaftlichen Reichtum.

3. Die Anwendung der Arbeitskraft-Ressourcen des Landes als Verwirklichung des gesellschaftlichen Reichtums.

4. Die grönländische Produktion und ihr Verhältnis zum Weltmarkt: Exportmöglichkeit und Imort-Bedrohung.

Eine summarische Zusmmenfassung der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, wie sie auf der Wirtschaftskonferenz angesprochen wurden, sieht in ihren Hauptzügen folgendermaßen aus:

– Eine Privatisierung der Produktion, d.h. eine kapitalistische Produktion, läßt sich in einer Reihe von notwendigen Produktionsbereichen nicht durchführen; diese tendieren deshalb dazu, daß sie ganz oder teilweise mit Importen ersetzt werden.

– Versuche zur weiteren Entwicklung kapitalistischer Produktion werden ökonomisch und damit auch politisch die Situation der „Zwangsjacke" verschärfen, die aus dem Mißverhältnis zwischen Export und Import resultiert.

– Eine Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsstruktur wird die Tendenz zur Entvölkerung der kleinen Städte und der Dörfern verstärken und zu einer Bevölkerungskonzentration mit unkontrollierbarem Wachstum in den größeren Städten, zum Beispiel in Nuuk, führen und damit eine Produktionsstruktur verhindern, die zu einer vernünftigen Ausnutzung der lebendigen Ressourcen geeignet ist.

– Eine weitere Entwicklung des kapitalistischen Weges kann wachsende Arbeitslosigkeit bewirken, vor allem in Form von Saison-Arbeitslosigkeit und versteckter Arbeitslosigkeit durch Unter- oder Überbeschäftigung …

Der Ausdruck „gesellschaftlicher Reichtum" in Punkt 2 und 3 soll als Gegensatz zu „kapitalistischem Reichtum" verstanden werden. Unter dem gesellschaftlichen Reichtum eines Landes wird die gesamte Menge der Gebrauchswerte oder der Produkte verstanden, die von der gesamten Bevölkerung produziert werden. Der Reichtum hängt also von der Größe der gesamten Produktion ab.

Der kapitalistische Reichtum eines Landes wird ausschließlich an der Profitmenge gemessen, die produziert wird. Das heißt daran, wie sich die Produktion lohnt.

Der gesellschaftliche Reichtum und der kapitalistische Reichtum eines Landes sind nicht dasselbe. Die letztgenannte Form des Reichtums kann und wird häufig auf Kosten des gesellschaftlichen Reichtums vermehrt – z.B. durch Arbeitslosigkeit. Die Produktion für kapitalistischen Reichtum kann auch die Ausnutzung der Quellen des Reichtums eines Landes verhindern, weil „es sich nicht lohnt". Oder mit anderen Worten: weil sie nicht genug Profit abwirft im Verhältnis zu anderer Produktion oder zu anderem Einsatz von Kapital, z.B. als Handelskapital oder als zinsbringendes Kapital.

Die wirtschaftspolitischen Initiativen zur Entwicklung einer gesunden und tragfähigen grönländischen Wirtschaft können deshalb nicht mit der pessimistischen Frage zurückgewiesen werden: „Lohnt es sich?". Das ist nur sinnvoll, wenn die Produktion privatisiert oder kapitalistisch ist.

Stattdessen müssen solche Initiativen unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden: „Trägt das zu einer Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums bei?". Diese Frage ist entscheidend, wenn man den Gemeinschaftsgedanken verwirklichen will …

11. IG Metall Vertrauensleutekonferenz:

Nützlicher Krach

geh. Die Haltung der IG Metall zur Regierung und ihren Haushaltsplänen, wie die Gewerkschaften ihre Rolle in der Friedensbewegung bestimmen und welche Tarifkonzeption heute richtig ist, berieten 372 Delegierte Anfang der Woche in Frankfurt. Die Beauftragten aller Ortsverwaltungen für die Vertrauensleutearbeit und Vorsitzenden aller örtlichen Vertrauensleuteausschüsse hörten sichtlich überrascht die Aufforderung Loderers, bei aller berechtigten Kritik an der Regierung die ,,Kirche im Dorf" zu lassen. ,,Wie auf einer Maiandacht" habe er sich gefühlt, kritisierte ein Delegierter. Eine ,,auffallend moderate Rede" stellten die Zeitungen fest.

,,Kirche im Dorf" – das heißt für Loderer, nichts zu unternehmen, was die Regierung in Bonn gefährdet, denn: ,,Die politische Alternative steht in Bonn weiter rechts und keinesfalls weiter links. Das, Kolleginnen und Kollegen, ist die Realität, alles andere ist Träumerei, Phantasterei und politische Falschspielerei. Die regierende Koalition in Bonn ist unser Ansprechpartner. Wir wollen keine andere Regierung. Aber wir wollen eine andere Politik." Aber wie, das war das Problem.

Zur Maiandacht verkam die Veranstaltung jedoch nicht. Viele Redner sprachen. Bis auf wenige kritisierten sie die Position Loderers und der IG Metall, viele unter Verweis auf ihre langjährige SPD-Mitgliedschaft. In der Schußlinie standen entgegen der offiziellen ,,FDP-Schwanz wedelt mit SPD-Hund"-Theorie ,,die Kollegen in Bonn" wie Matthöfer. ,,Daß es in Bonn eine Wende gibt, hat nicht nur die FDP verschuldet, sondern auch meine politischen Freunde." Die Stuttgarter Demonstration wird als richtiges Mittel hervorgehoben. ,,Die bisherigen Erklärungen werden in Bonn nicht gehört. Presseerklärungen landen im Papierkorb." Der Delegierte Ruppert aus Bayern sieht weitere Probleme: ,,Können wir die Regierung weiter tragen? Verpassen wir dabei nicht ebenso den Anschluß wie am 10.10.? Können wir überhaupt Forderungen an eine mögliche CDU-Regierung erheben, wenn wir sie heute nicht erheben?"

Diese Strömungen waren auf der Konferenz wohl in der Mehrheit, wobei alle den Druck auf die Bundesregierung verstärken wollten, bis hin zur Durchsetzung eines Beschäftigungsprogramms per Streik. Vielleicht ein Viertel unterstützte mit Beifall die Position Loderers, die er nochmal im Schlußwort konkretisierte. ,,Heute sind wieder eine Reihe von Betriebsräten zu mir gekommen mit der Bitte um Fürsprache beim Bundeskanzler für Zuwendungen von Förderungsmittel des Bundes für ihre Betriebe. Das habe ich in der Vergangenheit gemacht, und das hat was gebracht. Das alles könnte ich nicht, wenn wir unser Verhältnis zur Regierung änderten." Und: ,,Ich sehe nicht, daß es eine Alternative zur Regierung gibt. Einen Regierungswechsel, nur um besser schimpfen zu können, darauf verzichte ich ... Mit einer Demonstrationspolitik allein ist eine Änderung der Politik in Bonn nicht zu erreichen. Das Durchsetzen eines Beschäftigungsprogramms mittels Demonstrationen geht nicht. Eine Reihe von großen Demonstrationen wäre das Ende der Koalition in Bonn."

Tarifrente oder nur Geld?

Der zweite große Punkt der Auseinandersetzung war die Tarifpolitik. Stand der Debatte ist, daß die westdeutschen Bezirke angesichts der hohen Arbeitslosigkeit für die Tarifrente sind. Der Nordverbund will wohl eine reine Lohnrunde mit Anhebung der unteren Lohngruppen, Baden-Württemberg will nach einer Lohnrunde dann über Verkürzung der Lebensarbeitszeit und wöchentlichen Arbeitszeit verhandeln.

H. Janzen vom Vorstand und F. Steinkühler vom Bezirk Stuttgart trugen ihre Überlegungen vor diesem Hintergrund vor. Janzen meint, die Arbeitslosenzahlen werden in den nächsten Jahren nicht sinken. Man kann nicht in all diesen Jahren auf ,,qualitative Forderungen" verzichten. Eine gemeinsame Verhandlung von Lebensarbeitszeit und Wochenarbeitszeit mache die Durchsetzung beider Forderungen schwach. Bei gemeinsamer Verhandlung von Lohn und Tarifrente wirke die Lohnseite als Faustpfand. Man erreiche den Arbeitsmarkteffekt und könne dann den Preis, den man auf die Lohnhöhe zahlen solle, runterstreiken. Entgegen den Berechnungen der Baden-Württemberger habe die Tarifrente mit 60 Jahren sehr wohl Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Steinkühler wolle in Wirklichkeit die 35-Stunden-Woche nicht. Allerdings, so Janzen, sei er heute unsicherer denn je, ob man die Tarifrente jetzt fordern solle. Aber er könne warten bis die Forderung sich durchsetze, spätestens wenn die 59er-Regelung wegfalle.

Steinkühler entgegnete, daß die starke Preissteigerung die traditionelle Unterscheidung zwischen ,,qualitativer" und ,,quantitativer" Lohnpolitik verwische. Sicherung des Reallohns sei heute eine ,,qualitative" Forderung. Drei Jahre Reallohnabbau hintereinander, dann nütze auch kein Beschäftigungsprogramm mehr. Das tatsächliche Problem bei der Verkürzung der Lebensarbeitszeit liege vor der 60-Jahresgrenze. 56% aller würden frühverrentet. Das Durchschnittsalter der Verrentung liege bei ihnen bei 58 Jahren. Deshalb sei er für eine Kombination. Mit 59 Jahren in den Ruhestand, mit 58 solle nur noch 50% der Arbeitszeit gearbeitet werden und bereits mit 57 nur noch drei Viertel der Arbeitszeit.

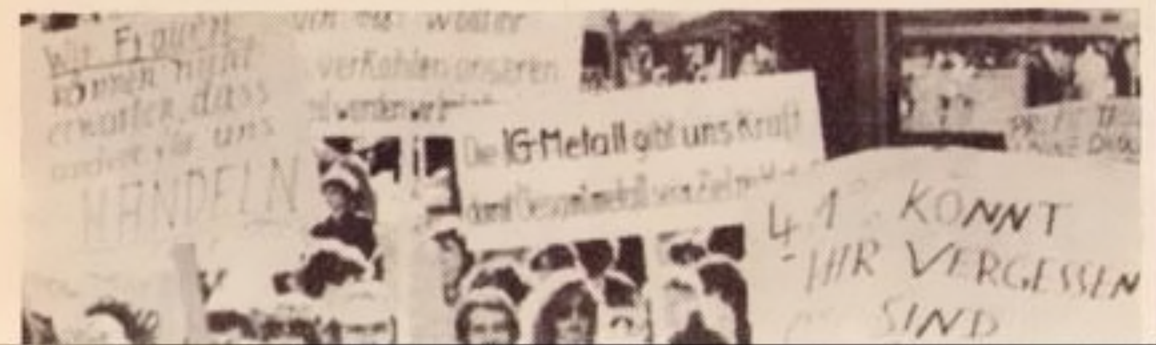
Der Arbeitsmarkteffekt sei doppelt so hoch wie bei der ,,Tarifrente". Es stimme nicht, daß er gegen die 35-Stunden-Woche sei, nur dürfe es keine 35-Stunden-Woche ohne gleichzeitige Leistungsbeschränkung durch definierte Arbeitsbedingungen geben, da sonst der erwünschte Effekt wieder aufgehoben würde. Dazu gebe es aber bisher keine Pläne beim Vorstand. Verkürzung der Lebensarbeitszeit sei nicht im Vorbeigehen durchzusetzen. Die Verbindung von Lohn kompliziere und verlängere den Kampf. Da der letzte Tarifkampf an die Grenze der organisatorischen Leistungsfähigkeit der IG Metall ging, komme man in Entscheidungsdruck. Für sein Konzept könnten auch nach einer abgeschlossenen Tarifrunde die Arbeitgeber zu Verhandlungen gezwungen werden.

Und wie weiter?

Vielleicht unter dem Eindruck der wohl gescheiterten Unterschriftensammlung des DGB, für die bisher nur 470000 Unterschriften gesammelt sind, rechnete E. Loderer jenseits aller taktischen Überlegungen mit der Sowjetunion und ihren auch (vermeintlichen) Helfern ab. Nach der auf der Konferenz geäußerten Kritik konnte so keine neue Einheit auf Positionen gegen beide Supermächte hergestellt werden.

Beschlossen wurde auf der Konferenz nichts, über dem Krach wurden allerdings die unterschiedlichen Positionen klar. Zum Frieden und zur Bundesregierung ist das weitere Vorgehen noch unklar – bei der Tarifrente zeichnet sich neben dem Scheitern des Janzenplans aber eine mögliche neue Einheit in den neuen Steinkühlerschen Vorstellungen ab.





Die VW-AG kündigt die 59er-Regelung

Gefährliche Auswirkungen der Sparbeschlüsse der Regierung

wem.Emden. Einer der wenigen Sparbeschlüsse der Bundesregierung zum Haushalt 1982, der sich gegen die Kapitalisten zu richten schien, beginnt

Frage kommenden Lohnabhängigen, wachsenden Gebrauch von der 59er Regelung macht. 1979 nutzten dies 75,6%, 1980 waren es bereits 82%.

Angestellte geopfert werden. Je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit handelt es sich für den Einzelnen um Beträge zwischen 100.— und 400.— DM.

partner. Wir wollen keine andere Regierung. Aber wir wollen eine andere Politik." Aber wie, das war das Problem.

Zur Maiandacht verkam die Veranstaltung jedoch nicht. Viele Redner sprachen. Bis auf wenige kritisierten sie die Position Loderers und der IG Metall, viele unter Verweis auf ihre langjährige SPD-Mitgliedschaft. In der Schußlinie standen entgegen der offiziellen ,,FDP-Schwanz wedelt mit SPD-Hund"-Theorie ,,die Kollegen in Bonn" wie Matthöfer. ,,Daß es in Bonn eine Wende gibt, hat nicht nur die FDP verschuldet, sondern auch meine politischen Freunde." Die Stuttgarter Demonstration wird als richtiges Mittel hervorgehoben. ,,Die bisherigen Erklärungen werden in Bonn nicht gehört. Presseerklärungen Loderers landen im Papierkorb." Der Delegierte Ruppert aus Bayern sieht weitere Pro-

einer Demonstrationspolitik allein ist eine Änderung der Politik in Bonn nicht zu erreichen. Das Durchsetzen eines Beschäftigungsprogramms mittels Demonstrationen geht nicht. Eine Reihe von großen Demonstrationen wäre das Ende der Koalition in Bonn."

Tarifrente oder nur Geld?

Der zweite große Punkt der Auseinandersetzung war die Tarifpolitik. Stand der Debatte ist, daß die westdeutschen Bezirke angesichts der hohen Arbeitslosigkeit für die Tarifrente sind. Der Nordverbund will wohl eine reine Lohnrunde mit Anhebung der unteren Lohngruppen, Baden-Württemberg will nach einer Lohnrunde dann über Verkürzung der Lebensarbeitszeit und wöchentlichen Arbeitszeit verhandeln.

H. Janzen vom Vorstand und F. Steinkühler vom Bezirk Stuttgart tru-

die Durchsetzung beider Forderungen schwach. Bei gemeinsamer Verhandlung von Lohn und Tarifrente wirke die Lohnseite als Faustpfand. Man erreiche den Arbeitsmarkteffekt und könne dann den Preis, den man auf die Lohnhöhe zahlen solle, runterstreiken. Entgegen den Berechnungen der Baden-Württemberger habe die Tarifrente mit 60 Jahren sehr wohl Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Steinkühler wolle in Wirklichkeit die 35-Stunden-Woche nicht. Allerdings, so Janzen, sei er heute unsicherer denn je, ob man die Tarifrente jetzt fordern solle. Aber er könne warten bis die Forderung sich durchsetze, spätestens wenn die 59er-Regelung wegfalle.

Steinkühler entgegnete, daß die starke Preissteigerung die traditionelle Unterscheidung zwischen ,,qualitativer" und ,,quantitativer" Lohnpolitik ver-

resgrenze. 56% aller würden frühverrentet. Das Durchschnittsalter der Verrentung liege bei ihnen bei 58 Jahren. Deshalb sei er für eine Kombination. Mit 59 Jahren in den Ruhestand, mit 58 solle nur noch 50% der Arbeitszeit gearbeitet werden und bereits mit 57 nur noch drei Viertel der Arbeitszeit.

Der Arbeitsmarkteffekt sei doppelt so hoch wie bei der ,,Tarifrente". Es stimme nicht, daß er gegen die 35-Stunden-Woche sei, nur dürfe es keine 35-Stunden-Woche ohne gleichzeitige Leistungsbeschränkung durch definierte Arbeitsbedingungen geben, da sonst der erwünschte Effekt wieder aufgehoben würde. Dazu gebe es aber bisher keine Pläne beim Vorstand. Verkürzung der Lebensarbeitszeit sei nicht im Vorbeigehen durchzusetzen. Die Verbindung von Lohn kompliziere und verlängere den Kampf. Da der letzte Tarifkampf an die Grenze der organi-

Und wie weiter?

Vielleicht unter dem Eindruck der wohl gescheiterten Unterschriftensammlung des DGB, für die bisher nur 470000 Unterschriften gesammelt sind, rechnete E. Loderer jenseits aller taktischen Überlegungen mit der Sowjetunion und ihren auch (vermeintlichen) Helfern ab. Nach der auf der Konferenz geäußerten Kritik konnte so keine neue Einheit auf Positionen gegen beide Supermächte hergestellt werden.

Beschlossen wurde auf der Konferenz nichts, über dem Krach wurden allerdings die unterschiedlichen Positionen klar. Zum Frieden und zur Bundesregierung ist das weitere Vorgehen noch unklar – bei der Tarifrente zeichnet sich neben dem Scheitern des Janzenplans aber eine mögliche neue Einheit in den neuen Steinkühlerschen Vorstellungen ab.



Sehr gute Erfahrungen hat die IGM mit den unter dem Motto ,,neue Beweglichkeit" organisierten Warnstreiks gemacht. Die Kapitalisten bemühen sich durch diverse Klagen dies demnächst zu unterbinden. In Düsseldorf wurde die Klage abgewiesen, aber woanders stehen die Entscheidungen noch aus.

,,Bei uns wird gearbeitet ..."

wem.Emden. ,,... anders als bei Hertie" und ,,sind sie Mitglieder der Gewerkschaft?" So versuchte die Kaufhalle ihre künftigen Mitarbeiter gleich bei der Einstellung auf ein spezielles Arbeitsklima in ihrem Warenhaus einzustimmen. Ganze 31 der 280 ehemaligen Hertianer haben eine Stelle beim Kaufhalle-Kapitalisten gefunden. 110 der 280 Hertianer hatten sich überhaupt nur beworben. Warum, hat die Gewerkschaft HBV offengelegt: ,,Die Kaufhalle bietet überwiegend Teilzeitarbeitsplätze an. Bei den schon schlechten Verdienstmöglichkeiten im Einzelhandel (ca. 60% liegen unter den Verdiensten in anderen Wirtschaftszweigen) bedeutet dies, daß sie einen weiteren sozialen Abstieg hinnehmen müssen." Die übergroße Mehrheit der Hertie-Belegschaft war auf eine Vollzeitbeschäftigung angewiesen. Die Kaufhalle versucht auch noch, sich als Menschenfreund aufzuspielen, indem sie in der Öffentlichkeit ihr Bedauern ausdrückt, daß sich ,,nur" 110 ehemalige Hertianer beworben hätten. Die HBV: ,,... wohl nur um noch stärker aussieben zu können."

Welt-Gewerkschaftskongreß des Öffentlichen Dienstes

kvz. Vom 27.11. bis zum 25.12.1981 findet in dem südostasiatischen Stadtstaat Singapur der Weltkongreß der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes statt. ÖTV-Vorsitzender Heinz Kluncker wird als Vorsitzender dieses internationalen Gewerkschaftszusammenschlusses den Kongreß leiten. Außer ihm werden noch eine Reihe weiterer ÖTV-Delegierter nach Singapur reisen.

Die VW-AG kündigt die 59er-Regelung

Gefährliche Auswirkungen der Sparbeschlüsse der Regierung

wem.Emden. Einer der wenigen Sparbeschlüsse der Bundesregierung zum Haushalt 1982, der sich gegen die Kapitalisten zu richten schien, beginnt sich als gegen die Arbeiter und Angestellten gerichtet herauszuschälen. Es ist jetzt im Bundestag beschlossen, daß künftig die Kapitalisten der Arbeitslosenversicherung das Arbeitslosengeld erstatten müssen, wenn sie Arbeitnehmer nach Vollendung des 59. Lebensjahres nur zu Lasten der Arbeitslosenversicherung entlassen. Diese Art ,,Verjüngungskur" der Belegschaften fällt zu Recht unter die Kategorie ,,Mißbrauch".

Seit 1974 hat z.B. VW auf diese Weise auf Kosten der Versicherten 350 Mio. DM gespart. Der Vorgang bei VW ist folgender: 59jährige lassen sich ihre Unkündbarkeit, ihre Lohngarantie, die Befreiung von Schicht- und Akkordarbeit (sofern sie über 55 Jahre alt und länger als 10 Jahre im Betrieb sind) gegen Zahlung von Abfindungen abkaufen, die die Differenz zwischen Arbeitslosengeld und bisherigem Nettolohn ausgleichen sollen. Nach einjähriger Arbeitslosigkeit kann dann mit 60 Jahren die vorgezogene Altersrente in Anspruch genommen werden. Werden die neuen Bestimmungen Gesetz (noch abhängig von der Zustimmung des Bundesrates), müßte VW jedes Jahr rund 40 Mio. DM zusätzlich an die Arbeitslosenversicherung zahlen. Die VW-AG hat wohl keine Aussicht gesehen, die angebotene Hintertür des neuen Gesetzes – befreit werden Unternehmen, für die das wegen ihrer Auftrags- und Ertragslage oder struktureller Anpassungen eine besondere Härte bedeuten würde – zu benutzen und die 59er Regelung gekündigt. Dies geschieht in einer Situation, wo die Belegschaft bei VW, also die in Frage kommenden Lohnabhängigen, wachsenden Gebrauch von der 59er Regelung macht. 1979 nutzten dies 75,6%, 1980 waren es bereits 82%. (Sozialbericht S. 38)

Noch im Sozialbericht 1980 hatte die VW-AG die 59er Regelung in den höchsten Tönen gelobt: ,,Die sogenannten ,Vorpensionierungen' sind nach Ansicht der Volkswagenwerk AG ein wichtiges Instrument aktiver Sozialpolitik. Sie sind auch ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt, in der Arbeitszeitverkürzungen einen hohen und wachsenden Stellenwert haben."

Welche Taktik schlägt der Gesamtbetriebsrat von VW in den jetzt anlaufenden Verhandlungen ein, um die 59er Regelung zu sichern? Die Absicht des BR ist es natürlich, VW zum Zahlen im Sinne des neuen Gesetzes zu zwingen, so daß sich für die Arbeiter und Angestellten nichts ändern würde. Die Argumente des BR sind:

1. ,,Es kommt VW trotzdem immer noch billiger, einem 59jährigen das freiwillige Ausscheiden anzubieten, als jüngere Arbeitnehmer gegen hohe Abfindungen zu entlassen." (FR 7.11.81)
2. Die Verjüngung bringe betriebswirtschaftliche Kostenvorteile.
3. Sie ist gesellschaftspolitisch richtig, insofern sie die Lebensarbeitszeit verkürzt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Jüngere beiträgt.

Das sind gewichtige Gründe, weshalb auch die Belegschaft mit ihren Betriebsräten in dieser Frage eine unüberwindliche Mauer für den VW-Vorstand bilden. Das Konzept der Verhandlungsführung des Gesamtbetriebsrates enthält einen Wermutstropfen: Zur Sicherung der 59er Vereinbarung soll notfalls die tarifliche Sonderzahlung im November für Arbeiter und Angestellte geopfert werden. Je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit handelt es sich für den Einzelnen um Beträge zwischen 100.— und 400.— DM. Bei einer Belegschaftsstärke von 118766 (1980) und einem durchschnittlichen Betrag von 300.— DM ergibt sich eine Summe von ca. 35,6 Mio. DM. Das wäre eine ,,kostenneutrale" Sicherung der 59er Regelung für VW und für die Belegschaft Lohnabbau. Ob man dies, wo man sich in der Vorbereitung der Lohnrunde 1982 befindet und die IG-Metall-Vorstands-Taktik ja darauf abzielt, sie durch eine Tarifrente ab 59/60 zu prägen, hinnehmen soll, ist eigentlich nicht einzusehen. Der Emdener Vertrauensleutekörper von VW sieht dies z.B. mehrheitlich nicht ein.

Jedenfalls ist vorerst mit dem neuen Gesetz die Kampfkraft jeder einzelnen Belegschaft (insofern wirkt das Gesetz zersplitternd), in der es die 59er Regelung gibt, gefordert. Diese Auseinandersetzung dann 1982 im Zusammenhang der Lohnrunde auszuweiten auf die generelle Reduzierung der Altersgrenze auf 59 oder 60 Jahre zu Lasten der Kapitalisten (,,Tarifrente") halte ich für eine erfolgversprechende Taktik (auf die Rate der Lohnerhöhung kann hier nicht eingegangen werden), sofern nicht der Verzicht auf die 35-Stunden-Woche zum Bestandteil dieser Taktik wird. Vor allem die Schicht- und Akkordarbeiter müssen an dieser Forderung festhalten, wollen sie überhaupt 59 Jahre alt werden. Daß dem so ist, wurde auf einer Funktionärskonferenz im September der IGM-Verwaltungsstelle Emden deutlich, wo vor allem die VWler vehement für die Beibehaltung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche gestritten haben, sehr zum Ärger für das anwesende Vorstandsmitglied H. Janssen.

„Usine occupée“

Streik und Betriebsbesetzung bei Burda / Mulhouse



30.10.1981: Die Fusion Burda-Springer ist in aller Munde. In der Aufregung geht die kleine Meldung (oder Nichtmeldung) über die Besetzung der „Imprimerie et éditions Braun S.A.“ / Mulhouse, Elsaß, unter.

Nur – die „Braun S.A.“ (Societe anonyme = Aktiengesellschaft) gehört zu fast 100% der Burda GmbH und soll – ob Fusion oder nicht – zum Stützpunkt beim Kampf um den französischen und westeuropäischen Tiefdruckmarkt ausgebaut werden. Allerdings „muß sich Burda an die Mentalität der französischen Arbeiter wohl erst noch gewöhnen“, meinte einer der Kollegen, mit denen wir in „glänzendem Französisch“ über Verlauf und Hintergründe des Streiks sprachen.

„Unsere Forderungen haben die Gewerkschaftsdelegierten aus den einzelnen Abteilungen Mitte Oktober erstmalig präsentiert: 200 FF mehr Lohn für alle und 6 Wochen Urlaub. Die Direktion hat abgelehnt; darauf lief am 21.10. ein zweistündiger Warnstreik. Daß der Konzernvertreter, Buss aus Offenburg, am 26.10. ein Angebot machte, ist auf den Warnstreik zurückzuführen, aber es war für uns nicht akzeptabel: Burda will ab 1982 700000 FF jährlich zusätzlich zahlen – an Leute, die der Geschäftsleitung passen und ein paar Franken davon auch an die Kollegen mit den geringsten Löhnen. Den einen Tag, der uns noch zum 6-Wochen-Urlaub fehlt, sollten wir nicht kriegen.“ Auf Vorschlag der Gewerkschaft CGT bzw. ihrer Druckbranchengewerkschaft FFTL entschieden sich am 27.10. auf einer Betriebsversammlung ca. 95% der 180 Arbeiter für Streik und Betriebsbesetzung.

„Streiken und Zuhausebleiben – währenddessen bringt Burda die Arbeit seelenruhig nach Offenburg – 120 km entfernt –, das kam ja nicht in Frage. Am Anfang war die Beteiligung an der Besetzung wirklich sehr gut. Bei 14% Inflation, die durch die jeweils 3%igen Lohnerhöhungen im Mai/Juni/August kaum aufgewogen wurden, ist jedem die Notwendigkeit von Aktionen auch klar. Dazu kommt, daß bei der Braun S.A. sowieso weniger gezahlt wird als in anderen Druckereien. Z.B. kriegen bei uns die schlechtest bezahlten Hilfsarbeiter 85 Punkte (etwa entsprechend unseren Lohngruppen, d.V.) als Basislohn; das sind ca. 3160 FF und liegt nur 150 FF über dem gesetzlichen Mindestlohn. (1 FF = ca. 0,39 DM) In anderen Betrieben wird keiner unter 100 Punkten eingestellt. Wenn dann noch 17% Abzüge und zusätzlich auch noch die Lohnsteuer fehlen, bleibt nicht viel. Streikunterstützung zahlt die CGT prinzipiell nicht, „weil dann nur gestreikt wird, solange Geld da ist und nicht aus Bewußtsein“ – unser Einwand, das Bewußtsein könne auch mal am leeren Magen zerbrechen, wird mit dem Hinweis auf die Spenden aus anderen Betrieben nicht gelten gelassen. Daß die Kollegen ziemlich knapsen mußten, steht aber außer Frage. Darin lag jedoch nicht der Grund für die „Streikaussetzung“ am 5.11.:

„Der Druck auf einzelne Kollegen, denen hohe Zulagen versprochen wurden; der Druck, Burda würde dichtmachen, wenn wir so renitent sind, das führte dazu, daß immer mehr weggeblieben sind. Und als Buss sagte, er werde nur mit den Arbeitern sprechen, wenn die Tore offen sind, ergab eine Abstimmung, daß die Mehrheit den Streik suspendieren will – aber nicht den Kampf überhaupt aufgeben; denn die Geschäftsleitung ist uns bei den 200 FF für jeden überhaupt nicht entgegengekommen. Die Angst um den Arbeitsplatz war halt zu groß – für Facharbeiter gibt's hier in der Gegend keine Alternative.“

Daß allerdings die Burda GmbH sich so schnell wieder aus Mulhouse zurückziehen könnte, scheint in Kenntnis ihrer langjährigen Versuche, in Frankreich Fuß zu fassen, fast ausgeschlossen. Schon 1968 sollte in Reims eine Tiefdruckerei gebaut werden; dies scheiterte wohl an der protektionistischen Politik De Gaulles und am Einspruch des damals größten französischen Tiefdruckkonzerns Neogravure mit ca. 6000 Beschäftigten. Neogravure stand 1974 kurz vor der Pleite und bot ihre Druckereien, darunter die zu fast 100% in ihrem Besitz befindliche Braun S.A., zum Verkauf an. Wer gehörte natürlich zu den interessiertesten Interessenten – der Herr Senator und seine Söhne. Da jedoch die Neogravure einen Käufer suchte, der ihr die Liquidation der Tochtergesellschaft abnahm, während sie in Burda zu Recht eine neue Konkurrenz vermutete, lehnte sie ab und schleppte die Braun S.A. noch mit, bis dann 1978 abrupt keinerlei Aufträge mehr von der Neogravure nach Mülhausen gegeben wurden. Herr Heitz, bisher schon Direktor, kauft 1979 den Betrieb – gerüchteweise – für 1 FF.

Ohne Kapital wird der schon zugrunde gehen, dürfte die Annahme von Neogravure gewesen sein. Jedoch – wer gehörte bald zu den Kaufinteressenten – „ein bekanntes Offenburger Unternehmen der Druckbranche“. Bevor Burda endlich 1980 einen Kaufvertrag für – gerüchteweise – 4,5 Mio. FF unterzeichnete, schloß Heitz mit der Stadt Mulhouse folgendes Geschäft ab: Die Stadt Mulhouse übernimmt die Braunschen 12 Mio. FF Schulden und leitet pro Jahr 1 Mio. FF aus ihrem Etat als Tilgung an einen Syndikus weiter, der sie „gerecht“ auf die Gläubiger verteilt. Dafür erhält sie den Boden, auf dem Braun steht: Bis 1985 muß die eine Hälfte, bis 1990 das gesamte Areal geräumt sein. Wer hinter diesem Handel eine frühzeitige Burdasche Initiative vermutet, kann nicht widerlegt werden. Jedenfalls war die ganze Sache spottbillig, dem Gesetz ist Genüge getan, daß Betriebe in Frankreich niemals zu 100% in ausländischem Besitz sein dürfen – Herr Heitz als Franzose hat nämlich 1 (!) Aktie –, und für die Zukunft ist vorgesorgt: Im Mülhausener Vorort Habsheim ist ein erschlossenes Gelände mit Autobahnnähe „sehr preiswert“ sichergestellt. Dort sollen bis 1983 schon die ersten Rotationen plaziert werden, langfristig mag dort die „beste Tiefdruckerei Frankreichs“ (so Burdas Hoffnung) mit fast 1000 Beschäftigten entstehen.

Die Söhne des Senators wollen dem neuen Werk die französischen Auftragsbestände aufrollen: „60% der französischen Periodika (Illustrierte etc., d. Verf.) werden im Ausland gedruckt“, informieren uns die Braun-Kollegen. „Die CGT fordert, daß diese Arbeiten nach Frankreich geholt werden zur Sicherung von Arbeitsplätzen.“ Welche weitergehenden Forderungen die CGT damit verbindet, können wir leider nicht diskutieren; Tatsache jedoch ist, daß Burda künftig diese Forderung auch nicht so schlecht finden wird. Nur hat er andere Vorstellungen als die Arbeiter. „Wir nehmen an, daß er das Habsheimer Werk von Anfang an mit der neuen Technik im Reprobereich ausrüsten wird; da wird dann das gleiche Arbeitsergebnis mit einem Drittel der heute notwendigen Arbeitszeit erzielt werden; die Auswirkungen auf uns könnt ihr euch vorstellen.“ Insofern war die Betriebsbesetzung jetzt schon eine Kraftprobe, ob Burda den Arbeitern widerspruchslos seine Pläne aufzwingen kann.

Wie wird das in der Belegschaft gesehen: „Wir bestehen weiter auf unseren Forderungen. Und demoralisiert sind wir auch nicht: Immerhin sind im Streik über 30 Leute in die Gewerkschaft eingetreten. Aber allein können wir nicht weitermachen: Der Trafford-Katalog z.B., den wir hier festgehalten haben, wurde anscheinend neu aufgenommen und in Offenburg gedruckt. Ohne die Zusammenarbeit mit den deutschen Kollegen werden wir die Probleme nicht lösen.“ Diese Sichtweise kann nur bestätigt werden. Während gleich zu Streikbeginn im Darmstädter Betrieb ein Drupa-Info zur Solidarität aufrief, hielt der Offenburger Betriebsrat mit der Information eine Woche lang hinterm Berg. Tatsächlich aber stehen die deutschen Kollegen vor denselben tiefgreifenden Umwälzungen im Repro-Bereich (mit allen Folgen: Löhne, Arbeitsplätze und -bedingungen). Ein gemeinsames Vorgehen bringt hier bestimmt mehr als die Abgrenzung von den französischen Kollegen, wie sie in Offenburg von Teilen des Betriebsrates praktiziert wurde. Auch die IG Drupa sollte sich durch die Tatsche, daß die Mülhausener Kollegen in der vom DGB wegen „kommunistischer Orientierung“ abgelehnten CGT organisiert sind, von einer Weiterentwicklung der Zusammenarbeit nicht abhalten lassen. Besser ist die Praktizierung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft auch international: Gewerkschaftliche Zusammenarbeit unter Hintanstellung politischer Differenzen.

doe.Darmstadt. Obwohl die Bundesverhandlungskommission der IG Chemie-Papier-Keramik die Verhandlungen mit dem Arbeitsring Chemie über den zu schaffenden Entgelttarifvertrag fortgesetzt hat, sind die Mitglieder der IG Chemie in den Betrieben noch immer nicht in der Lage, die Belegschaf-

Die Änderung des Tarifgefüges bedeutet eine neue Bewertung der Tätigkeit

erheblich abgenommen hat und durcn ursprünglich typische Angestellten-Tä-

das zusammen? Die gesamte Branche zieht jetzt hinter den Metallkapitalisten

den Angestelltengruppen angebunden werden, sondern im Kern geht es um

trieblich zu bilden, die gemeinsam übergeleitet werden sollen. Dies muß für die einzelnen Betriebe konkret untersucht werden, zumal die Auswirkungen für Klein- und Mittelbetriebe anders sind als in den Konzernen und die Möglichkeiten der Durchsetzung von gemeinsamen Neueingruppierun-

nen Abteilungen Mitte Oktober erstmalig präsentiert: 200 FF mehr Lohn für alle und 6 Wochen Urlaub. Die Direktion hat abgelehnt; darauf lief am 21.10. ein zweistündiger Warnstreik. Daß der Konzernvertreter, Buss aus Offenburg, am 26.10. ein Angebot machte, ist auf den Warnstreik zurückzuführen, aber es war für uns nicht akzeptabel: Burda will ab 1982 700000 FF jährlich zusätzlich zahlen – an Leute, die der Geschäftsleitung passen und ein paar Franken davon auch an die Kollegen mit den geringsten Löhnen. Den einen Tag, der uns noch zum 6-Wochen-Urlaub fehlt, sollten wir nicht kriegen.“ Auf Vorschlag der Gewerkschaft CGT bzw. ihrer Druckbranchengewerkschaft FFTL entschieden sich am 27.10. auf einer Betriebsversammlung ca. 95% der 180 Arbeiter für Streik und Betriebsbesetzung.

„Streiken und Zuhausebleiben – währenddessen bringt Burda die Arbeit seelenruhig nach Offenburg – 120 km

CGT prinzipiell nicht, „weil dann nur gestreikt wird, solange Geld da ist und nicht aus Bewußtsein“ – unser Einwand, das Bewußtsein könne auch mal am leeren Magen zerbrechen, wird mit dem Hinweis auf die Spenden aus anderen Betrieben nicht gelten gelassen. Daß die Kollegen ziemlich knapsen mußten, steht aber außer Frage. Darin lag jedoch nicht der Grund für die „Streikaussetzung“ am 5.11.:

„Der Druck auf einzelne Kollegen, denen hohe Zulagen versprochen wurden; der Druck, Burda würde dichtmachen, wenn wir so renitent sind, das führte dazu, daß immer mehr weggeblieben sind. Und als Buss sagte, er werde nur mit den Arbeitern sprechen, wenn die Tore offen sind, ergab eine Abstimmung, daß die Mehrheit den Streik suspendieren will – aber nicht den Kampf überhaupt aufgeben; denn die Geschäftsleitung ist uns bei den 200 FF für jeden überhaupt nicht entge-

der Herr Senator und seine Söhne. Da jedoch die Neogravure einen Käufer suchte, der ihr die Liquidation der Tochtergesellschaft abnahm, während sie in Burda zu Recht eine neue Konkurrenz vermutete, lehnte sie ab und schleppte die Braun S.A. noch mit, bis dann 1978 abrupt keinerlei Aufträge mehr von der Neogravure nach Mülhausen gegeben wurden. Herr Heitz, bisher schon Direktor, kauft 1979 den Betrieb – gerüchteweise – für 1 FF.

Ohne Kapital wird der schon zugrunde gehen, dürfte die Annahme von Neogravure gewesen sein. Jedoch – wer gehörte bald zu den Kaufinteressenten – „ein bekanntes Offenburger Unternehmen der Druckbranche“. Bevor Burda endlich 1980 einen Kaufvertrag für – gerüchteweise – 4,5 Mio. FF unterzeichnete, schloß Heitz mit der Stadt Mulhouse folgendes Geschäft ab: Die Stadt Mulhouse übernimmt die Braunschen 12 Mio. FF Schulden und leitet pro Jahr 1 Mio. FF

Frankreichs“ (so Burdas Hoffnung) mit fast 1000 Beschäftigten entstehen.

Die Söhne des Senators wollen dem neuen Werk die französischen Auftragsbestände aufrollen: „60% der französischen Periodika (Illustrierte etc., d. Verf.) werden im Ausland gedruckt“, informieren uns die Braun-Kollegen. „Die CGT fordert, daß diese Arbeiten nach Frankreich geholt werden zur Sicherung von Arbeitsplätzen.“ Welche weitergehenden Forderungen die CGT damit verbindet, können wir leider nicht diskutieren; Tatsache jedoch ist, daß Burda künftig diese Forderung auch nicht so schlecht finden wird. Nur hat er andere Vorstellungen als die Arbeiter. „Wir nehmen an, daß er das Habsheimer Werk von Anfang an mit der neuen Technik im Reprobereich ausrüsten wird; da wird dann das gleiche Arbeitsergebnis mit einem Drittel der heute notwendigen Arbeitszeit erzielt werden; die Auswir-

städter Betrieb ein Drupa-Info zur Solidarität aufrief, hielt der Offenburger Betriebsrat mit der Information eine Woche lang hinterm Berg. Tatsächlich aber stehen die deutschen Kollegen vor denselben tiefgreifenden Umwälzungen im Repro-Bereich (mit allen Folgen: Löhne, Arbeitsplätze und -bedingungen). Ein gemeinsames Vorgehen bringt hier bestimmt mehr als die Abgrenzung von den französischen Kollegen, wie sie in Offenburg von Teilen des Betriebsrates praktiziert wurde. Auch die IG Drupa sollte sich durch die Tatsche, daß die Mülhausener Kollegen in der vom DGB wegen „kommunistischer Orientierung“ abgelehnten CGT organisiert sind, von einer Weiterentwicklung der Zusammenarbeit nicht abhalten lassen. Besser ist die Praktizierung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft auch international: Gewerkschaftliche Zusammenarbeit unter Hintanstellung politischer Differenzen.

Die Änderung des Tarifgefüges bedeutet eine neue Bewertung der Tätigkeit

doe.Darmstadt. Obwohl die Bundesverhandlungskommission der IG Chemie-Papier-Keramik die Verhandlungen mit dem Arbeitsring Chemie über den zu schaffenden Entgelttarifvertrag fortgesetzt hat, sind die Mitglieder der IG Chemie in den Betrieben noch immer nicht in der Lage, die Belegschaften über die Ziele und Probleme bei der Durchsetzung aufzuklären. Es scheint im Hauptvorstand und in den bezirklichen Tarifkommissionen Vorbehalte zu geben, gerade die Schwierigkeiten, die sich jetzt abzeichnen, mit den Mitgliedern zu besprechen. Im folgenden soll auf eine Reihe der Probleme eingegangen werden.

Was will die IG Chemie?

Die traditionelle Einteilung des bisherigen Lohn- und Gehaltsschemas, besonders die Einteilung in K-, T- und M-Gruppen geht zurück auf den Berliner Metalltarifvertrag aus dem Jahr 1919. Technische und organistorische Veränderungen haben tatsächlich viele Arbeitsplätze so stark umgestaltet, daß die Forderung nach geänderten Eingruppierungsmerkmalen sachlich gerechtfertigt ist.

Die Gründe für die höhere Vergütung im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich gelten heute nicht mehr in gleichem Umfang wie früher. Einerseits ist die Schul- und Ausbildung *allgemein* für die Kinder der Arbeiter und Angestellten umfangreicher und auf höherem Niveau, sind heute Erkenntnisse ganzer Produktions- und Verfahrenszweige weiter verwissenschaftlicht und damit allgemein erlernbar. Andererseits sind durch Rationalisierung und Automation in vielen Angestelltenbereichen Arbeitsplätze nunmehr maschinengebunden in einem Umfang, wie dies früher nur für Arbeiter zutraf. Ein gegenläufiger Prozeß hat in der Produktion stattgefunden, wo der Umfang der ursprünglichen Arbeitsplätze mit typisch körperlicher Arbeit erheblich abgenommen hat und durcn *ursprünglich* typische Angestellten-Tätigkeit aufgefüllt wurde. Dadurch schleifen sich in der Realität die durch die Art der Tätigkeit errichteten Schranken zwischen Arbeitern und Angestellten ab. Es ist die Absicht, durch Schaffung einer gemeinsamen Entlohnungsgrundlage für Arbeiter und Angestellte dieser tatsächlichen Veränderung nachzukommen. Auch die Chemiekapitalisten gehen von den tatsächlichen Veränderungen in allen Bereichen der Produktion und Verwaltung aus, allerdings mit einem anderen Ziel.

1960 standen in der chemischen Industrie 69 Arbeitern 31 Angestellte gegenüber, 1973 war der Anteil der Arbeiter bereits auf 59% gesunken. 1980 kommen auf einen Angestellten 1,2 Arbeiter (nach Stat. Bundesamt Wiesbaden). Das Verhältnis von Leitenden Angestellten zu übrigen AT-Angestellten zu Tarifangestellten verschiebt sich zugunsten der AT-Angestellten. Beispiel Hoechst-Konzern:

1972	13,3 : 15,1 : 71,6
1976	12,6 : 16,5 : 70,9
1978	12,5 : 17,2 : 70,3

Diese Entwicklung ist der Grund, warum die IG Chemie wenigstens einen Teil der AT-Angestellten in den Entgelttarifvertrag integrieren will.

Aus der Sicht der Chemiekapitalisten

Während noch vor 10 Jahren der Arbeitsring Chemie strikt gegen die Schaffung eines Entgelttarifvertrags war, ist er heute dafür. Womit hängt das zusammen? *Die gesamte Branche* zieht jetzt hinter den Metallkapitalisten her bei der Einführung von Personalinformationssystemen. Durch die Datenverarbeitung werden Arbeitsplatzstrukturen analysiert, um Anhaltspunkte für personelle Konsequenzen bei Rationalisierungsmaßnahmen zu gewinnen, betriebliche Produktionserfordernisse durch „flexiblen Personaleinsatz“ nach *vorgegbenen Kostengrößen* werden möglich. In „mittelständischen“ Betrieben finden Umstrukturierungen nach dem Muster des Hoechst-Konzerns statt: Schaffung von Zusammenfassung *aller* von der Entwicklung bis zum Verkauf eines Produkts im Betrieb Beschäftigten, Erstellung von Kosten-Nutzen-Berechnungen, Erfassen, wo der Arbeitstag verdichtet werden kann, usw.usf. Interessant ist, daß gerade beim gegenwärtigen Stand der Verhandlungen eine Differenzierung der Facharbeiter vorgenommen wird über drei Entgeltgruppen, wobei sich abzeichnet, daß sich der Arbeitsring Chemie mit seiner Position durchsetzt, eine neue *Eingangs*-Gruppe im Facharbeiterbereich zu schaffen.

Dem Arbeitsring Chemie geht es weiter um die Nivellierung der bislang bestehenden regionalen Unterschiede in den Lohn- und Gehaltsrahmenabkommen (insbesondere aus der Sicht der Großkonzerne und ihrem Zentralisierungsbestreben). Von einer Nivellierung *in die Belegschaften hinein* kann keine Rede sein. Der neue Vertrag umfaßt insgesamt 12 Gruppen, während z.B. in Hessen der Tarifvertrag für Angestellte 8 und für Arbeiter 7 Gruppen umfaßt. Außerdem sollen nicht alle Arbeitergruppen an die entsprechenden Angestelltengruppen angebunden werden, sondern im Kern geht es um die tarifliche Angleichung der Facharbeiter an die technischen Angestellten bei gleichzeitiger *Ausweitung der Differenzierungsmöglichkeiten* in allen anderen Arbeiter- und Angestelltengruppen.

Welche Aufgaben stellen sich?

1. Grundsätzlich wird es wegen der bestehenden bezirklichen Unterschiede Übergangsregelungen für die Tarifbezirke geben müssen. Hier wird dann die Frage der Besitzstandswahrung eine Rolle spielen. Dabei besteht die Gefahr, durch Nichtanrechnung von Tarifabschlüssen den Besitzstand „aufzuzehren“.

2. Es wird nicht in jedem Fall eine Regelüberführung in die neuen Entgeltgruppen geben, weil sich die Eingruppierungsmerkmale des Entgelttarifvertrages unterscheiden von denen der bestehenden Rahmenabkommen. War nach dem „Rahmenabkommen“ in bestimmtem Umfang eine Auslegung zugunsten von Höhergruppierungen im Angestelltenbereich noch möglich, hat der Kapitalist bei jeder Überprüfung der Eingruppierung nach dem Entgelttarifvertrag die Möglichkeit – unbenommen von Regelüberführungen –, die Eingruppierung neu zu überdenken. Grundlage werden ihm dabei Beurteilungssysteme und Stellenbeschreibungen sein. In welchem Umfang dann Herabgruppierungen stattfinden, hängt von der wirtschaftlichen und politischen Lage zum Zeitpunkt der Überleitung vom alten zum neuen Tarifvertrag ab.

3. Daraus ergibt sich, möglichst große und zusammenhängende Gruppen betrieblich zu bilden, die gemeinsam übergeleitet werden sollen. Dies muß für die einzelnen Betriebe konkret untersucht werden, zumal die Auswirkungen für Klein- und Mittelbetriebe anders sind als in den Konzernen und die Möglichkeiten der Durchsetzung von gemeinsamen Neueingruppierungen auch.

4. Wahrscheinlich ist, daß Stellenbeschreibungen und nicht Arbeitsplatzbeschreibungen zur Grundlage der Neueingruppierung genommen werden. Stellen- und Arbeitsplatzbeschreibungen unterscheiden sich jedoch wie „Soll“- und „Ist“-Vorgaben. Die Stellenbeschreibung umfaßt die Funktionstätigkeit am Arbeitsplatz, wie sie im Idealfall sein sollte. Die Arbeitsplatzbeschreibung das, was zum gegebenen Zeitpunkt am Arbeitsplatz tatsächlich gearbeitet wird. Dies ist eine sehr veränderliche Größe. Dennoch ist sie wirklichkeitsnäher und müßte quantitative (intensive) Arbeit ebenso höher bewertet werden, wie gerade auch durch Rationalisierung und Automation bedingte qualitative Ausdehnung der konkreten Tätigkeit. Wie Intensität der Arbeit, ebenso wie gefährliche Stoffe am Arbeitsplatz, Belastungen durch Hitze, Lärm usw. überhaupt bei der Entlohnung berücksichtigt werden sollen, ist noch gar nicht diskutiert. Möglich, daß man dies – aber dann mit ausdrücklichem Hinweis – im Manteltarifvertrag neu regeln muß.

5. Kostenneutrale Überleitung ist ohne Nachteil für die Arbeiter *oder* die Angestellten nicht möglich, weil die Arbeiter im *Tarif*lohn wesentlich niedriger liegen als die Angestellten. Hier muß eine offene Diskussion *im Angestelltenbereich* geführt werden, weil sonst zu befürchten ist, daß die DAG die Unzufriedenheit, Verbitterung über Herabgruppierungen und die Unorganisiertheit vieler Angestellter politisch zur Entsolidarisierung der Belegschaften nutzen wird.

über die Entwicklung der Diskussion über den Resolutionsentwuf des ZK, über den Nutzen und die Schranken dieser Debatte und ihr Ergebnis; das muß die Delegiertenkonferenz nach ihrer eigenen Debatte tun. Dennoch muß ich, um unseren eigenen Änderungsvorschlag zu begründen, auf einige Aspekte dieser Diskussion eingehen.

Die ursprüngliche Absicht, mit der diese Resolution erarbeitet wurde, war die, die gegenwärtige Grundübereinstimmung, eine Art Grundkonsens unter uns in bezug auf die Kritik unserer bisherigen Positionen, unsere positiven Schlußfolgerungen und damit die gegenwärtigen Grundlagen unserer Arbeit zu formulieren. Man kann sich fragen, ob die Erarbeitung eines solchen Grundkonsens das richtige Mittel gegen die Schwierigkeiten war, in denen wir gesteckt haben und noch stecken; diese Probleme ergeben sich in allererster Linie, glaube ich, aus dem Charakter unserer Diskussion über die vergangene und zukünftige Politik, die tatsächlich immer noch in gewisser Weise am Anfang steht; aus der Schwierigkeit, eine offene, gleichberechtigte Diskussion und theoretische Erarbeitung in Verbindung mit gemeinsamer praktischer Politik zustande zu bringen, die dafür entsprechenden Arbeitsmethoden zu finden und auch auf diesem Gebiet die verschiedenen Lasten der Vergangenheit loszuwerden. Man muß sich dabei klarmachen, daß wir immer noch hauptsächlich in einer Lernphase und einer Diskussionsphase stecken und daß positive neue Ergebnisse eben ihre Zeit brauchen und daß in einer solchen Umbruchphase eben nicht immer leicht festgestellt werden kann, was gegenwärtig unsere gemeinsame Position ist, sondern daß auch eine solche Feststellung ihre Zeit und ihre positive Grundlage braucht. Man muß sich auch klarmachen, daß das nicht verhindert, in verschiedenen aktuellen praktischen Fragen auch auf vorläufiger Grundlage zu gemeinsamen Positionen zu kommen, während es bei theoretischen Grundfragen im Gegensatz dazu nicht zweckmäßig ist, sie allzu rasch Abstimmungen zu unterwerfen.

Es hat sich denn auch relativ rasch gezeigt, daß Teile dieser Resolution keineswegs dem Grundkonsens der Organisation entsprechen, daß bestimmte Feststellungen und Prinzipien keineswegs in der bisherigen Diskussion des KBW ausreichend oder überhaupt thematisiert worden waren, und es hat sich meines Erachtens leider auch gezeigt, daß der Zwang, dies im Hinblick auf Abstimmungen auf einer bevorstehenden Delegiertenkonferenz zu beginnen, die notwendige Offenheit und Gründlichkeit, die Ernsthaftigkeit und den wissenschaftlichen Charakter dieser Debatte keineswegs gefördert hat, was einerseits dazu geführt hat, bestimmte Differenzen aus pragmatischen Gründen herunterzuspielen (ungefähr mit der Argumentation, daß weitergehende Fragen durch die Resolution nicht ausgeschlossen würden und man sozusagen gegenüber den vorliegenden Formulierungen nicht allzu bedenklich sein solle), und zum anderen die Diskussion immer in Gefahr gebracht hat, vom Bemühen um Klärung der Sache zu einem Feilschen um Formulierungen, zu einer Art Aushandelung eines juristischen Textes herabzusinken, während man doch bei der Formulierung eines „Grundkonsens" eine gewisse Selbstverständlichkeit des Einigungsprozesses erwarten sollte. Die Diskussion um die bestehenden oder sich entwickelnden Differenzen hat im übrigen an bestimmten Punkten schon einen ziemlich abstrakt-prinzipialistischen oder sogar gespensterhaften Charakter bekommen (siehe Teile der Debatte um die „Diktatur des Proletariats") und hat eine Existenz von alternativen politischen Gesamtkonzeptionen vorgespiegelt, die so gar nicht entwickelt sind, auch wenn sie sich von sicherlich vorhandenen unterschiedlichen Ansätzen aus vermutlich entwickeln können.

Manche Genossen haben solche Probleme zum Anlaß genommen, eine Abstimmung über die Resolution oder ein ähnliches Dokument insgesamt abzulehnen. Ich glaube, daß das unnötig ist und daß das wiederum zu einer unfruchtbaren Konfrontation mit bestimmten durchaus legitimen Interessen führt: nämlich tatsächlich einige grundlegende Momente unserer Selbstkritik, die ja auch dazu führen, unser bisheriges Programm aufzuheben und einige grundlegende Momente unserers Selbstverständnisses positiv zu formulieren. Dieses Interesse ist berechtigt und – wie ich eigentlich hoffe – auch erfüllbar, erfüllbar entsprechend unserem Vorschlag durch Kürzungen und Änderungen des vorliegenden Resolutionsvorschlages und durch eine ausdrückliche Kennzeichnung seines vorläufigen Charakters. Die Existenz der Organisation ist meines Erachtens an die Verabschiedung eines solchen Dokuments so oder so überhaupt nicht gebunden. Ein Diskussions- und Arbeitszusammenhang von Kommunisten hat gegenwärtig einen hohen Wert für sich, den wir alle sorgfältig bedenken sollten, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, daß wir keine Organisation allein oder vorwiegend von Intellektuellen sind, die sich leichter auch in andere Diskussionszusammenhänge finden können; dieser Arbeitszusammenhang wird auch nicht wertlos, wenn wir uns für eine Übergangszeit, nachdem wir festgestellt haben, daß wir uns in einer Anzahl grundlegender Fragen sehr schwer und sehr tiefgehend geirrt haben, wenn wir uns in einer dadurch notwendigen Diskussionsphase nicht in jedem Moment unserer gemeinsamen Grundlagen gewiß sind. Ich meine aber dennoch, daß es diese positiven Grundlagen durchaus gibt, die sich auch in dieser Form kaum bei einer anderen der gegenwärtigen Organisationen wiederfinden: etwa unsere theoretischen und praktischen Positionen in bezug auf die Arbeit in den Gewerkschaften oder in bezug auf den Kampf gegen den Krieg und außenpolitische Fragen, und wir sollten dazu immerhin die vorhandenen Möglichkeiten zu einem *Versuch* nutzen, diese Gemeinsamkeit auch zu formulieren. Das Selbstverständnis der Organisation drückt sich natürlich – und für mein Gefühl ist das in der gegenwärtigen Lage eher wichtiger als Prinzipienerklärungen – in der Festlegung unserer Positionen zu wichtigen aktuellen Fragen, etwa des Kampfes gegen den Krieg aus, weswegen ich es für eine wichtige Aufgabe dieser Konferenz halte, diese Resolution (und vielleicht auch noch die zu den parlamentarischen Wahlen) zu behandeln; ebenso ist es sicher wesentlich, daß wir durch Diskussion und Verabschiedung eines Statuts unsere Arbeitsformen für die nächste Zukunft angemessener regeln, um auch Formen zu finden, wie wir die praktische Zusammenarbeit besser mit einer produktiven Diskussion verbinden können.

Ohne uns von schnellen organisatorischen Projekten allzuviel zu versprechen, müssen wir doch auch Formen engerer Diskussion und Zusammenarbeit mit anderen Kräften der Linken ins Auge fassen, als Teilnehmer einer offenen und gleichberechtigten Diskussion, in der wir voneinander lernen (und nicht mit der Hoffnung oder unter dem Zwang, uns demnächst wieder zu einem ideologischen Zentrum der Linken aufzuschwingen), und allerdings auch mit der Bereitschaft und, wie ich meine, mit dem positiven Interesse, organisatorische Brüche und Veränderungen auf dem Weg der Vereinigung der Kräfte zu erreichen, sei es in einzelnen Bereichen, etwa der Publizistik, sei es in bezug auf die organisatorische Form insgesamt. Die Möglichkeiten muß man konkret herausfinden, aber ich glaube, daß man sich mehr als bisher manchmal geschehen, darüber klarwerden muß, daß auch ein organisatorischer Bruch, die Sprengung unseres eigenen Organisationsrahmens, eine größere Vereinigung der Kräfte auf der Linken (von denen uns einige, wie ich meine, wirklich nicht so fern stehen bzw. wir ihnen), unser *eigenes* dringendes Interesse sein muß; das haben, glaube ich, auch die praktischen Erfahrungen auf örtlicher Ebene vielfach schon bewiesen, und vielleicht sind es gerade jene Formen örtlicher Zusammenarbeit und Diskussion, die einer solchen Entwicklung am besten vorarbeiten können.

Die Möglichkeiten auch dazu wären allerdings einigermaßen verbaut, wenn wir uns in etwas stoffarmen Kontroversen herumdrehen oder auch zu größeren Teilen frustriert und perspektivlos auseinanderlaufen; und das wäre wirklich kein Gewinn, sondern Verlust für die *ganze* Linke.

Dokumente der 6. ordentl. Delegiertenkonferenz des KBW

Vom 14. bis 18. November fand in Frankfurt die VI. ordentliche Delegiertenkonferenz des KBW statt. 301 Delegierte vertraten die ca. 1270 Mitglieder der Organisation. Neben einigen Gastdelegierten waren Vertreter verschiedener linker Zeitungen und Zeitschriften, die regelmäßig über die Auseinandersetzung innerhalb der Linken berichten, sowie Vertreter einiger bürgerlicher Presseorgane eingeladen und auf der Delegiertenkonferenz anwesend.

Die Auseinandersetzungen während der 5 Tage konzentrierten sich auf folgende Dokumente und Tagesordnungspunkte: Resolution zur Kritik von Programm und Geschichte des KBW und über die programmatischen und politischen Positionen, die der KBW jetzt für richtig hält und vertritt; Resolution zum Kampf gegen den drohenden Krieg und unsere Stellung in der Friedensbewegung; Politischer Tätigkeitsbericht des Zentralen Komitee des KBW; Statut und Wahlen zur Bundesleitung. Der Resolutionsentwurf zu parlamentarischen Wahlen und zur Wahlbeteiligung konnte aus Zeitgründen nicht behandelt werden. (Siehe hierzu auch: Kommunismus und Klassenkampf, Sonderheft Oktober 1981, 5,80 DM)

Die kontroverse Debatte zur Kritik an Programm und Geschichte des KBW und zu den programmatischen und politischen Position wurde durch zwei Referate eingeleitet. Beide Referate sind in dieser Dokumentation abgedruckt. Auf der Konferenz wurden die folgenden, hier abgedruckten Dokumente verabschiedet: Resolution zur Kritik von Programm und Geschichte des KBW; eine Resolution, die einige der nächsten Aufgaben des KBW festhält; Resolution zum Kampf gegen den drohenden Krieg und unsere Stellung in der Friedensbewegung. Es wurden weiterhin Änderungen zum Statut des KBW beschlossen. Der politische Tätigkeitsbericht des Zentralen Komitee wurde gebilligt. Das Zentrale Komitee wurde auf Grund der Stellungnahme der Finanzprüfungskommission in Bezug auf die Finanzführung entlastet. Die Delegiertenkonferenz überwies aus Zeitgründen den Tätigkeitsbericht des Zentralen Komitee zu organisatorischen und wirtschaftlichen Fragen einschließlich der hierzu gestellten Anträge an die neugewählte Bundesleitung.

Die Delegiertenkonferenz wählte drei Sekretäre und weitere 42 Mitglieder für die Bundesleitung, sowie eine Finanzprüfungskommission. Als Sekretäre wurden gewählt: Hans-Gerhart Schmierer, verantwortlich für Schulung, theoretische Zeitschrift und Verlagsprogramm; Bernhard Peters, verantwortlich für die politische Zeitung; Volker Lehmann als Geschäftsführer.

Resolution zur Kritik von Programm und Geschichte des KBW

Die Mitglieder des KBW haben in der letzten Zeit begonnen, veranlaßt durch eigene Erfahrungen und durch Kritik anderer, die bisherige Politik des KBW einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Mit dem Versuch einer Neubestimmung unserer Politik beteiligen wir uns an den Diskussionen um den weiteren Weg der internationalen Arbeiterbewegung und eine Konzeption revolutionärer Politik.

Wir setzen uns zur Aufgabe, die notwendige theoretische Arbeit und Diskussion gemeinsam zu organisieren und eine gemeinsame Tätigkeit in den stattfindenden sozialen und politischen Kämpfen weiterzuführen. Die folgenden Ausführungen umreißen diejenigen Elemente einer Kritik unserer bisherigen Konzeption, die die meisten von uns im Augenblick für richtig halten.

1 Den revolutionären Kräften, die in den großen neuartigen Kämpfen der 60er und Anfang der 70er Jahre herangewachsen waren, stellte sich im Verlauf der Bewegung objektiv immer dringlicher die Aufgabe der programmatischen Klärung, der politischen und organisatorischen Sammlung. Sie hatten die Aufgabe, gegenüber den Kräften, die im Kampf gegen die Reaktion nur das Ziel von Reformen des Staats und der Gesellschaft verfochten, sich mit dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus, programmatisch abzugrenzen. Indem sie sich gegenüber der reformerischen, reformistischen und revisionistischen Programmatik abgrenzten, hatten sie gleichzeitig die Aufgabe, eine revolutionäre Strategie und Taktik zu erarbeiten, die es ihnen ermöglichte, die Verbindung mit der demokratischen Bewegung zu festigen und mit der Arbeiterbewegung und den in Bewegung gekommenen Volksmassen, die sich erst allmählich nach links entwickeln, überhaupt erst zustande zu bringen.

2 Ein großer Teil der revolutionären Kräfte versuchte, sich dieser doppelten Aufgabe mit dem Konzept des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei zu stellen. Gegen das Parteigründungsfieber machten allerdings diejenigen Kräfte, die später den KBW gründeten, geltend, daß die Partei nur in wirklichen Klassenkämpfen aufgebaut werden könne und daß daher die theoretische Klärung der wichtigsten programmatischen, strategischen wie auch taktischen Fragen die entscheidende Voraussetzung dafür bilde. Zugleich kritisierten sie die Versuche, voluntaristische Gründungen zu verbinden mit der schematischen Übernahme strategischer und taktischer Konzeptionen der KPD und der III. Internationale, oder die von der KP Chinas entwickelte Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung unmittelbar für ein Programm der Revolution in Westdeutschland zu nehmen.

Einer ausdrücklichen Kritik wurden vor der Gründung des KBW unterzogen:

– Die „Sozialfaschismus"-Theorie, wonach die Sozialdemokratie (zumindest zeitweise) faschistischen Charakter trage (oder getragen habe), und jedenfalls nichts sei als ein bloßer linker Ausleger des einheitlich reaktionären Blocks von Parteien des Imperialismus; auf die BRD angewandt: daß sie der Hauptträger eines Prozesses der „Faschisierung" von Staat und Gesellschaft sei; demgegenüber arbeiteten wir den qualitativen Unterschied zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie heraus, ebenso wie den Unterschied zwischen eigentlich bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie als einer bürgerlichen Arbeiterpartei.

– Die Politik der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition", d.h. der Versuch, neue, von der kommunistischen Partei geleitete Gewerkschaften aufzubauen.

– Alle Auffassungen, die behaupteten, mit dem Übergang

Einzelne Exemplare dieser Nummer der KVZ können durch Einsendung von 2 DM in Briefmarken bestellt werden.
Die Beilage muß aufgeschnitten werden.

des Kapitalismus in den Imperialismus habe der Kampf um Demokratie seine revolutionäre Bedeutung verloren; diese Auffassungen verwarfen wir, einem Ausdruck Lenins folgend, als „imperialistischen Ökonomismus".

Andere richtige politische Ansatzpunkte, die der Gründung des KBW vorausgingen und zugrunde lagen, waren:
Die Kennzeichnung der Politik der Sowjetunion als „sozialimperialistisch", was sie als eine zweite Supermacht neben die USA stellte.

Während die theoretische und politische Auseinandersetzung mit reformerischen, reformistischen und revisionistischen Positionen gefördert werden sollte, wurde in den praktischen Kämpfen für eine Politik der Aktionseinheit eingetreten, die alle Kräfte umfassen sollte, die die nächsten und unabdingbaren Forderungen dieser Kämpfe unterstützten.

Daß ein Wechselverhältnis zwischen Aufbau der kommunistischen Partei, wie sie damals verstanden wurde, und Parteibildung der Arbeiterklasse bestehen müsse, wurde hervorgehoben, wobei der Parteibildung der Arbeiterklasse die grundlegende Bedeutung eingeräumt wurde. Die Konzeption der Organisation der Kommunisten als Partei der Arbeiterklasse wurde jedoch keiner Kritik unterzogen.

All dies waren Punkte, die die Sammlung und den Zusammenschluß der Kommunisten erleichterten und förderten, und Ansätze enthielten, um bei programmatischer Abgrenzung von reformerischen, reformistischen und revisionistischen Positionen gleichzeitig die Verbindung zur demokratischen Bewegung zu erhalten und mit der Arbeiterbewegung und den in Bewegung geratenen Volksmassen zu verbessern.

3 Wenn diese positiven Ansätze sich nicht voll entfalten konnten und später in der Politik des KBW weitgehend verschüttet wurden, dann ist eine der Ursachen dafür, daß die Kritik der III. Internationale und ihrer Fehlentwicklung nicht tiefgreifend genug gewesen ist.

So wiederauferstand schon in der Gewerkschaftsresolution der Gründungskonferenz der Vorrang des Kampfes gegen die Sozialdemokratie als arbeiterfeindlicher Organisation und damit faktisch ein RGO-Kurs, auch wenn er nicht über die Sozialfaschismus-Theorie gerechtfertigt wurde.

Ein wesentlicher Fehler war, daß wir eine falsche Konzeption der kommunistischen Organisation weitgehend übernommen haben. Diese falsche Konzeption umfaßt insbesondere folgende fehlerhafte Auffassungen: Hierarchisierung der Organisation der Arbeiter mit der Partei als höchster Form der Organisation der Arbeiterklasse, der die anderen Organisationen der Arbeiter untergeordnet sind; *eine* politische Partei der Arbeiterklasse, die die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse umfassend verkörpert; diese *eine* Partei der Arbeiterklasse kann nur die *kommunistische* Partei sein, die allein die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse verficht. Ihre theoretische und bis zu einem gewissen Grad auch weltanschauliche Grundlage hat diese Konzeption in der Leugnung des Gedankens des Kommunistischen Manifests, daß „die Bourgeoisie vor allem ihren eigenen Totengräber produziert", indem die kapitalistische Produktionsweise nicht nur ein ausgebeutetes und unterdrücktes Proletariat, sondern auch die materiellen Bedingungen und gesellschaftlichen Formen einer höheren Produktionsweise, des Kommunismus, hervorbringt.

Mit dieser Konzeption ist die Ersetzung der „gesellschaftlichen Selbsttätigkeit des Proletariats", die durch die Kommunisten aufgeklärt werden muß, durch „die Partei der Arbeiterklasse" unvermeidlich. Die Partei *anstelle* der Arbeiterklasse wird zum eigentlichen Subjekt der Revolution.

Der „Aufbau der Partei" wird zum Ersatz einer strategischen Konzeption des Klassenkampfes und behindert deren Ausarbeitung in dem Maße, wie alle Aufgaben des Klassenkampfes vorwiegend unter dem Blickwinkel des Aufbaus der Partei gesehen werden.

In dieser Parteikonzeption ist bereits angelegt, daß der Aufbau der Partei unter der Hand zum Hauptkettenglied in der Vorbereitung der Revolution wird. In allen diesen Hinsichten hängt die Parteikonzeption eng mit verfehlten Vorstellungen von der sozialistischen Revolution und vom Sozialismus selber zusammen.

Durch die Konzeption der kommunistischen Organisation als Partei der Arbeiterklasse wurde ein formeller Trennungsstrich zwischen den verschiedenen kommunistischen Organisationen untereinander wie zwischen ihnen und allen anderen politischen Organisationen der Arbeiterklasse gezogen, ein Trennungsstrich, der sich auf die Gesamtheit der politischen Fragen erstreckte, ganz abgesehen davon, ob in ihnen im einzelnen Differenz oder Übereinstimmung herrschte. Die Konzeption der kommunistischen Partei geriet damit in der Praxis in Widerspruch zum Parteibildungsprozeß des Proletariats. Die organisatorische Konsolidierung und die Stärkung der Partei oder der eigenen Organisation erhielt Vorrang gegenüber der theoretischen und politischen Auseinandersetzung wie Vereinheitlichung.

Die Herstellung der Einheit im Kampf um Demokratie wurde durch die Politik der organisatorischen Abgrenzung behindert, so daß der KBW zunehmend zur Spaltung zwischen den kommunistischen Organisationen und den demokratischen Bewegungen beitrug, die sich nur noch über tatsächlich oder dem Schein nach autonome und parteiunabhängige Organe vereinheitlichen und ihre Kräfte mobilisieren konnten. Die Beteiligung an Massenbewegungen und die kommunistische Organisierung entwickelten sich teilweise zum antagonistischen Widerspruch. Ähnlich in den Gewerkschaften.

Diejenigen Mitglieder, die sich für die kommunistische Organisierung entschieden, waren dementsprechend vielfach von praktischen Erfahrungen und der lebendigen politischen Auseinandersetzung abgeschnitten. Vor allem nach der Organisationsreform von 1976/77 ging damit eine direkte Unterdrückung individueller Kenntnisse, Anlagen und Fähigkeiten einher. Die „innere Kaderung" des KBW war selbst ein bedeutendes Element in der Schwächung der revolutionären Kräfte. Auch wenn diese Entwicklung durch politische Fehler verschärft wurde, so ist ihr Kristallisationspunkt doch in der Konzeption der kommunistischen Organisation als Partei der Arbeiterklasse zu sehen.

4 Im folgenden beschränken wir uns auf die Darstellung wichtiger Kritikpunkte am Programm und einiger weiterer Fehler unserer politischen Linie.

Im Gegensatz zu anderen kommunistischen Organisationen hatte der KBW nicht den Parteiaufbau als solchen, sondern Programm und Strategie ins Zentrum der Vereinheitlichung und Sammlung der Kommunisten gestellt. Das konnte nichts daran ändern, daß er praktisch im wesentlichen die gleiche Konzeption der Partei vertrat wie die ausdrücklichen „ML-Organisationen". Durch die Erhebung des Programms in die Rolle eines Kriteriums über die Ernsthaftigkeit des Aufbaus der Partei konnten sich bestimmte Seiten dieser Parteikonzeption eher noch stärker entwickeln, da die Existenz eines Programms die Überlegenheit der Parteikonzeption des KBW auszumachen schien. Sicherlich wurde durch die Vorbereitung der Gründung des KBW die programmatische und strategische Debatte unter den Kommunisten einen Schritt vorangebracht.

Mit der Gründung schränkten wir diese Auseinandersetzung aber auf ganz wenige Punkte, fast ausschließlich auf die Frage des Kampfes um Demokratie ein, wenn man von der Debatte um die Theorie der Drei Welten einmal absieht. Die scheinbar geschlossene Programmatik des KBW erwies sich insofern für den KBW als Nachteil, als sie ihn auch gegenüber neuaufgeworfenen Fragen abschloß.

Die Gründungskonferenz hatte es ausdrücklich abgelehnt, den „Marxismus-Leninismus" als System unseres Denkens programmatisch zu fixieren. Die Konzeption der kommunistischen Organisation als Partei der Arbeiterklasse bedarf jedoch einer philosophischen und historischen Rechtfertigung, so daß es nicht erstaunlich ist, daß diese Konstruktion eines geschlossenen philosophischen Systems schließlich als gemeinsame theoretische Grundlage vorausgesetzt wurde. Der dialektische Materialismus als Auffassung der Welt und Methode ihrer Untersuchung und Veränderung wurde dadurch zum Teil in ein System von Sätzen und Deduktionen, in Idealismus und Metaphysik verwandelt. Damit ändert sich auch die Funktion des Programms, das nicht länger an den tatsächlichen Entwicklungen überprüft wurde, das man nur noch befolgen konnte oder gegen das man verstieß.

5 Folgendes sind die Hauptpunkte unserer jetzigen Kritik am Programm des KBW:

a) Im Programm werden allgemeine Gesetzmäßigkeiten des Kapitalverhältnisses mit Besonderheiten der Entwicklung des Kapitalismus vermischt, statt daß die einen mit Hilfe der anderen analysiert würden.

Dem Programm liegt die Vorstellung zugrunde, daß sich der Kapitalismus aus der einfachen Warenproduktion entwickelt und dann in Imperialismus übergeht. Aber weder geht aus der Warenproduktion im allgemeinen der Kapitalismus hervor, noch geht der Kapitalismus mit Ende des 20. Jahrhunderts im allgemeinen und ein für allemal in Imperialismus über.

Richtig ist freilich, daß die Produkte der kapitalistischen Produktionsweise die Warenform annehmen und daß mit der kapitalistischen Produktionsweise die Warenproduktion allgemein wird. Richtig ist auch, daß Warenbeziehungen Bedingung für die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise sind. Aber keineswegs entspringt aus Warenproduktion und Warenbeziehung immer und unter allen Umständen Kapitalismus. So kann man den Satz aber auch verstehen. Es gibt keinen allgemeinen Übergang aus der Warenproduktion in kapitalistische Warenproduktion. Eine ganze Reihe zusätzlicher Bedingungen sind notwendig, damit sich die Warenproduktion in kapitalistische Warenproduktion verwandelt. Insofern „beruht" der Kapitalismus nicht auf Warenproduktion, sondern durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nehmen die Produkte allgemein Warenform an, und nur das ist für den Kapitalismus charakteristisch. Die Formulierung im Programm dagegen legt nahe, daß aus der Warenproduktion, und hier wieder der speziellen Form der Privatproduktion von Kleinproduzenten von innen heraus der Kapitalismus entspringt. In Wahrheit entspringt der Kapitalismus aus einer Reihe ganz bestimmter historischer Prozesse, die Marx unter den Begriff der „ursprünglichen Akkumulation" zusammenfaßt und in deren Verlauf die unmittelbaren Produzenten gewaltsam von ihren Produktionsmitteln getrennt und in „freie Lohnarbeiter" verwandelt werden. Die Theorie, daß der Kapitalismus aus der Warenproduktion entspringe, und diese Auffassung legt die Programmformulierung nahe, erweist sich insbesondere dann als schädlich, wenn sie auf zurückgebliebene Länder mit hauptsächlicher Bauernproduktion angewandt wird. Sie versperrt dann sowohl das Verständnis für die Entwicklung des Kapitalismus in diesen Ländern wie auch das Verständnis für die Bedingungen beim Aufbau des Sozialismus. Diese Theorie geht auf die II. Internationale zurück und wurde auch lange Zeit von Lenin verfochten, bevor er sie gegen Ende seines Lebens unter dem Eindruck der Erfahrungen der russischen Revolution als Revolution in einem Land mit hauptsächlich bäuerlicher Bevölkerung zu revidieren begann. Sie hängt mit einem Fehlverständnis der Marxschen Analyse des Kapitals zusammen als einer historischen Analyse der Entwicklung des Kapitalismus.

b) Bürgerliche und reformistische Vorstellungen in der Arbeiterbewegung entspringen im allgemeinen aus den Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse selber, aus der Lohnform, aus der Form des Kostpreises und der Form des Profits als Überschuß über den Kostpreis und aus der Staatsform als Verkörperung des scheinhaften Allgemeininteresses. Sie können verstärkt und befestigt werden durch die Existenz gehobener und in ihren Lebensbedingungen verbürgerlichter Schichten der Arbeiterklasse. Wo es sich um eine unterdrückende Nation handelt, kann sich Reformismus zu Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus entwickeln. Jede Vernachlässigung der allgemeinen Bedingungen für bürgerliche und reformistische Auffassungen in der Arbeiterbewegung wird es jedoch unmöglich machen, eine wirksame Kritik an diesen Auffassungen zu entfalten, die eben nicht das Produkt böser Absichten, sondern das Produkt objektiver Verhältnisse sind. Zugleich sind sie auch eine spontane Form, wie der Wunsch nach Veränderung der bestehenden Gesellschaft sich unter den Massen ausdrückt. Diesen Wunsch nach Veränderung muß unsere Politik auch positiv aufgreifen.

c) Das Programm des KBW hat die Tendenz, den Kampf der Arbeiterklasse bis zur sozialen Revolution als linearen Verlauf darzustellen: „In dem Maße, wie alle der bürgerlichen Gesellschaft eigenen Widersprüche wachsen und sich entwickeln, wächst auch die Unzufriedenheit der werktätigen und ausgebeuteten Masse mit den bestehenden Zuständen, wächst die Empörung der durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse, verschärft sich ihr Kampf gegen die Ausbeuter ... Der Widerstand des Proletariats wächst und tritt in Massenstreiks zutage, die ganze Produktionszweige, ja ganze Länder lahmlegen." (Programm Seite 13/14) – Der Kampf der Arbeiterklasse läuft aber nicht automatisch ab nach dem Motto: Je schärfer die Widersprüche, desto stärker der Kampf. Dies hängt von vielfältigen weiteren Faktoren wirtschaftlicher, politischer, ideologischer und anderer Art ab, nicht zuletzt auch von der Politik der Arbeiterparteien. Die Gegentendenzen, die die Arbeiterklasse am Kampf hemmen, werden im Programm keiner nennenswerten Untersuchung unterzogen.

d) Im allgemeinen Teil des Programms finden die beiden Supermächte und ihre Militärblöcke keine Erwähnung, obwohl sie doch eine bedeutende Tatsache der Weiterentwicklung des Imperialismus nach dem II. Weltkrieg sind, die der Analyse bedarf.

Deshalb kann die Bedeutung der nationalen Unabhängigkeit für die Völker Europas, die aus der Weiterentwicklung der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, der Entstehung der beiden Supermächte einerseits und der Zerschlagung des europäischen Kolonialjochs andererseits entspringt, nicht programmatisch erfaßt werden. Insbesondere gilt das auch für die BRD, deren „selbständiges Eingreifen in den Kampf um die Neuaufteilung der Welt" – in der geschichtlichen Kontinuität des deutschen Imperialismus – im Programm weit überzeichnet wird. Es ist nur folgerichtig, daß jede Möglichkeit eines nichtimperialistischen Krieges vor Zerschlagung der Herrschaft der Bourgeoisie ausgeschlossen wird und damit *jeder* Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie verwandelt werden soll.

e) Im Programm ist eine Tendenz festzustellen, das Heranreifen der proletarischen Revolution eher aus der Nichtentwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus als aus der Verschärfung der Widersprüche durch Entwicklung des Kapitalismus zu erklären. Es ist aber ein positiver Aspekt, daß in diesem Zusammenhang eindeutig festgestellt wird:

„Der Imperialismus hat so die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses in ungeheuer raschem Tempo vorangetrieben. Der monopolistische Kapitalismus beseitigt aber die Planlosigkeit und Anarchie in einzelnen Industriezweigen nur, um sie auf höherer Ebene und in verstärktem Umfang neu zu erzeugen. Denn durch das Monopol wird die Konkurrenz nicht aufgehoben, sondern erreicht eine neue Stufe und ungekannte Schärfe. Das Monopol kann sich nur dadurch aufrechterhalten, daß es beständig in die Konkurrenz eintritt."

Insofern waren einer einseitigen Auffassung der Verfaulungstendenzen des Kapitalismus in der Epoche des Imperia-

lismus Schranken gezogen. Allerdings wird der revolutionäre Charakter der kapitalistischen *Produktionsweise* nirgends hervorgehoben. Lediglich auf die revolutionäre Rolle der *Bourgeoisie* gegenüber dem Feudalismus wird hingewiesen, um dann festzustellen, daß sie inzwischen durch und durch reaktionär geworden sei. An die Stelle der Analyse der Produktionsweise und ihrer Entwicklung, tritt damit ein politisches Verdikt, das auf die Analyse der Produktionsweise zurückwirken mußte und zurückgewirkt hat. Diese Tendenz des Programms ging einher mit mangelnder Fähigkeit, die relative Stabilität des westdeutschen Kapitalismus zu begreifen, und hat Theorien wie die „ständige absolute Verelendung" begünstigt.

f) Die Anhaltspunkte, die die soziale Revolution des Proletariats in der Entwicklung der Produktivkräfte und damit auch der kapitalistischen Produktionsverhältnisse findet, sind im Programm nicht bzw. unzureichend herausgearbeitet. Bei den Aktiengesellschaften interessiert uns im Programm nur, daß die Kapitaleigentümer hier bereits jeder Funktion in der Leitung der Produktion entkleidet sind. Daß sich hier bereits eine Form kollektiven Eigentums, wenn auch noch im Rahmen des kapitalistischen Privateigentums, herausbildet, interessiert uns im Programm nicht. Genausowenig interessieren das Programm die Formen, in denen sich die Arbeiter als Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums und auf Basis der gesellschaftlichen Produktion bereits gegenüber dem Kapital zusammenschließen, die Gewerkschaftsbewegung und die Betriebsrätebewegung. Dabei handelt es sich hier um eine allgemeine Tatsache der kapitalistischen Entwicklung.

g) Das Programm vernachlässigt die Widersprüche, die die Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus im Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur hervortreibt, und die Widersprüche und Disproportionalitäten, die die Reproduktion des Kapitals in der Gesellschaft hervorruft. Es gibt dafür Anhaltspunkte: „Seine Aufschwungsphasen erkauft sich der monopolistische Kapitalismus durch langandauernde Krisen und durch Kriege, in denen massenhaft Werte vernichtet werden, durch ständig steigende Rüstungslasten. Die Blüte einzelner Industriezweige geht einher mit der Stagnation in anderen Zweigen und der Verödung ganzer Regionen, bis zur Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen." Diese Anhaltspunkte der Kritik haben nicht ausgereicht, um zu verhindern, daß die Behandlung der genannten Widersprüche von uns häufig damit abgelehnt wurde, daß wir uns doch nicht den Kopf der Kapitalisten zerbrechen würden.

Tatsächlich entzünden sich an diesen Problemen und Widersprüchen, die die Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus hervorruft, eine ganze Reihe von Kämpfen, die sich nicht auf den Sozialismus vertrösten lassen, und entstehen hier Probleme für den Aufbau des Sozialismus, wobei die Eroberung der politischen Macht und die Beseitigung des Privateigentums die Bedingungen der Lösung verbessern, diese selbst aber gesellschaftliche Arbeit und die Entwicklung der Produktivkräfte unter dem Primat der gesellschaftlichen Bedürfnisse verlangen. Eine lebendige Propaganda für den Sozialismus erfordert, daß diese Probleme wissenschaftlich durchdrungen werden. Auch kann ihre Behandlung nicht auf die Zeit nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat aufgeschoben werden. Im Gegenteil entspringen aus diesen Problemen und Widersprüchen entscheidende Triebkräfte für die soziale Revolution und die Eroberung der politischen Macht.

h) Richtig an der Kennzeichnung des Kampfes um Demokratie, wie sie im Programm entwickelt wird, war die Auffassung, daß die Kämpfe für soziale Interessen in der kapitalistischen Klassengesellschaft notwendig die Form des politischen Kampfes und des Kampfes um Demokratie annehmen und daß die Umwandlung des Kapitalismus in den Kommunismus die politische Revolution voraussetzt. Der Inhalt des politischen Kampfes und des Kampfes um Demokratie bleibt im Programm jedoch unentfaltet. Das ist kein Zufall. Unsere Kritik des Kapitalismus beschränkte sich weitgehend auf die Enthüllung der Ausbeutung und den Nachweis ihrer Verschärfung. Wir untersuchten nicht, wie sich in den Formen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Bedürfnisse und der Beschneidung ihrer Befriedigung in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen konkret entfaltet, und wurden den entsprechenden Kämpfen von ihren Triebkräften her und in ihren Zwecken nicht gerecht. Unsere *allgemeine* Devise blieb: Beseitigung der Ausbeutung ist notwendige Antwort, und dazu ist die Eroberung der politischen Macht die Vorbedigung. Dadurch bestand stets die Gefahr, daß der Kampf um Demokratie als „ständiger demokratischer Kampf" von uns immer wieder inhaltsleer verselbständigt wurde, um an die Eroberung der politischen Macht heranzukommen. Dieser Gefahr sind wir auch erlegen. Gleichzeitig hielten wir bestimmte Forderungen zwecks Eingriff in die Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft prinzipiell für illusionär, solange keine Situation der Doppelherrschaft entstanden ist. So etwa die Forderung nach Nationalisierung der Schlüsselindustrien. In unserem Programm wird einseitig auf die demokratischen Forderungen abgehoben, nicht aber auf die *Organe* und *Organisationen* des Kampfes um Demokratie. Es wird nicht herausgearbeitet, daß Demokratie als Volksherrschaft durch die sozialen Interessen der ausgebeuteten und unterdrückten Mehrheit der Bevölkerung von vornherein inhaltlich geprägt ist, mit dem Kampf für Sozialismus in Verbindung steht. Wesentliche Seiten des Kampfes um Demokratie, wie sie mit der Forderung nach demokratischer Kommunalverfassung, dem Zerbrechen des bürokratisch-zentralistischen Staatsapparats verbunden sind, werden nicht erhoben, ebensowenig wie Forderungen nach Nationalisierung der Banken, des Grund und Bodens und der Schlüsselindustrien, durch deren Verwirklichung bei entsprechender Machtentfaltung des Proletariats bereits vor der Revolution dem Kapitalismus fremde Prinzipien in Produktion und Einsatz der Produktionsmittel partiell aufgezwungen werden können. Dem Kapitalismus fremde Prinzipien können auch über Gesetzesmaßnahmen durchgesetzt werden, die der Unterhöhlung der Arbeiter und der Erde, den beiden Quellen des stofflichen Reichtums, durch die Entwicklung der Produktivkräfte in kapitalistischer Form Schranken ziehen, ohne die Entwicklung der Produktivkräfte selber zu behindern. Im Gegenteil, wie der Kampf für Verkürzung des Arbeitstages eindrucksvoll zeigt.

Aufgrund der genannten Hauptpunkte unserer jetzigen Kritik am Programm des KBW setzen wir dieses außer Kraft.

6 Die theoretischen Fehler unseres Programms waren mitverantwortlich, aber durchaus nicht deckungsgleich mit einer Reihe schwerwiegender Fehleinschätzungen der Situation, die einen Verschleiß der Kräfte in isolierten Gefechten und schließlich linksextremistische Entartung und Sektierertum gefördert haben.

Eine Fehleinschätzung zeichnete zweifellos auch die „Thesen" aus, die die von der Delegation des KB Bremen seinerzeit der Gründungskonferenz zur Verabschiedung vorgelegt wurden. Der Ausgangspunkt dieser „Thesen" war die Furcht, die Kräfte der Kommunisten im Vorhutgefecht zu verschleißen.

Diese Sorge war damals berechtigt, wenn sie auch verbunden war mit einer falschen Einschätzung von Defensive und Offensive. In Auseinandersetzung mit diesem Konzept wurde jedoch, jedenfalls im Effekt, auch der Ausgangspunkt der „Thesen" und dessen Berechtigung negiert, was die Gründung des KBW sicherlich mit einer Hypothek belastete und Überhitzungen und Überspitzungen gefördert hat. Weil wir in Beschlüssen der Organisation Linksentwicklung der Arbeiterbewegung und der Volksmassen in ihrem Tempo überschätzt und in ihren Widersprüchen unterschätzt haben, haben wir die theoretischen und politischen, die strategischen und taktischen Aufgaben unterschätzt, die sich für eine kommunistische Organisation in einer solchen Situation ergeben, um in

Verfolgung ihres Ziels die Verbindung mit der Massenbewegung zu halten und sich mit ihr bis zu einem gewissen Grad zu verschmelzen.

Grundlage dafür war die erhebliche Überschätzung der Anspannung der wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche in der BRD und den kapitalistischen Ländern überhaupt, die sich schließlich in Einschätzungen niederschlug wie der in der „Resolution zur Lage und den Aufgaben" vom April 1977 vertretenen: „Heute befindet sich der Kapitalismus in einer Überproduktionskrise, aus der er ohne Krieg nicht mehr herauskommen wird und in der die wirtschaftliche Stagnation die Fäulnis des Imperialismus und die Reaktion der Finanzbourgeoisie immer krasser hervortreibt."

Gleichzeitig haben wir die Erfolge unterschätzt, die die Kämpfe der 60er Jahre und der 70er Jahre erzielten. Diese waren widersprüchlich, aber doch in der Hauptseite zunächst Erfolge, etwa die Eroberung und weitgehende Verteidigung des Demonstrationsrechts, die Amnestie der Brandt-Scheel-Regierung. Gerade, daß diese Erfolge nicht richtig eingeschätzt wurden – das gilt auch für die Entspannungspolitik, soweit sie die Beziehungen und Grenzen zu den Völkern des Ostens regelte –, hat den Kampf gegen die Verschärfung der Reaktion erschwert, die mit den Berufsverboten, den Verfassungsgerichtsurteilen gegen den § 218 und zum Grundlagenvertrag einsetzten. Mit unserer Einschätzung des sozialen Netzes war es von vorneherein unmöglich, den Kampf gegen den Abbau der Versicherungen und Sozialleistungen zu organisieren, als er 1975 einsetzte. Es war nicht richtig, nach Beseitigung des CDU-Regimes von der *Herrschaft* der Reaktion auf der ganzen Linie auszugehen, gerade wenn man den Kampf gegen die Reaktion organisieren wollte. Die notwendige Flexibilität in den Forderungen und in der Politik der Aktionseinheit konnte so insbesondere in den Gewerkschaften nicht erzielt werden. Ähnlich negative Folgen hatte die penetrant vorgetragene Behauptung, in der Bundesrepublik hätte ununterbrochen absolute Verelendung geherrscht und womöglich noch laufende Reallohnsenkung.

Solche Einseitigkeiten erhoben wir ab 1976 vollends zur Strategie, wobei eine forcierte Fehlinterpretation der SPD-Losung vom Modell Deutschland als Beweis für den völligen Übergang zu Reaktion und imperialistischer Expansion herhielt. Ein Kapitel für sich sind dabei die extremen Überzeichnungen der Kriegsvorbereitungen des „BRD-Imperialismus" und die Darstellung des Kanzlers Schmidt als dem Hauptrepräsentanten dieser Politik, in direkter Linie von Wilhelm II. über Hitler auf heute.

Es ist klar, daß auf Grundlage einer solchen Politik insbesondere keine Fortschritte in der Errichtung einer Arbeitereinheitsfront erzielt werden konnten. Dazu finden sich im Politischen Bericht an die V. ordentliche Delegiertenkonferenz hinreichend Beispiele.

7 Die kommunistische Richtung in der Arbeiterbewegung und den Bewegungen der Volksmassen ist mit ihrer Zielsetzung des Wiederaufbaus der KPD gescheitert. Es bleibt die Aufgabe dieser Richtung, das Wechselverhältnis zwischen organisierter Tätigkeit der Kommunisten und der Praxis der Arbeiter- und Volksbewegung zu entfalten.

Abstimmungsergebnis: 202 dafür, 32 dagegen, 27 Enthaltungen

Resolution

Angesichts der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus, angesichts der Zerstörung der Naturbedingungen der menschlichen Existenz und des Fortschritts der Menschheit, die in den Jahren nach dem II. Weltkrieg eine qualitativ neue Stufe erreicht hat, und angesichts der Gefahr eines neuen Weltkrieges, der im Vorfeld des Krieges um Europa mit der sowjetischen gewaltsamen Expansion in Südostasien, Afghanistan, im Nahen Osten und in Afrika bereits begonnen hat als Eroberung der Flanken für den Angriff auf Westeuropa, während andererseits die USA versuchen, aus ihrer defensiven Rolle herauszukommen, stellen sich der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin heute drei Aufgaben, bei deren Lösung es um die Verteidigung und Verbesserung der Bedingungen geht, die die Arbeiterklasse befähigen, durch die proletarische Revolution die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und das daraus entspringende Elend, die Zerstörung der Erde und die Bedrohung durch Krieg schließlich zu beendigen. Sie bestehen in der Verteidigung und Verbesserung der unmittelbaren Existenzbedingungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen im Kampf um die Arbeits- und gesellschaftlichen Lebensbedingungen, im Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen durch die kapitalistische Produktion und im Kampf gegen die Vernichtung der nationalen Existenz und der Zukunftschancen der Arbeiterbewegung als Garant der fortschrittlichen Interessen der Menschheit durch den drohenden Krieg.

In diesen Kämpfen wird gleichzeitig über die Möglichkeiten der proletarischen Revolution und den Kommunismus entschieden. In diesen Kämpfen sammelt die Arbeiterbewegung ihre eigenen Kräfte, bildet sich zur Klasse und reift als selbständige politische Partei heran, wie sie auch die Kräfte des Volkes um sich sammelt. Diese Kämpfe stehen in Erfolg und Mißerfolg im Wechselverhältnis zueinander, auch wenn die jeweils direkt verwickelten und mobilisierbaren Kräfte zunächst nicht übereinstimmen. Durch uns als Kommunisten müssen diese Kämpfe von vornherein in ihrem Zusammenhang begriffen werden. Dabei sind auf dem Weg zur proletarischen Revolution verschiedene Durchgangsstufen der Machtentfaltung der Arbeitereinheitsfront und der demokratischen Front der Volksmassen nicht nur denkbar und wahrscheinlich, sondern auch anzustreben.

Im Kampf für die Verteidigung und Verbesserung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen muß die für die Arbeiterklasse disponible Zeit und der Kampf um Bedingungen, diese Zeit für die Entfaltung der Individualität und die Herausbildung des Proletariats als Klasse zu nutzen, im Zentrum stehen. Gleichzeitig muß der Ausbeutung in der Produktion Schranken gezogen und der Wert der Arbeitskraft entsprechend den wachsenden Bedürfnissen der modernen Arbeiterklasse verteidigt werden.

Im Kampf gegen die Zerstörung der Naturbedingungen der menschlichen Existenz und des menschlichen Fortschritts muß das Verbot der Anwendung diese Naturbedingungen zerstörender Technologien sowie das Verbot, die Natur, den Boden, das Wasser und die Luft als Müllhalde zu nutzen, im Zentrum stehen.

Im Zentrum des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg muß der Kampf für die nationale Souveränität, Blockfreiheit, für demokratische Außenpolitik und Demokratie in internationalen Angelegenheiten stehen, sowie die Volksbewaffnung als revolutionäre Forderung gegenüber dem bürgerlichen Gewaltapparat und Mittel, um sich gegen die Pressionen und Drohungen, notfalls gegen militärische Aktionen der beiden Supermächte zur Wehr zu setzen. Gegenüber den Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie muß sich der Kampf auf ihre imperialistische Allianzpolitik konzentrieren.

Aufgrund der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus und der Welt wird es immer dringlicher, in Kritik der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise und anknüpfend an die Anhaltspunkte der radikalen Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die im Kapitalismus selber heranreifen, ein Programm für die Neuordnung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur und der proportionellen, an den Bedürfnissen der Produzenten und der Volksmassen orientierten Entwicklung des gesellschaftli-

chen Stoffwechsels zu entwerfen, das wirtschaftspolitische Maßnahmen mitumfaßt.

Kampfprogramm gegen den Kapitalismus, wird es gleichzeitig Ansätze für ein Programm des Aufbaus der klassenlosen Gesellschaft beinhalten.

Die Debatte um ein solches Programm ist bereits in Gang gekommen und wird innerhalb der Gewerkschaften, der demokratischen Bewegung und der Linken geführt.

Im Rahmen dieser Debatte unterstützen wir alle Bestrebungen, einen neuen Zusammenschluß der gegenwärtig zersplitterten kommunistischen Kräfte zustande zu bringen.

Abstimmungsergebnis: 180 dafür, 27 dagegen, 33 Enthaltungen

Resolution zum Kampf gegen den drohenden Krieg und unsere Stellung in der Friedensbewegung

1 Über die breite Ablehnung von Krieg und Kriegsvorbereitungen von seiten der Arbeiterbewegung und der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland und Westberlin in der ganzen Nachkriegszeit kann es keinen Zweifel geben. Der Krieg als Mittel der Fortsetzung der Politik wird prinzipiell abgelehnt. Es gibt aber keine ausreichend klare Auffassung über die *Politik*, die zum Krieg führt, und keinen konsequenten Kampf gegen diese Politik. Ein solcher Kampf kann erfolgreich nur geführt werden, wenn er sich gegen die Kräfte richtet, die an dieser Politik interessiert sind und sie betreiben.

2 Neu an der gegenwärtigen Situation ist nicht, daß es in der Arbeiterbewegung und unter den Volksmassen eine breite Ablehnung von Krieg und Kriegsvorbereitungen gibt, sondern daß sich diese Ablehnung in Forderungen, vielfältigen Aktivitäten und großen Aktionen äußert. Aber auch das geschieht nicht zum ersten Mal im Verlauf der Nachkriegsgeschichte. Die heutige Friedensbewegung hat ihre Vorläufer in der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung, die bis weit in die 50er Jahre hineinreichte, und in der Bewegung gegen die Atombewaffnung und Stationierung von Atomwaffen, die an den Kampf gegen die Wiederbewaffnung anschloß und bis Ende der 60er Jahre anhielt.

Beide Bewegungen richteten sich gegen Beschlüsse und Maßnahmen von Parlamentsmehrheit und Regierung, die in Anlehnung und Unterordnung unter die Interessen des US-Imperialismus Westdeutschland in die NATO eingliederten und als einen Vorposten der USA in Westeuropa befestigten. Beide Bewegungen suchten ihre politische Identität hauptsächlich in der Frage der Bewaffnung, in der Ablehnung der Wiederbewaffnung insgesamt und in der Ablehnung der Atombewaffnung bzw. der Stationierung von Atomwaffen auf westdeutschem Gebiet.

Beide Bewegungen haben jeweils eine Niederlage erlitten, aber auch fortwirkende Ergebnisse erzielt. Das politische Ergebnis des Kampfes gegen die Wiederbewaffnung war die Verankerung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung in der Verfassung, und das Ergebnis des Kampfes gegen Atombewaffnung und Stationierung von Atomwaffen in der BRD war, daß die westdeutsche Regierung und westdeutsche Parteien heute Atomwaffen und Atomwaffeneinsatz als Angelegenheiten bezeichnen, die in die Verantwortung der USA fallen, und inzwischen einhellig eine eigene Verfügung über Atomwaffen in Worten weit von sich weisen. Daß es sich bei beidem um zweischneidige Ergebnisse handelt, braucht nicht weiter betont zu werden: die Institution der Wehrdienstverweigerung ist auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen beschränkt und dient als Ventil für die Absonderung potentieller Störenfriede von den Streitkräften. Bei Mitgliedschaft in der NATO sind die Atomwaffen auf westdeutschem Boden und ihr Einsatz der souveränen Kontrolle des westdeutschen Volkes vollständig entzogen.

3 Die Bewegungen gegen die Wiederbewaffnung und gegen Atombewaffnung und Stationierung von Atomwaffen erlitten jeweils entscheidende Niederlagen. Sie sind gescheitert an der Konzeption der Friedenssicherung durch Westintegration, an der Konzeption der Friedenssicherung durch Abschreckung, und schließlich an der Konzeption der Entspannungspolitik als Sicherung des Gleichgewichts zwischen den Supermächten und ihren Blöcken mittels Verhandlungen unter den beiden Supermächten. Diesen politischen Konzeptionen, wo die dritte auf den beiden ersten aufbaut, hatte die Friedensbewegung sowohl in ihrer ersten Phase als auch in ihrer zweiten Phase nichts Wirksames entgegenzusetzen. Ihr Versuch, Identität und Mehrheit durch die Ablehnung der Waffen, erst insgesamt, dann der Atomwaffen, zu gewinnen, statt eine selbständige politische Konzeption auszuarbeiten, mit Demokratie und nationaler Unabhängigkeit als politischen Zielpunkten, ist gescheitert.

4 In der jetzigen Friedensbewegung wirken die Motive und Auffassungen aus der früheren Friedensbewegung teilweise unbegriffen fort. Das wachsende Bewußtsein über die Gefahr eines neuen Krieges hat zahlreiche Ursachen und entwickelt sich auf Grundlage der Verschärfung der Widersprüche im Weltmaßstab und der Änderungen der Gesamtsituation. Sorge über die wachsende Kriegsgefahr und Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik haben sich in der Arbeiterbewegung wie in der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung eher noch verstärkt. Um so dringlicher ist es, die Faktoren des Krieges einerseits und die Faktoren von Frieden und Revolution andererseits herauszufinden, ihr Kräfteverhältnis und dessen Entwicklung, die Möglichkeit von Bündnissen und die gemeinsame Perspektive herauszuarbeiten und aufgrund dieser Analyse eine Konzeption des Kampfes gegen den Krieg zu entwickeln, die der herrschenden Konzeption der „Friedenssicherung" überlegen ist, diese deshalb nicht nur entlarven, sondern ihrer Basis in den Volksmassen berauben kann.

Während die allgemeine Sorge und das Bewußtsein der Kriegsgefahr aufgrund der Entwicklung der Gesamtsituation wachsen, wobei bei den einzelnen Klassen und Schichten des Volkes und den verschiedenen politischen Strömungen unterschiedliche Aspekte dieser Gesamtsituation mehr oder weniger in Betracht gezogen werden und Gewicht haben, konzentrieren sich beträchtliche Teile der Friedensbewegung im engeren Sinn erneut auf die Waffenfrage und hier speziell auf die geplante Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, Atomsprengköpfe und Atomgranaten in Westdeutschland. Insoweit schließen sie bruchlos an die bisherige Friedensbewegung an und nehmen auch deren Niederlagen zum Ausgangspunkt der eigenen Zielsetzung. Die Wiederbewaffnung ist durchgesetzt, die Stationierung von Atomwaffen in Westdeutschland ist durchgesetzt, die Stationierung neuer Trägerwaffen und neuer Sprengköpfe und Granaten aber noch nicht. Also muß *jetzt* diese verhindert werden. Dieser bruchlose Anschluß an die frühere Friedensbewegung und die beschränkte Zielsetzung aufgrund früherer Niederlagen geschieht aber nicht bewußt, sondern teilweise bewußt- und begriffslos. Die Radikalisierung der Bewegung findet dann auf der Linie statt, daß zwar die früheren Niederlagen nicht akzeptiert, aber auch nicht analysiert werden: von der Forderung nach Nichtstationierung der neuen Mittelstreckenraketen wird fortgeschritten zur Forderung nach Abzug aller Atomwaffen aus Westdeutschland und weiter fortgeschritten, indem mit der Losung

„Frieden schaffen ohne Waffen" direkt an den Ausgangspunkt der Friedensbewegung als Bewegung gegen die Wiederbewaffnung angeknüpft wird. Damit droht die Friedensbewegung in doppelter Weise in eine neue Niederlage hineinzuschlittern:

1. indem sie von der Waffenfrage ausgeht und sich auf diese konzentriert, statt von der Entwicklung der Gesamtsituation, die sich mehr oder weniger treffend im Bewußtsein der Massen widerspiegelt und die eine politische Gesamtkonzeption im Kampf gegen den Krieg verlangt, 2. indem sie sich auf dieser Linie der Konzentration auf die Waffenfrage radikalisiert und damit irreale Züge annimmt. Wird dieser Weg beibehalten und macht er die Hauptrichtung der Friedensbewegung aus, dann ist bereits abzusehen, daß die Ablehnung von Krieg und Kriegsvorbereitungen durch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung erneut nicht in einen aktiven und ausschlaggebenden Faktor des Friedens umgewandelt werden kann, sondern mit Hilfe der herrschenden Konzeption der „Friedensicherung" durch die Bourgeoisie weiterhin ausgebeutet werden kann. Dabei ist nicht zu übersehen, daß sich die Bourgeoisie heute nicht nur auf die CDU/CSU und FDP, sondern auch auf den führenden Flügel der Sozialdemokratie stützen kann, was in den vorangegangenen Phasen der Friedensbewegung noch nicht einfach der Fall war.

Es ist überhaupt nicht verwunderlich, sondern gesetzmäßig und klug, daß die Kräfte, die von der Ablehnung des Krieges zum Kampf gegen den Krieg übergehen, diesen Kampf zunächst auf eine politische Frage, den Nachrüstungs-Doppelbeschluß, konzentrieren, um auf diese Art die Entwicklung der Gesamtsituation positiv zu beeinflussen. Weder klug noch gesetzmäßig und auf den ersten Blick verwunderlich ist es dagegen, daß politische Kräfte in der Friedensbewegung den Kampf auf diesen Ausgangspunkt theoretisch und ideologisch fixieren wollen und eine Weiterentwicklung der Bewegung allerhöchstens auf der Linie der Radikalisierung der Waffenfrage zulassen wollen, auf welcher Linie die Friedensbewegung bisher schon zweimal gescheitert und in der Isolierung gelandet ist.

Neben diesem Anknüpfen an die alten Friedensbewegungen gibt es aber auch positive neue Standpunkte. Das sind v.a. das Durchbrechen der Blocklogik, d.h. des herrschenden Sicherheitskonzeptes in Ost und West, mit Forderungen nach Austritt aus der NATO, Auflösung von NATO und Warschauer Pakt als politischer Ausdruck, die Ablehnung des bisherigen Hoffens auf Verhandlungen der Regierungen der Supermächte und stattdessen die Betonung der Kämpfe der Völker, wobei die Friedensbewegung in Ost und West sich gegenseitig zu unterstützen beginnen.

5 Eine solche Sichtweise hat einen Anhaltspunkt in der Realität und ist deshalb, verbunden mit anderen Auffassungen und Überlegungen, auch unter den Massen selbst verbreitet. Es ist eine Tatsache, daß mit der Entwicklung und Stationierung der Atomwaffen die Bewaffnung und damit die drohende bewaffnete Auseinandersetzung eine neue Qualität der Bedrohung der menschlichen Existenz erreicht hat. Es ist deshalb nur logisch, alles daranzusetzen, um wenigstens den Einsatz dieser Waffen auszuschließen. Außerdem ist es eine Erfahrungstatsache, daß wachsende Kriegsvorbereitungen sich noch immer in wachsenden Rüstungen ausgedrückt haben. Aber eine Tatsache ist auch, daß Bedrohung und Aggression nicht durch Entwaffnung aus der Welt geschafft werden können, solange die bedrohenden Mächte und die Aggressoren Waffen in der Hand haben. Gerade an dieser Tatsache konnte die Bourgeoisie im Kampf gegen die Friedensbewegung bisher noch immer anknüpfen. Da sie damit die entscheidende Frage aufwirft, wenn auch in ihrem Interesse, bleibt sie jeder Friedensbewegung solange überlegen, solange diese über keine ausreichende Analyse der Gesamtsituation, aus der die Kriegsgefahr entspringt, verfügt und dementsprechend keine politische Konzeption entwickeln kann, die im Frieden und notfalls auch im Krieg einen erfolgreichen Kampf gegen die Interessen und Kräfte ermöglicht, die den Krieg hervorbringen, indem sie ihre Politik mit den Mitteln des Krieges fortsetzen.

Der sowjetische Expansionismus und die Gefahr, daß er auch vor Westeuropa nicht Halt macht, ist unübersehbar. Gegenüber dieser Bedrohung wird die Konzeption der „Friedenssicherung" durch Eingliederung in die NATO und Unterordnung unter die USA heute erst recht großen und ausschlaggebenden Teilen der Massen plausibel erscheinen, solange die Friedensbewegung keine politische Konzeption entwickelt, die in der Lage ist, auch gegenüber dieser Bedrohung eine Perspektive zu zeigen. Die weitverbreitete Ablehnung gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen wird sich spätestens dann nicht mehr in mehrheitsmobilisierende Aktion umsetzen lassen, wenn die Verhandlungen zwischen den Supermächten scheitern, die SU ihre Stationierung von SS 20 aufrechterhält und fortsetzt und die Friedensbewegung an der Waffenfrage kleben bleibt.

6 Die Versuche, die Friedensbewegung auf die Waffenfrage als solche und speziell auf die neuen US-Mittelstreckenwaffen zu fixieren, finden Anhaltspunkte in der Wirklichkeit wie in der Tradition der Friedensbewegung. Es gibt aber auch Kräfte, die aus unterschiedlichen Motiven ein Interesse daran haben, die Friedensbewegung auf diesen Weg der Entwaffnung zu führen, auf dem sie bereits zweimal eine Niederlage einstecken mußte und nach der Niederlage versickerte. Die Bewegung auf die US-Mittelstreckenraketen zu fixieren, ist das Interesse der DKP. Auf diesem Weg würde die Friedensbewegung zu einer direkten Unterstützung der sowjetischen Expansionspolitik. Die Rüstungspolitik der NATO würde erschwert, ohne daß die geringste Gefahr bestünde, daß eine solche Bewegung auf die oppositionellen Entwicklungen im Herrschaftsbereich der SU einen Einfluß hätte. Einerseits könnten sich keine gemeinsame Perspektive entwickeln, andererseits würde die Friedensbewegung auf diesem Weg immer schon die Einschätzung der Sowjetunion als einer Friedensmacht voraussetzen, eine Einschätzung, die die oppositionellen Bewegungen im Herrschaftsbereich der SU aufgrund eigener schmerzlicher Erfahrungen keineswegs teilen. Eine Radikalisierung der Bewegung auf der Linie der Entwaffnung muß weder die Sowjetunion noch die DKP fürchten, weil sie auf dieser Linie gefahrlos mitschwimmen können: Entwaffnung wird im Prinzip für die Sowjetunion akzeptiert, ja, die Sowjetunion hätte schon lange abgerüstet, wenn sie von den USA nicht zur Aufrüstung gezwungen würde. Bleibt man bei den Waffen stehen und bei ihrer Verrechnung, so kann auch gleich unterschlagen werden, daß die Logik der Aufrüstung der Sowjetunion sowohl der Qualität wie der Quantität der Rüstung nach längst nicht mehr aus der Rüstung der USA und der NATO, sondern nur noch aus eigenem Expansions- und Weltherrschaftsstreben erklärt werden kann. Daß die Friedensbewegung auf diesem Weg in die Niederlage und Isolation gerät, kann weder die DKP noch die Sowjetunion stören, denn was ihre eigenen positiven Ziele anbelangt, setzen sie nicht auf die Friedensbewegung, sondern auf die Stärke der SU. DKP und SU können auf diese Weise den Pazifismus nutzen und mit ihm scheinbar zusammengehen, ohne im geringsten pazifistische Auffassungen in den eigenen Reihen zu nähren. Der Hauptfaktor des Friedens bleibt für sie die Bewaffnung und Aufrüstung der Sowjetunion, die aufgrund der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln angeblich keinerlei Interesse an Expansion und Rüstung habe.

Im Gegensatz zur DKP sind die Motive der pazifistischen Strömungen, die sich häufig mit der DKP verbünden, sicherlich selbstlos. Der Pazifismus entspringt meist aus unvermittelt moralischen Positionen und beruft sich abstrakt auf Menschheitsinteressen, die halt die Menschen bloß selbstlos genug zu verteidigen hätten. Gerade aus dem Ausgangspunkt abstrakter Menschheitsinteressen folgt, daß der Pazifismus

den Kampf gegen den Krieg bloß auf der Linie der Entwaffnung „radikalisieren" kann und dies auch tut. Damit die Menschheit von Gewalt befreit wird, muß jeder einzelne Mensch bei sich damit anfangen, indem er jede Gewalt ablehnt. Noch immer wird der Pazifismus politisch von jedem hergelaufenen „Verantwortungsethiker" ausgehebelt, weil sich Klassen und Völker mit ihren bestimmten Interessen auf derlei „Gesinnungsethik" in Wirklichkeit nicht einlassen können.

7 Die Friedensbewegung besteht weder im wesentlichen aus Sowjetfreunden, die im Kampf gegen die Waffen die friedenstiftende Kraft sowjetischer Waffen heben wollen, noch aus Pazifisten, die keinen anderen Weg zur Überwindung von Krieg und Gewalt sehen, als zunächst bei sich selber mit der Ablehnung jeder Gewaltanwendung anzufangen. Trotz des erheblichen Einflusses dieser Strömung, insbesondere des Pazifismus, besteht die Bewegung im wesentlichen aus Kräften der Jugend, die nicht länger tatenlos mitansehen wollen, wie die Gefahr eines weiteren Weltkrieges wächst, und die mit dem nächstliegenden beginnen wollen, dem Kampf gegen die Stationierung neuer US-Waffen in Westdeutschland. Dabei richten sie sich sowohl gegen diese neuen Waffen wie gegen die USA, von denen bekannt ist, daß sie noch jede ihrer Aggressionen und Kriegsvorbereitungen mit der Verteidigung von Freiheit und Frieden in dieser Reihenfolge gerechtfertigt haben. Sie erkennen wohl, daß es sich bei der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Westdeutschland und Westeuropa um einen weiteren Schritt handelt, Deutschland und Europa als potentielles atomares Gefechtsfeld zu behandeln, und daß der Übergang des drohenden Krieges in einen Atomkrieg dadurch fließender wird. Aber sie erkennen auch, daß die Stationierung von SS 20 den gleichen Sinn hat. Eine solche Erkenntnis wird erleichtert, wenn die DKP Karten verteilt, in denen jeder Stationierungsort von US-Mittelstreckenraketen als Anziehungspunkt für sowjetische Raketen eingezeichnet ist, die ja nicht deshalb weniger wirklich werden, wenn an den eingezeichneten Punkten keine US-Raketen stationiert sind. Da viele Kräfte in der Friedensbewegung nicht bereit sind, die militärische Besetzung Afghanistans oder die Interventionsdrohung gegen Polen durch die SU als friedensstiftende Tat und Ausfluß des proletarischen Internationalismus zu begreifen, entwickeln sie Skepsis gegenüber der Sowjetunion. In der Friedensbewegung ist seit längerem eine Debatte in Gang gekommen, wie eigentlich die Gesamtlage für Krieg und Frieden einzuschätzen ist, welche Rolle dabei die beiden Supermächte auf der einen Seite, die Dritte Welt auf der anderen Seite und die Völker Europas wie ihre Staaten und Regierungen eigentlich spielen. Mit einer solchen politischen Auseinandersetzung über die Lage und die sie bestimmenden Kräfte, ist ein erster Schritt gemacht, um die Beschränkung auf die Waffenfrage zu überwinden, ohne die Konzentration auf den NATO-Mittelstreckenraketenbeschluß als ersten Kampfschritt aufzugeben. Die Frage der Perspektive dieses Kampfes ist aufgeworfen. Forderungen nach einem atomwaffenfreien Europa werden aufgestellt, die Auflösung der Blöcke und der Kampf für ein blockfreies Europa, in dem sich die europäischen Völker von der Unterwerfung unter die beiden Supermächte befreien und das Bündnis mit der Dritten Welt suchen, wird zumindest diskutiert.

Damit kommt aber ein Klärungsprozeß in Gang, durch den die bisher bestehende Spaltung zwischen der Friedensbewegung und anderen, im Kampf gegen den Krieg ausschlaggebenden Kräften, überwunden, die Verbindung mit den Gewerkschaften und solchen Kräften hergestellt werden kann, die bisher mit Hilfe der bürgerlichen Konzeptionen der „Friedenssicherung" durch die Bundestagsparteien, insbesondere die SPD, aber auch FDP, CDU und CSU, kontrolliert werden.

8 Gewerkschaften und sozialdemokratische Mitgliedermassen waren in den beiden bisherigen Phasen der Friedensbewegung und während ihrer jeweiligen Höhepunkte die Hauptträger der Bewegung. Es wäre völlig verfehlt anzunehmen, daß sich an ihnen vorbei die Friedensbewegung zu einer politisch wirksamen Massenbewegung entwickeln könnte. SPD und ein großer Teil der Gewerkschaften haben aber inzwischen die Eingliederung in die NATO als ein notwendiges Übel oder gar als das einzige Mittel, den Frieden durch Gleichgewicht zu sichern, hingenommen. Sie haben damit ihre Konsequenzen aus der doppelten Niederlage der bisherigen Friedensbewegung nach dem Krieg gezogen. Die Jugend, die heute vor allem die neue Friedensbewegung trägt, – und unter Jugend ist hier politisch alles zu verstehen, was diese beiden Niederlagen nicht mehr selber als aktiver Teil der Bewegung erlitten hat – muß sich darüber klar werden, daß diese Niederlage Ergebnis der Tatsache war, daß die Friedensbewegung *politisch* nicht ankam gegen die Konzeption der regierenden Parteien und der herrschenden Bourgeoisie, daß die Niederlage *bei den Massen* erlitten wurde. Die Konsequenz der Sozialdemokratie und des großen Teils der Gewerkschaften war, die NATO-Eingliederung zu akzeptieren, die Blockbildung als Tatsache anzuerkennen und ausgehend von diesen Tatsachen Entspannungspolitik zu betreiben. Mit diesem Konzept ist die SPD in die Regierung gekommen und hat, wie sie meint, den Frieden sicherer gemacht. Zugrunde lag der doppelten Niederlage der Friedensbewegung neben objektiven Bedingungen das Fehlen eines Konzepts von Demokratie und nationaler Unabhängigkeit gegenüber den sich ausbildenden Herrschafts- und Militärblöcken. Die Niederlage konnte so zunächst auch keine andere Konsequenz haben, als diese Blöcke als Tatsache zu akzeptieren und das Beste aus ihr zu machen. Dies stimmte ab einem bestimmten Zeitpunkt durchaus mit den Interessen großer Teile der Bourgeoisie überein, für die NATO-Integration und Entspannungspolitik Herrschaft und Geschäfte sicherte.

Der Konzeption, die Blöcke zum Ausgangspunkt der Entspannungspolitik zu machen, entsprach die weltpolitische Konjunktur jedoch nur vorübergehend. Sie neigt sich sichtlich ihrem Ende zu und ist wahrscheinlich bereits beendet. Die Sowjetunion ist, gestärkt durch die Niederlagen der USA gegenüber der Dritten Welt, durch Spaltungstendenzen in der Blockfreienbewegung, in der die SU ihre eigenen Schützlinge an prominenter Stelle plazieren konnte, gestärkt durch westliche Finanz- und Technologietransfers, Mitte der 70er Jahre zu einem Kurs der strategischen Expansion übergegangen. Ihre offene Einmischung in den Bürgerkrieg in Angola, der abrupte Übergang zur politischen und militärischen Unterdrückung des eritreischen Befreiungskampfes, das Einfädeln des Überfalls von Vietnam auf das Demokratische Kampuchea und die militärische Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion selber sind dafür die sichtbarsten Ereignisse, die nicht mehr wie die militärischen Interventionen in der DDR 1953, in Ungarn und Polen 1956 und in der CSSR 1968 unter der Rubrik Fortsetzung der Politik von Jalta und Sicherung des eigenen Blocks abgebucht werden konnten, einer Politik, deren Rahmen die SU nicht überschritt (mit Ausnahme des abenteuerlichen Versuchs, Mittelstreckenraketen in Kuba zu stationieren), solange die USA weltpolitisch auf dem Vormarsch waren. Auf der anderen Seite scheinen die USA den Zeitpunkt für gekommen zu halten, wo sie dem Vordringen der SU wirksam Grenzen setzen können, nachdem sie sich von ihren Niederlagen in der Dritten Welt und gegenüber der Dritten Welt einigermaßen erholt und ihre Führungsposition gegenüber Westeuropa und Japan einigermaßen konsolidiert haben. Es ist klar, daß sich diese neue Konstellation der beiden Supermächte zunächst in ihrer Rivalität um Einflußbereiche in der Dritten Welt zeigt, um diese als selbständige Kraft zu spalten und strategische Positionen im Kampf um Europa zu sichern. Aber diese neue Konstellation der beiden Supermächte wirkt sich auch direkt auf Europa und auf die Beziehungen der beiden Supermächte untereinander aus. Die Zeiten einer Entspannungspolitik, die die beiden Machtblöcke zum Ausgangspunkt nehmen und dabei auf die Konstellation zwischen den beiden Supermächten selber setzen konnte, d.h. die Zeiten, ehe die SU ihre strategische Expansionsphase offen aufgenommen hatte und ehe die USA zur Vorbereitung von gezielten Gegenmaßnahmen übergegangen war sind vorüber. Die Entspannungspolitik gerät in die Krise. Damit gerät das ganze Konzept der „Friedenssicherung", auf das sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie nach der doppelten Niederlage der Friedensbewegung aktiv eingelassen hatten, in die Krise. Heute, angesichts der offensichtlichen Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft mit ihrer Konzentration auf Europa, können diese Kräfte weder auf ihre früheren Positionen in der Friedensbewegung zurück noch an ihrer späteren Politik festhalten, ohne in heftige Widersprüche verwickelt zu werden. Der Kurs auf Entwaffnung kann nicht wieder aufgenommen werden, und der Kurs der Westintegration kann nicht mehr als Entspannungspolitik fortgesetzt werden. In dieser Situation kann es zu einer Verbindung zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaften wie jenen Kräften des Kampfes gegen den Krieg, die von der Sozialdemokratie ideologisch und politisch kontrolliert werden, nur kommen, wenn eine Konzeption entwickelt wird, die die Fehler der früheren Friedensbewegung – ihre Konzentration auf die Waffen und politische Perspektivlosigkeit – überwindet und damit gleichzeitig den Weg angibt, durch den Gewerkschaften und sozialdemokratisch beeinflußte Kräfte aus der Sackgasse herauskommen, durch die sie über die früheren Niederlagen der Friedensbewegung und das Scheitern der Entspannungspolitik hineingeraten sind. Eine solche Perspektive muß mehrheitsfähig sein, d.h. sie muß sowohl den Gegensatz zwischen Pazifismus und Friedenssicherung via Gleichgewichtspolitik der Blöcke wie die Spaltung der europäischen Völker durch die beiden Supermächte, aus der die Blocklogik und die Unterwerfung unter eine der beiden Supermächte ihre massenwirksame Kraft zieht, ausdrücklich überwinden und eine Neugruppierung der Kräfte im Kampf gegen den drohenden Krieg anstreben.

Diese Perspektive besteht in einem blockfreien Europa, in dem sich die europäischen Völker unabhängig von den beiden Supermächten und gegen sie zusammenschließen, in dem die europäischen Völker ihre Souveränität sichern, ein blockfreies Europa, das sich an die Seite der Dritten Welt, der Hauptkraft gegen Imperialismus und Krieg, stellt, und in dem die europäischen Völker ihre gesellschaftlichen Probleme ohne Einmischung von außen lösen.

9 Es springt in die Augen, daß diese Perspektive revolutionär ist und eine Umwälzung der Kräfteverhältnisse in Europa wie in den einzelnen europäischen Ländern voraussetzt. Ein blockfreies Europa setzt eine wesentliche Schwächung der beiden Supermächte voraus, die nur in einer ganzen Reihe von Kämpfen der Dritten Welt und der europäischen Völker herbeigeführt werden kann. Allerdings haben diese Kämpfe bereits begonnen und bestimmte Fortschritte erzielt. Ein blockfreies Europa kann nicht unter Führung der Bourgeoisie der einzelnen europäischen Länder und in den meisten europäischen Ländern auch nicht in einer gemeinsamen Front mit der Bourgeoisie oder wesentlichen Teilen der Bourgeoisie verwirklicht werden. Durch die Eingliederung der europäischen Länder in die Blöcke haben die herrschenden Klassen bewiesen, daß sie zu einer Verteidigung und Sicherung der nationalen Interessen und der nationalen Unabhängigkeit nicht mehr in der Lage sind, weil sie ihre Interessen als herrschende Ausbeuterklassen, ihr Gegensatz zur Dritten Welt wie ihr Streben nach Teilnahme an der Ausbeutung der Arbeiter fremder Länder an die Seite einer der beiden Supermächte treiben, die allein noch in der Lage sind, die Ausbeuterherrschaft weltweit zu sichern. Das schließt nicht aus, daß einzelne Schritte in diesem Kampf nicht durch bürgerliche Regierungen vollzogen werden können oder daß nicht Teile der Bourgeoisie in diesem Kampf neutralisiert werden könnten. Offensichtlich gibt es Widersprüche zwischen Teilen der europäischen Bourgeoisie und selbst der Supermacht, unter deren Vorherrschaft sie sich begeben haben.

Der Kampf für ein blockfreies Europa ist Teil des Kampfes um Demokratie, d.h. des Kampfes um Volksherrschaft. Er kann nicht losgelöst von den sozialen Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen und losgelöst vom Kampf für diese geführt werden. Er ist verbunden mit dem Kampf gegen die Ausplünderung zugunsten von Stationierung fremder Truppen und von Rüstungsausgaben der herrschenden Klasse im Rahmen der Kriegsvorbereitungen der vorherrschenden Supermacht. Die Arbeiterbewegung wird in diesem Kampf ihre Zukunftschancen verteidigen und soziale und politische Umwälzungen bereits im Verlauf dieses Kampfes vorantreiben.

Die Perspektive eines blockfreien Europa wäre eine leere Phrase, wenn sie nicht aus den Widersprüchen im Weltmaßstab wie den Widersprüchen im Inneren, die sich damit im Zusammenhang entwickeln, selber erwüchse. Vor dem I. Weltkrieg wäre sie witzlos gewesen, im II. Weltkrieg hätte sie sich als Losungswort des Faschismus gebrauchen lassen, der an die Neuordnung Europas ging, um die SU zu zerschlagen und den Kampf mit den USA um die Weltherrschaft aufzunehmen. Die Losung „blockfreies Europa" bliebe eine leere Phrase, wenn sie nicht in den Kämpfen der europäischen Völker wie in den Bewegungen, die diese Kämpfe führen, bereits Anhaltspunkte fände.

Eine Schlüsselrolle wird dafür so oder so der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes mit dem Ziel des Abschlusses eines Friedensvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten und den früheren Kriegsgegnern des Deutschen Reichs spielen. In diesem Zusammenhang muß die Unterstützung der sich entwickelnden Friedensbewegung in der DDR durch die Friedensbewegung in der BRD und Westberlin ausdrücklich als Aufgabe und Verpflichtung verstanden werden.

In der Perspektive eines blockfreien Europas wird die Waffenfrage in einen konkreten Zusammenhang gestellt. Wer kontrolliert die Waffen, gegen wen sind sie gedacht, wie müssen sie aussehen und verteilt sein, um den sozialen und politischen Interessen der europäischen Völker zu genügen, statt diese den beiden Supermächten und der Bourgeoisie auszuliefern, die mit diesen Supermächten gemeinsame Sache macht.

10 Eine politische Perspektive ersetzt nicht die einzelnen Schritte, die im Kampf für diese Perspektive gemacht werden müssen. Andererseits lassen sich für die nächsten Schritte oft erst dann alle Kräfte gegen den Krieg gewinnen und mobilisieren, wenn geklärt ist, wohin diese Schritte schließlich führen sollen. Eine reelle Politik kann nur darin bestehen, die nächsten Schritte mit der politischen Perspektive zu verbinden, die nächsten Schritte herauszuarbeiten und in ihrem Zusammenhang mit weiteren Schritten und der Perspektive theoretisch zu klären.

Die Friedensbewegung hat sich im Kampf gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß erneut herausgebildet. Den Kampf gegen diese Maßnahme nicht aufzunehmen und darauf zu warten, bis vielleicht andere Völker an anderen Fronten erst mal entscheidende Erfolge erzielt haben, wäre abwegig und würde den gemeinsamen Kampf der europäischen Völker in Wirklichkeit hintertreiben. Wenn auch Skepsis angebracht ist, ob die Absicht, die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen zu verhindern, jetzt verwirklicht werden kann, teilen wir diese Absicht ohne Vorbehalt. Wir kritisieren aber alle Bestrebungen, die Friedensbewegung einseitig auf den Kampf gegen bestimmte Waffen auszurichten oder einseitig darauf auszurichten, daß sich diese Waffen in den Händen der USA und nicht in den Händen der SU befinden, die die gleichen Waffen schon hat. Wir bekämpfen auch alle Versuche, die Friedensbewegung an die Verständigungsbereitschaft der beiden Supermächte zu ketten, wobei vorausgesetzt wird, daß die SU am Verhandlungstisch die Interessen der Friedensbewegung schon vertreten wird, wenn die USA erst mal an den Verhandlungstisch getrieben worden sind durch die Friedensbewegung. Aus diesem Grund lehnen wir es nach wie vor ab, den Krefelder Appell zu unterstützen, der die Kriegsgefahr hauptsächlich aus von Anhäufung der Waffen erklärt und sie bloß durch die Anhäufung der Waffen des US-Imperialismus wachsen sieht. Damit erleichtert er es interessierten Kräften, die Friedensbewegung in eine Sackgasse zu führen, und das in der heutigen Situation, wo die *Rivalität* der *beiden* Supermächte die Kriegsgefahr hervortreibt und wo die USA aus Vietnam zwar vertrieben sind, dafür aber die SU Afghanistan besetzt hält.

Es ist nicht nur verständlich, sondern durchaus berechtigt, wenn die Gewerkschaften großenteils dagegen Front machen, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich vor diesen Karren spannen lassen sollen. Gegenüber dem Krefelder Appell hat der Aufruf des DGB den Vorteil, daß er sich gegen die Taten beider Supermächte richtet, auch wenn er den NATO-Doppelbeschluß bloß indirekt und für die Zukunft durch die Forderung nach Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen zur Disposition stellt.

Es war eine richtige Einschätzung, daß die Bewegung selber über den Krefelder Appell hinausgehen wird, daß das aber kein Grund für uns sein kann, ihn zu unterschreiben. Gegenüber dem Krefelder Appell hat der Aufruf der Russell-Peace-Foundation für ein automwaffenfreies Europa einige Vorteile. Er ist europaweit verbreitet, kritisiert beide Supermächte, fordert langfristig die Auflösung der Blöcke, will die Blocklogik durchbrechen und setzt den Verhandlungen den Kampf der Völker über alle Grenzen hinweg gegenüber. Sein Nachteil liegt darin, daß die atomwaffenfreie Zone nur von Polen (und nicht vom Ural) bis Portugal gefordert wird und daß nicht ausdrücklich das Schwergewicht auf Abzug der Atomwaffen der Supermächte gelegt wird.

Der Aufruf des DGB hat einige Vorteile gegenüber dem Krefelder Appell. Er kritisiert beide Supermächte konkret und zeigt auch eine langfristige Perspektive auf. Allerdings läßt er offen, ob die NATO-Nachrüstung abgelehnt wird und fordert nicht eine gegenüber den beiden Supermächten unabhängige Politik und vertraut weiterhin auf Verhandlungen der Supermächte. Diese Unterschriftenaktion kann aber zum Ausgangspunkt für vermehrte Diskussionen in den Betrieben gemacht werden, wobei wir uns nicht auf die Aussagen dieser Unterschriftensammlung beschränken.

11 Innerhalb des KBW gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Gefährlichkeit und den aggressiven Charakter der beiden Supermächte, aus deren Rivalität die Kriegsgefahr entspringt. Jedenfalls herrscht Einheit darüber, daß die Sowjetunion keineswegs eine friedliche Macht ist, wie sie vorzugeben versucht.

Es gibt auch unterschiedliche Auffassungen über die Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Supermächten und die Bewegungsrichtung ihrer Politik. Diese Fragen können durch ein bloßes Verrechnen der Waffen oder durch die Einschätzung dieser oder jener Rüstungsmaßnahmen nicht geklärt werden. Ihre Lösung verlangt eine umfassende Analyse des ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Charakters der beiden Supermächte und ihrer Stellung in der Welt.

Die USA sind eine Supermacht, die auf dem Boden des Kapitalverhältnisses herangewachsen ist. Die Verwertung des Werts, Mehrwertproduktion und Akkumulation des Kapitals treiben sie dazu, sämtliche Erdenwinkel den kapitalistisch produzierten Waren und der kapitalistischen Ausbeutung zu öffnen und durch US-Herrschaft die Positionen des US-Kapitals zu sichern, zu privilegieren und weiter auszudehnen. In den USA übt die Bourgeoisie ihre Herrschaft in Formen der parlamentarischen Demokratie aus, was direkte politische Unterdrückungsmaßnahmen gegen nationale Minderheiten und die Arbeiterbewegung einschließt. Hauptsächlich herrscht die Bourgeoisie jedoch durch stummen ökonomischen Zwang gegenüber den Massen, durch ihre Finanzmacht, Kredit und Zins, kontrolliert sie Gesetzgebung und Regierung. Widersprüche zwischen Teilen der Bourgeoisie treten offen auf und werden auch öffentlich ausgetragen, was es für die Arbeiterklasse und die Volksmassen erleichtert, eine selbständige Position zu entwickeln. Meinungen unter den Volksmassen können sich herausbilden und bis zu einem gewissen Grad auch artikulieren. Der Vietnamkrieg ist letzten Endes in den USA selber verloren gegangen. In Westeuropa müssen die USA ihre Vorherrschaft politisch relativ zurückhaltend ausüben. In der Dritten Welt sind sie weitgehend als Feind erkannt. Die Positionen ökonomischer Vormacht der USA auf dem Weltmarkt sind in den letzten Jahren erschüttert worden. Spätestens seit der Niederlage bei der militärischen Invasion Vietnams ist der Kurs der USA auf Eroberung der Weltherrschaft entscheidend gebrochen. Wenngleich US-Monopole heute noch immer wesentliche Sektoren des Weltmarktes beherrschen und vor allem die Dritte Welt mit einem Netz ökonomischer Abhängigkeiten überziehen, stößt der US-Imperialismus auf mannigfache innere und äußere Schranken und ist in seiner Vorherrschaft bereits erschüttert.

Die Sowjetunion ist nur in wenigen Aspekten mit der USA gleichzusetzen, hauptsächlich in ihrer Fähigkeit, als einzige Macht neben den USA heute ihren politischen und militärischen Einfluß im Kampf um die Weltherrschaft weltweit geltend zu machen. Ansonsten gibt es mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten. Die SU basiert nicht auf dem Kapitalverhältnis, sondern auf dem kollektiven Eigentum der herrschenden Klasse über sämtliche wesentliche Produktionsmittel mit Hilfe des staatlichen Zwangsapparates. Über den Staatsapparat kontrolliert die herrschende Klasse die Ökonomie, schöpft das Mehrprodukt ab und verfügt über es. Die sowjetische Ökonomie hat keine andere innere Triebkraft außer den Herrschafts- und Expansionsinteressen der herrschenden Klasse. Die politische Form der Herrschaft ist nicht Demokratie, sondern Despotismus, der gegenwärtig nur im passiven Widerstand der Massen in der Produktionssphäre seine Schranken findet. Ihre inneren Widersprüche macht die herrschende Klasse der Sowjetunion unter sich aus, und die Arbeiterklasse und die Volksmassen haben weder legale Möglichkeiten, ihre Meinung zu artikulieren, noch praktisch viel Möglichkeit, sie überhaupt zu bilden. Unabhängige legale Gewerkschaften gibt es nicht, Organisations-, Presse- und Demonstrationsfreiheit oder gar Streikrecht gibt es noch nicht mal als Karikatur. Den Aggressionskrieg gegen Afghanistan führt die SU bereits zwei Jahre lang, ohne daß man von größeren Widerstandsäußerungen in der Sowjetunion, speziell im russischen Teil, bisher gehört hätte. Wohin die Sowjetunion auch expandiert, tut sie es vorwiegend unter Anwendung außerökonomischer, politischer und militärischer Gewalt. Auch der Comecon wird nur durch den Warschauer Pakt, die politische und militärische Vorherrschaft der SU, zusammengehalten. Dem Despotismus im Innern entspricht der Despotismus nach außen. Wirtschaft und Staat der Sowjetunion sind in einem Maße militarisiert, wie man es bloß von klassischen Räubergesellschaften und dem Faschismus kennt. Die SU hat in den letzten Jahren begonnen, ihren im II. Weltkrieg gewonnenen und durch Jalta abgesicherten Herrschaftsbereich militärisch auszudehnen und ist damit zur Neuverteilung der Welt übergegangen. Eine einschneidende Niederlage hat sie dabei bisher noch nicht erlitten. Sie versteht es weiterhin, die Destabilisierung der Vorherrschaft der USA zu nutzen, um ihrerseits in der Dritten Welt vorzudringen. Ihre Expansionsstrategie sichert sie ideologisch immer noch wirksam mit der Behauptung, dem proletarischen Internationalismus und der Weltrevolution zu dienen. Mit der Behauptung, die SU sei das Vaterland des Sozialismus, hat die herrschende Klasse der Sowjetunion dem traditionellen großrussischen Chauvinismus einen neuen missionarischen Impuls verschafft.

Trotz unterschiedlicher Würdigung der genannten Tatsachen, die in der weiteren Entwicklung die Stellung der beiden Supermächte in der Welt qualitativ differenzieren können, sind sich die Mitglieder des KBW bereits jetzt einig:

Wir werden weiterhin alle Völker und Befreiungsbewegungen unterstützen, die gegen ihre Unterdrückung durch den US-Imperialismus kämpfen. Im Kampf gegen den drohenden Krieg und für ein blockfreies Europa kommt es gegenwärtig insbesondere darauf an, die Widerstandskämpfe der von sowjetischer Aggression überzogenen Völker der Dritten Welt und jede nationale Befreiungsbewegung der Völker unter sowjetischem Joch zu unterstützen. Dies ist um so wichtiger, als die Erfüllung dieser Aufgabe in den westlichen Ländern unter Anerkennung der Blocklogik und unter Fehleinschätzung des sowjetischen Expansionismus immer noch vernachlässigt wird, sozusagen nach dem Motto, jeder kehre den Dreck vor der eigenen Tür. Es ist klar, daß bei solcher faktischen Anerkennung der Logik der Blöcke ein blockfreies Europa nur als utopisch erscheinen kann. Die Unterstützung der Widerstandskriege und Befreiungsbewegungen gegen den sowjetischen Expansionismus von der Außenpolitik der westdeutschen Bourgeoisie abzugrenzen, ist gegenwärtig um so leichter, als diese nichts so zu befürchten scheint wie eine Erschütterung der Blöcke und unvorhersehbare, weitreichende und schwer kalkulierbare Initiativen der Arbeiterbewegung und der Völker Osteuropas. Wie sollen ohne die Sicherung der dortigen Verhältnisse durch die SU die Kreditrückzahlungen und Schuldendienste gesichert werden? Wenigstens in dieser Frage baut die westdeutsche Bourgeoisie nicht auf die USA, sondern auf die Sowjetunion als Ordnungsmacht, von der freilich Vernunft und Mäßigung erwartet wird.

12 Es ist offensichtlich, daß im Kampf gegen den drohenden Krieg noch viele Fragen weiter geklärt werden müssen und daß die Gesamtsituation aufgrund der Verschärfung der verschiedenen Widersprüche sich rasch entwickelt und sich auch ändern kann. Der KBW stellt sich die Aufgabe, vor allem zur weiteren Stärkung der Verbindung zwischen der Friedensbewegung und Arbeiterbewegung beizutragen. Seine politische Richtung drückt sich in der Unterstützung der folgenden Forderungen aus, die die Perspektive des Kampfes für ein blockfreies Europa mit den aktuellen Kampfschritten und nächsten Forderungen verknüpfen:

- Für ein blockfreies Europa
- Verbot und Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen
- Abzug aller fremden Truppen aus den europäischen Ländern
- Auflösung von NATO und Warschauer Pakt
- Demokratischer Friedensvertrag für Deutschland
- Austritt der BRD aus der NATO
- Für ein atomwaffenfreies Europa
- Abzug aller Atomwaffen der beiden Supermächte auf europäischem Boden
- Rücknahme der Zustimmung der BRD zum NATO-Mittelstreckenraketenbeschluß
- Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD.

Diese Forderungen sind Teil des Kampfes für eine demokratische Außenpolitik, die die Anerkennung der Beschlüsse der UNO-Vollversammlung und die Unterstützung der Forderungen der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung umfassen muß. Ohne Unterstützung des Kampfes für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Dritten Welt und den Kampf für die Verwirklichung ihrer Forderungen durch die kapitalistischen und imperialistischen Länder und die von diesen beherrschten internationalen Institutionen würde die Bewegung für Blockfreiheit der europäischen Länder in europäischen Chauvinismus abgleiten.

Mit der Perspektive eines blockfreien Europas unterstützt der KBW jede Forderung, die der Vorherrschaft der beiden Supermächte über Europa und der Vorherrschaft der USA in Westdeutschland und Westberlin Schranken ziehen kann. Solange nicht sämtliche Atomwaffen der USA aus Westdeutschland abgezogen sind, sollten sie wenigstens unter westdeutschem Verschluß lagern und sollte ihr Einsatz einem westdeutschen Veto unterliegen, das, per Gesetz festgelegt, jeden Ersteinsatz von Atomwaffen zu unterbinden hätte.

Aufgrund seiner Einschätzung der Situation verfolgt der KBW die Debatte über alternative Verteidigungspolitik mit Interesse und beteiligt sich an entsprechenden Überlegungen. Soweit alternative Verteidigungskonzeptionen auf eine selbständige Verteidigung Westdeutschlands und Westberlins hinauslaufen, sind sie objektiv revolutionär, weil sie sich gegen die Vorherrschaft der USA wenden und sich der Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung nähern, durch die die Machtfrage zwischen Bourgeoisie und Proletariat mehr oder weniger ausgesprochen gestellt wird.

Die Bundeswehr, nach wie vor Instrument in der Hand der herrschenden Klasse, ist dennoch die bisher am wenigsten von den Volksmassen getrennte bewaffnete Formation der jüngeren deutschen Geschichte, wie sie auch trotz traditionellem Drill, reaktionärer Traditionspflege und öffentlichen Rekrutenvereidigungen die am wenigsten militaristische Armee der jüngeren deutschen Geschichte ist. Die bisherige Friedensbewegung hat die Ausbildung eines westdeutschen Militarismus durchaus behindert. Es wäre verfehlt, diese Tatsache und die darin eingeschlossenen Möglichkeiten, die Bundeswehr als Instrument von Aggression und Konterrevolution zu lähmen und zu spalten, nicht zu sehen. Der Kampf für allgemeine Volksbewaffnung kann und muß sich mit den Forderungen gegenüber der Bundeswehr nach gewerkschaftlichen und politischen Rechten der Soldaten und ihrer Vertrauensleute, Dienstausgleich, besserer Bezahlung, heimatnaher Stationierung etc. verbinden. Sonst wird er illusorischen Charakter behalten.

13 Mit diesem Beschluß hebt der KBW die „Leitsätze zur Militärfrage" auf.

Die Resolution wurde bei 14 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen mit einer Mehrheit von ca. 225 Ja-Stimmen angenommen.

Statut des KBW

1. Mitglied des KBW ist, wer für das Ziel des Kommunismus eintritt und das Statut des KBW anerkennt, sich an der Tätigkeit des KBW beteiligt und den Mitgliedsbeitrag zahlt.

2. Das höchste Organ des KBW ist die zentrale Delegiertenkonferenz. Sie wird jährlich von der Bundesleitung einberufen. Die zentrale Delegiertenkonferenz beschließt über Programm und Statut, bestimmt die politische Linie des KBW, nimmt den Rechenschaftsbericht der Bundesleitung entgegen, wählt die Bundesleitung und legt Richtlinien über Höhe und Aufteilung der Mitgliedsbeiträge fest. Durch Beschluß der Bundesleitung oder, wenn das von Bezirken, die auf der letzten Delegiertenkonferenz ein Drittel der Stimmen hatten, verlangt wird, muß eine außerordentliche Delegiertenkonferenz durchgeführt werden.

3. Die Bundesleitung faßt Beschlüsse zur Tätigkeit der Gesamtorganisation und zu Fragen, die die Gesamtorganisation betreffen. Sie gibt eine politische Zeitung und eine theoretische Zeitschrift heraus. Sie verwaltet die zentrale Kasse. Die Bundesleitung besteht aus drei Sekretären, darunter ein Geschäftsführer, und weiteren 42 Mitgliedern, die sämtlich durch die DK gewählt werden. Die drei Sekretäre bilden einen ständigen Ausschuß, der zwischen den Vollversammlungen der Bundesleitung deren Aufgaben wahrnimmt.

4. Die Bundesleitung ist verpflichtet, wenigstens sechs Wochen vor jeder ordentlichen Delegiertenkonferenz den schriftlichen Rechenschaftsbericht vorzulegen.

5. Die Mitglieder organisieren sich in Bezirken und Ortsgruppen. Die Mitglieder bzw. Delegierten der Bezirke und Ortsgruppen wählen sich ihre Leitungen.

6. Die Ortsgruppen und Bezirke untergliedern sich im Regelfall in Grundeinheiten. Jede Grundeinheit wählt sich eine Leitung.

7. Alle Leitungsorgane der Organisation werden jährlich gewählt. Die Bezirks- und Ortsleitungen wählen sich ihrerseits einen verantwortlichen Sekretär.

8. Jede Leitung ist ihrem jeweiligen Wahlkörper rechenschaftspflichtig und durch diesen jederzeit abwählbar. Auf ausdrückliche Anfrage sind Leitungen den höheren Leitungen berichtspflichtig.

9. Rechtlich wird die Organisation auf Bundesebene durch den Geschäftsführer, auf den anderen Organisationsebenen durch den Sekretär der jeweiligen Leitung vertreten.

10. Die Beschlüsse auf allen Ebenen der Organisation werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Der KBW befolgt den Grundsatz „Freiheit der Debatte, Einheit der Aktion".

11. Die Mitgliedschaft wird gegenüber einer Einheit der Organisation oder deren Leitung erklärt. Die jeweilige Einheit kann die Beitrittserklärung zurückweisen. Gegen eine Ablehnung der Beitrittserklärung kann bei der nächsthöheren Einheit Revision eingelegt werden. Austritt erfolgt durch Erklärung gegenüber der entsprechenden Einheit. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es die Bestimmungen des Statuts verletzt. Ausschlüsse können von den Grundeinheiten, Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen, Mitgliederversammlungen der Bezirke und durch die zentrale Delegiertenkonferenz vorgenommen werden und sind durch das jeweils höhere Organ zu bestätigen. Der vom Ausschlußantrag Betroffene hat das Recht, sich mit einem Revisionsantrag bis an die Delegiertenkonferenz zu wenden.

Referat von Hans-Gerhart Schmierer, gehalten auf der 6. ordentl. Delegiertenkonferenz des KBW

Genossinnen und Genossen,

man kann, meine ich, bereits sagen, daß diejenigen Genossen nicht recht hatten, die befürchteten, die Vorlage einer Resolution, in der wir die wichtigsten Kritikpunkte an Programm und Geschichte des KBW und die positiven Schlußfolgerungen daraus zusammenfassen, behindere die weitere Auseinandersetzung und Klärung. Selbst wenn die Vorlage des ZK in Gänze zurückgewiesen werden würde durch die Delegiertenkonferenz, hat sie doch bereits jetzt zu einer Konzentration der Debatte geführt und dazu, daß sich die weiteren Punkte der Auseinandersetzung heute für alle Genossen klarer herausgeschält haben. Wenn wir unsere Vorlage der Delegiertenkonferenz zur Beratung und zur Abstimmung vorlegen, dann wollen wir diesen Prozeß weiterführen, keineswegs wollen wir ihn beendigen.

Dieses Referat soll dazu dienen, unseren Resolutionsvorschlag noch mal kurz zu begründen, nicht aber dazu, nachzuweisen, daß in der Vorlage alles und womöglich endgültig geklärt sei. Auch theoretische und politische Klärungsprozesse wie der Klassenkampf selber, auf den sie sich beziehen, haben Geschichte und entwickeln sich. Freilich nicht automatisch und nicht im Selbstlauf. Eine Organisation, die darauf setzen würde, hätte ihren Zweck verfehlt.

In der Resolution wird versucht, einige positive wie negative Aspekte der Geschichte des KBW hervorzuheben. Dies richtet sich gegen eine Haltung, als ständen wir heute vor einem Scherbenhaufen und könnten noch nicht mal sagen, wie es dazu gekommen ist. Meiner Meinung nach ist eine solche Haltung gerade heute ganz unangebracht. Gerade heute, nach den jüngeren Entwicklungen an den verschiedenen Fronten des Kampfes, kann man die Geschichte des KBW als Teil der Bewegung, die unter unseren Augen vor sich geht, sowohl in seinen positiven wie auch in seinen negativen Aspekten ganz gut verstehen, weil sich inzwischen zahlreiche Momente des Klassenkampfes, die wir in den letzten Jahren mehr oder weniger klar erkannten, manchmal auch gehörig fehleinschätzten, sich zu deutlich sichtbaren Tendenzen des Klassenkampfes verdichtet haben. Die Demonstration der IGM in Stuttgart mit ihren 70000 Teilnehmern, die Demonstration in Bonn und die Kämpfe hier im Raum gegen die Startbahn West sind dafür verschiedene Ausdrücke. Es handelt sich hier nicht um sogenannte neue soziale Bewegungen, sondern um eine neue Welle der Bewegung, aus der der KBW selber hervorgegangen ist, und die von seiten der Arbeiterklasse und der Volksmassen die widersprüchliche Entwicklung des Kapitalismus und der heutigen Weltlage beantwortet.

Der KBW ist nicht das Ergebnis eines verqueren Willenaktes, mit dem sich irgendwelche Individuen mit dem Anspruch auf Führung an die Spitze der Bewegung und der Kämpfe stellen wollten. Er ist auch nicht das Ergebnis der Entscheidung einiger Theoretiker, die Anfang der 70er Jahre auf einmal das Bedürfnis und die Möglichkeit gesehen hätten, sich nun in die Praxis zu werfen. Er ist das Ergebnis der politischen Sammlung eines wichtigen Teils der Kräfte, die in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre in der Bewegung führend tätig waren und tatsächlich an verschiedenen Punkten an der Spitze der Bewegung standen. Das ist jedenfalls für die wichtigsten Gründungszirkel historisch der Fall gewesen, auch wenn sie in unterschiedlichem Umfang die Kräfte der Bewegung der 60er und frühen 70er Jahre repräsentierten. Mit Hilfe der Gründung des KBW gelang es auch in anderen Städten als denen, in denen die Gründungszirkel arbeiteten, eine entsprechende Kräftesammlung durchzuführen. Worauf es mir hier ankommt, ist folgender Gedanke: Die Gründung des KBW ist Ergebnis eines Klärungs- und Sammlungsprozesses von politischen Kräften, die seinerzeit nicht irgendwelche Führungsansprüche gegenüber der Bewegung geltend machen wollten, sondern die als führende Kräfte der Bewegung dem Anspruch dieser Bewegung nach Perspektive und Organisation gerecht werden wollten.

Was wir damals nicht begriffen haben und was wir meines Erachtens erst jetzt zu begreifen beginnen, ist die Tatsache, daß sich die Bewegung zur Zeit der Gründung des KBW bereits im Übergang zu einem Abschwung befunden hat, teilweise zum Rückzug gezwungen wurde, teilweise sich aus inneren Gründen verästelte und sich zerlief, sozusagen „überwinterte", wie der KB das damals nannte, um erst jetzt wieder neue und fortgeschrittenere Gestalt anzunehmen. Von heute aus kann man auch ziemlich gut erkennen, was an unserer Einschätzung 1976, Neuaufschwung der Massenbewegung, dran war und inwiefern es sich um eine Täuschung handelte bei dieser Einschätzung. Sicherlich gab es seinerzeit spontane Ansätze eines Neuaufschwungs der Bewegung. Aber einerseits waren sie, sowohl was die Auseinandersetzungspunkte wie ihren örtlichen Verlauf betrifft, äußerst zersplittert und konnten deshalb andererseits in keinem Fall bis zur Ausbildung landesweiter Fronten führen.

Diese ganze Phase der Bewegung kann man als eine ihrer mehr unterirdischen, ihren Maulwurfsphasen bezeichnen. Im großen und ganzen hat sie seit wenigstens 1974 bis in dieses Jahre hinein angedauert.

Diese Verlaufsform der Bewegung haben wir nie wirklich begriffen, um unsere Politik ihr anzupassen, vielmehr haben wir jedes Moment hervorgehoben und überbewertet, das man als Anzeichen einer ununterbrochenen Aufwärts- und Vor-

wärtsentwicklung der Bewegung interpretieren konnte. Das fing mit der Einschätzung der 73er Streiks an, deren Offensivcharakter wir unter Hinweis darauf, daß sie nicht von den Gewerkschaften eingeleitet und geführt wurden, betonten, während sie in Wirklichkeit im Gegensatz zu den Septemberstreiks 1969 viel eher den Charakter irregulärer Rückzugsgefechte bei Aufkommen der Krise und Entstehung einer stockenden industriellen Reservearmee hatten. Wir haben mit den Gewerkschaftsbeschlüssen 1974/75 diese Interpretation auch etwas zurechtgerückt, uns aber niemals wirklich Klarheit darüber verschafft, daß es halt solche Phasen der „Flaute" der Massenbewegung gibt, daß wir uns in einer solchen Phase befinden und daß sie durch keinerlei subjektive Anstrengungen überbrückt werden konnte.

Im Zusammenhang mit dieser Fehleinschätzung steht unser Versuch, die nachsetzende Reaktion der herrschenden Klasse jeweils im ersten Anlauf zurückzuschlagen. Deutlichste und auch erfolgreichste Bemühungen in dieser Hinsicht stellen die sogenannten „Güde-Kampagne" und die Kampagne gegen den §218 dar. Eine entsprechende Motivation hatte auch die Demonstration gegen die Verbotsvorbereitungen, die wir immer schon als Verbotsmaßnahmen interpretierten. Gehen wir näher auf die Kampagne gegen den §218 und das heißt auf die Bonner Demonstration gegen den §218 ein. Viele Genossen meinen, daß der Fehler dieser Kampagne darin bestanden hätte, daß wir die Forderung nach Volksentscheid zu einem Kriterium der Aktionseinheit gemacht hätten. Ein weiterer wesentlicher Fehler wird darin gesehen, daß die Losungen der feministischen Frauenbewegung von uns kritisiert worden sind. Es wird auch behauptet, wir hätten die sozialen Triebkräfte der Bewegung gegen den §218 nicht richtig erkannt, obwohl auch eine bloß oberflächliche Durchsicht unserer Agitationsmaterialien zeigt, daß wir sie vielleicht zu eng gefaßt, aber keineswegs mißachtet haben. An all diesen Kritikpunkten ist sicherlich etwas dran. Sie treffen aber nicht den eigentlichen Kern der Sache. Der Kern der Sache besteht meines Erachtens darin, daß wir das Verfassungsgerichtsurteil gegen die Fristenlösung ganz richtig, aber ziemlich abstrakt als politischen Anschlag auf die Arbeiterbewegung und demokratische Bewegung gefaßt haben, dem im Interesse der Entwicklungsbedingungen der Bewegung sofort und frontal via bundesweiter Mobilisierung für eine zentrale Demonstration entgegengetreten werden müsse. Aus dieser Aufgabenstellung entsprang dann überhaupt erst die Forderung nach Volksentscheid als einer der Aktionslosungen der Kampagne, und ohne diese Aktionslosung wäre sie auch nicht zu machen gewesen. Die Verlaufsform der eigentlichen Bewegung gegen den §218 war aber eine andere als die von uns propagierte und eingeschlagene Kampagne. Sie sondierte erst einmal das Terrain, das durch die tatsächlichen Regelungen der Abtreibungsgesetze jetzt entstand, verästelte sich, blieb Teil der Frauenbewegung und der Gewerkschaftsbewegung, versuchte die pro-familia-Einrichtungen zu nutzen, während wir sie später schließen wollten etc. Ganz falsch wäre es, daraus anzunehmen, daß unser Vorschlag und unsere Kampagne keinerlei Basis in der Bewegung gehabt hätten und völlig willkürlich gewesen wären. Er entsprach der Strömung der politischen Bewegung, die auf die verstärkten Anzeichen der Reaktion politisch antworten wollte, um die Bewegung weiterzuführen und die Reaktion nach Möglichkeit im ersten Anlauf zurückzuschlagen, dem Teil der Bewegung, der sich weder brechen lassen wollte noch sich zurückziehen wollte, um erst mal in der zersplitterten Bewegung neue Kräfte und auch neue Motive für den Kampf zu sammeln. Über unser Vorgehen, haben wir sowohl wichtige Teile der politischen Bewegung beieinandergehalten wie auch neue Kräfte in die politische Bewegung hineingezogen. Aber in Wirklichkeit haben wir politische Positionen bezogen, die durch den tatsächlichen Verlauf der Gesamtbewegung nicht haltbar waren und zerbröckelten, und denen sozusagen ein paar Ebenen tiefer überhaupt erst eine weitere und ausreichende Basis verschafft werden mußte in der Massenbewegung. Ähnliches ließe sich auch bei einer genaueren Analyse der „Güde-Kampagne" wie überhaupt unserer Kampagne gegen die Berufsverbote zeigen.

Spätestens nach der Bonner Demonstration gegen den §218 war eine Überprüfung dieser Taktik fällig. Tatsächlich fiel uns aber sogar sehr schwer, auch bloß die Forderung nach Volksentscheid als inaktuelle Forderung zurückzunehmen und überhaupt und bewußt von einer Agitations- und Aktionskampagne auf eine längerfristige Propaganda umzustellen, bis die Fortführung der Aktionen schließlich im Sand verlief. Von der Notwendigkeit einer solchen Korrektur schien uns der von uns konstatierte Neuaufschwung der Massenbewegung zu befreien, den wir 1976 zu erkennen glaubten und nicht ganz ohne Grund. April 1977 stellten wir dann fest, daß dieser Neuaufschwung in eine Phase der Stockung und der Gärung geraten sei. Statt nun zu überprüfen, was dafür die Gründe sein könnten, stellten wir fest, daß die Bewegung vor dem frontalen Zusammenstoß mit der herrschenden Klasse und der Staatsgewalt noch zurückschrecke, aber aufgrund der Entwicklung der objektiven Widersprüche, die der Bourgeoisie keine Reserven zur Abstumpfung der Widersprüche mehr lassen werde, früher oder später dieser Auseinandersetzung nicht mehr ausweichen könne. Ab dato verlegten wir unsere analytischen Anstrengungen auf den Nachweis der Unvermeidbarkeit dieses Zusammenstoßes aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies machte die ökonomistische und objektivistische Seite unserer Arbeit aus. Andererseits versuchten wir, die Bewegung voranzutreiben und notfalls eben an ihrer Stelle zu agieren, um die unvermeidliche Auseinandersetzung zu beschleunigen. Dies machte die voluntaristische und subjektivistische Seite unserer Tätigkeit aus, bevor wir dann im letzten Jahr damit begannen, dieses Syndrom nach und nach kritisch aufzubrechen. Es wäre nun meines Erachtens völlig verfehlt, unseren Versuch, die politische Bewegung in die offene Auseinandersetzung gegen die Reaktion zu führen, einfach in Bausch und Bogen abzutun, womöglich als unbegreifliche Spinnerei, für die man heute in Sack und Asche zu gehen hätte. Unser Versuch entsprach beträchtlichen Teilen der politischen Bewegung, und er war im übrigen auch keineswegs fruchtlos. Es ist von uns sicherlich dazu beigetragen worden, daß diese Bewegung nicht viel mehr, als dies der Fall gewesen ist, den aufrechten Gang verlernt hat. Es war auch nicht einfach falsch, daß wir uns gegenüber Reaktion und Staatsgewalt auf möglichst wenig freiwilligen Rückzug einließen.

All das mag frühzeitig sektiererische Züge gehabt haben, aber eben nicht nur. In diesem Zusammenhang steht auch, daß wir die Unterstützung der um ihre Befreiung kämpfenden Völker der Dritten Welt ohne Vorbehalt fortsetzten. Aber wir müssen erkennen, daß wir damals, und das fing tatsächlich schon sehr bald nach der Gründung des KBW an, z.B. mit den Demonstrationen gegen die Notstandsmaßnahmen, uns Schritt für Schritt aus führenden Kräften der wirklichen Bewegung in Kräfte verwandelten, die an Stelle der wirklichen Bewegung agierten. Dabei hatten wir noch einige Zeit Rückhalt in dieser wirklichen Bewegung. Dennoch verwandelte sich Führung Schritt für Schritt in Führungs*anspruch*. Aus einem *Kern* der Bewegung wurden wir zu einem *Sondertrupp* der Bewegung. Gerade für diese Entwicklung gab aber die Parteikonzeption, die wir entwickelten, das passende Gewand ab. In dem Resolutionsvorschlag wird die Entwicklung beschrieben, wie wir als organisierte Kommunisten in der Praxis in Widerspruch zur Selbsttätigkeit und zur Selbstorganisation der Massen und damit zur wirklichen Bewegung gerieten. Dann wird festgestellt, „ihr Ausgangspunkt", d.h. der Ausgangspunkt dieser Entwicklung, und der „Kristallisationspunkt der Fehler" sei in der Konzeption der Organisation der Kommunisten als Partei der Arbeiterklasse zu sehen. Es wird dort keine Theorie „Hauptfehler Parteikonzeption" entwickelt im Gegensatz zu einer Theorie „Hauptfehler Revolutionskonzept", vielmehr wird die These aufgestellt, daß in der

Konzeption der Organisation der Kommunisten als Partei der Arbeiterklasse ein Konzept entwickelt war, das es ermöglichte, die Theorie und Praxis der Kommunisten abzukoppeln von der Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Massen und damit vom Verlauf der wirklichen Bewegung, und in dem sich die einzelnen Fehler zu einem verfehlten System von Theorie und Praxis der Kommunisten verfestigen konnten. Es geht nicht darum, daß diese Parteikonzeption alles erklären müsse, statt ihrerseits in ihrer Entstehung erklärt zu werden, sondern darum, diese Parteikonzeption zu kritisieren, um überhaupt das Wechselverhältnis zwischen Praxis der Arbeiter- und Massenbewegung und der Theorie der Kommunisten richtig zu erfassen und in der Politik richtig behandeln zu können. Richtig ist, daß in der Resolution der Kritik dieser Parteikonzeption ein gewisser Vorrang eingeräumt wird. Dies ist gerechtfertigt, weil tatsächlich für die marxistisch-leninistische Bewegung, deren Teil wir in dieser Hinsicht sind, der Parteiaufbau den gemeinsamen Schlüssel zur Lösung des Klassenkampfes abzugeben schien. Und gerade im „Parteiaufbau" ist sie auch gescheitert und mußte sie scheitern. In anderen Punkten, etwa in der Ausbildung eines gewissen Stamms von Revolutionären, in der Klärung bestimmter theoretischer Fragen, in der Beteiligung an bestimmten Kämpfen ist weder sie noch der KBW gescheitert, wenn die Ergebnisse auch schmaler sind, als wir uns wünschen würden, und wenn der größere Teil des Wegs uns und anderen Genossen auch noch bevorsteht.

Was nun die Frage der „Revolutionskonzeption" betrifft, bin ich weder so sicher, daß wir eine ganz bestimmte hatten, noch glaube ich, daß sie mit „der Zusammenbruchsthese bzw. dem Katastrophenmodell" und „Dichotomie, strikteste Trennung von *politischer* und *sozialer* Revolution, im Sinne eines Zwei-Phasen- oder Etappenmodells" richtig beschrieben und kritisiert werden kann. Vielmehr besteht die Gefahr, daß mit solchen Pauschalurteilen eine ganze Reihe richtiger Erkenntnisse der Politik und der Kritik der Politischen Ökonomie verschüttet werden. Diese Kritik ist aber der Ausgangspunkt revolutionärer Theoriebildung. Hier zeichnen sich nicht einfach Differenzen in der Einschätzung der Geschichte des KBW ab, sondern Unterschiede in der Theoriebildung, die natürlich zu erheblichen politischen Differenzen führen können. Allgemein geht die Auseinandersetzung zunächst um solche Fragen wie das Verhältnis von Produktionsweise, Gesellschaftsformation und Staat, das Verhältnis von Ökonomie und Politik, von Basis und Überbau. Konkret spitzt sich die Auseinandersetzung zu auf die strategische Bedeutung des politischen Kampfes im Kapitalismus und den politischen Charakter und die politische Form der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Im weiteren erstreckt sich die Auseinandersetzung auf die Einschätzung des Parlaments in der Phase der Vorbereitung der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und in der Phase des Übergangs zum Kommunismus.

Ich habe bereits mehrfach und zuletzt in dieser Nummer von Kommunismus und Klassenkampf darauf hingewiesen, daß ich das Manko revolutionärer Theorie weniger in der Untersuchung dieser Fragen, sondern in einem Mangel der Kritik des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sehe, und zwar nach der Seite hin, daß wir die Wirkung der kapitalistischen Formen auf die Gestalt und den Charakter des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur im Arbeitsprozeß und im Stoffwechsel der Gesellschaft nicht hinreichend in seiner Bedeutung verstanden und dementsprechend auch nicht untersucht haben. Praktisch werden wir auf dieses Manko durch die kämpfende Bewegung selber hingewiesen, die nämlich gerade aus diesen Auswirkungen ihre Triebkräfte entwickelt, sei es nun unter Losungen wie Humanisierung der Arbeit, Arbeitszeitverkürzung, Naturschutz oder Frieden. In der Kritik an unserem früheren Verständnis des wirtschaftlichen Kampfes versuchte ich zu zeigen, daß auf diese Weise systematisch die Entwicklung der Bedürfnisse wie ihre Beschneidung durch den Kapitalismus als Triebkraft des Kampfes überhaupt nicht erfaßt werden und eine völlige Verengung des Begriffs der sozialen Interessen herauskommt. Sowieso sollten wir nicht vergessen, daß eine ganze Reihe von Differenzen vor der letztjährigen Spaltung des KBW gerade daraus entsprangen, daß wir die grundlegenden Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion und des Stoffwechsels der Gesellschaft als grundlegend für die Ausbildung von sozialen und politischen Interessen überhaupt zum Gegenstand revolutionärer Theorie machten.

Von seiten des Genossen Maier ist in einer Kritik am Programm des KBW und überhaupt des „Marxismus-Leninismus" die Vernachlässigung dieser grundlegenden Seite des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen herausgestellt worden, meines Erachtens zu Recht. In dem Resolutionsantrag wird versucht, sowohl in seinem kritischen Teil wie in seinen Schlußfolgerungen aus dieser Kritik erste Konsequenzen zu ziehen. Nun scheinen diese Teile des Resolutionsantrages überhaupt nicht umstritten, wenngleich sie einen Bruch mit einem wesentlichen Teil unserer bisherigen Theoriebildung beinhalten. Um so besser, könnte man meinen. Ich meine das aber nicht. Denn die mehr oder weniger stillschweigende Korrektur in dieser wesentlichen Frage geht Hand in Hand mit der nachdrücklichen Forderung, darin nun den „Modernen Zeiten", aber auch Strömungen des Eurokommunismus, der Grünen etc. folgend, unser „Revolutionskonzept" bezüglich der Einschätzung des Staates im Kapitalismus und dementsprechend der Konzeption der Übergangsperiode zum Kommunismus zu korrigieren. Sicherlich sind auch hier Korrekturen notwendig und brauchen wir ein besseres Verständnis dieser Probleme. Auf dem geforderten Weg wird das aber nicht zu erlangen sein.

Genausowenig wie Marx in der Kritik der politischen Ökonomie diesen oder jenen zurückgebliebenen Kapitalismus zum Gegenstand der Kritik nahm, sondern das Kapitalverhältnis auf eigener Grundlage und seine Analyse des Kapitals im allgemeinen oder in seinem Durchschnitt mit der Entwicklung des fortgeschrittensten Kapitalismus in England illustrierte, genausowenig hat er in seiner Kritik der Politik oder des bürgerlichen Staates die preußische Monarchie zum Gegenstand seiner Kritik gemacht, sondern den modernen Repräsentativstaat, wie ihn die französische Revolution und die englische Entwicklung hervorgebracht hatte. Gerade die Marxschen Frühschriften entwickeln ihre Kritik der Politik nicht etwa an der preußischen Monarchie, sondern wenn schon an deutschen Gegenständen, dann an der Hegelschen Rechtsphilosophie, die theoretisch so auf der Höhe der Zeit war wie der moderne Repräsentativstaat praktisch. Dies vorweg und als Hinaus darauf, daß die Marxsche Kritik der Politik ebensowenig wie seine Kritik der Ökonomie in der Geltung ihrer wesentlichen Erkenntnisse auf das 19. Jahrhundert eingeschränkt werden könnte.

Den modernen Repräsentativstaat in Aktion sah die französische Revolution von 1848, als das Proletariat unbestimmt seine Interessen unter der Losung der sozialen Republik einforderte und im Juni blutig niedergeschlagen wurde:

„Die Niederlage der Juniinsurgenten hatte nun allerdings das Terrain vorbereitet, geebnet, worauf die bürgerliche Republik begründet, aufgeführt werden konnte; aber sie hatte zugleich gezeigt, daß es sich in Europa um andere Fragen handelt als um ‚Republik oder Monarchie'. Sie hatte offenbart, daß *bürgerliche Republik* hier die uneingeschränkte Despotie einer Klasse über andere Klassen bedeute." (18. Brumaire) „Aber Cavaignac, das war nicht die Diktatur des Säbels über die bürgerliche Gesellschaft, das war die Diktatur der Bourgeoisie durch den Säbel ... Das Geld hat keinen Herrn! Diesen alten Wahlspruch des tiers état idealisierte er, wie überhaupt die konstituierende Versammlung, indem sie ihn in die politische Sprache übersetzten: Die Bourgeoisie hat keinen König, die wahre Form ihrer Herrschaft ist die Republik." (Klassenkämpfe in Frankreich)

Diese wahre politische Form der Herrschaft der Bourgeoisie kann zum Hindernis werden bei der Sicherung der Basis dieser Herrschaft in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen. Bonapartismus oder auch Faschismus können dann die Form der Herrschaft, der Diktatur der Bourgeoisie werden. Im Durchschnitt aber gilt:

„Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht –, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgne Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden. Dies hindert nicht, daß dieselbe ökonomische Basis – dieselbe den Hauptbedingungen nach – durch zahllos verschiedne empirische Umstände, Naturbedingungen, Racenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch Analyse dieser empirisch gegebnen Umstände zu begreifen sind." (Kapital Bd. 3, S. 799 f.)

In der kapitalistischen Produktionsweise ist das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst herauswächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt, unter dem Schein des gleichen Tauschs von Arbeit gegen Geld verborgen, weshalb, solange der stumme ökonomische Zwang funktioniert, die Herrschaft der Bourgeoisie nicht nur mit der demokratischen Republik verträglich ist, sondern umgekehrt bloß in dieser politischen Normalform der Herrschaft der Bourgeoisie der ökonomische Zwang wirklich stumm wirken kann. Wie hinter der Lohnform die Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie viel besser verborgen ist als die Ausbeutung bei der Sklaven- oder Fronarbeit, so ist hinter der Normalform des bürgerlichen Staates das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis zwischen Nichtarbeitern und Arbeitern viel besser verborgen als im antiken Sklavenhalterstaat oder im feudalen Ständestaat. Die Diktatur der Bourgeoisie und moderner Repräsentativstaat unter Einschluß des allgemeinen Wahlrechts, also Demokratie, schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich im Durchschnitt gegenseitig in ihrer möglichst reibungslosen Funktion. Freilich enthält die Normalform des bürgerlichen Staates auch Risiken, weshalb hinter der demokratischen Staatsform ganz ebenso Armee und Polizei als letzte Garanten der Herrschaft lauern, wie im kapitalistischen Fabrikregime trotz freien Marktverhältnissen nicht Freiheit und Gleichheit, sondern Despotie herrscht. Diktatur der Bourgeoisie und Demokratie in einen Gegensatz zu bringen, ist nicht sinnvoller, als Markt und kapitalistisches Fabrikregime in einen Gegensatz zu bringen. Auch der freie Arbeitsmarkt kann unter kapitalistischen Verhältnissen partiell und vorübergehend ganz aufgehoben werden. Wenn die Arbeiterklasse dagegen kämpft, wie sie auch gegen die Einschränkung oder Aufhebung demokratischer Rechte kämpft und kämpfen muß, braucht sie sich noch lange keine Illusionen zu machen über den Charakter der Diktatur der Bourgeoisie, die aus den Produktionsverhältnissen entspringt.

Auf Grundlage des Widerspruchs von gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung und des darauf beruhendem Klassenantagonismus kann nichts anderes entspringen als ein illusorisches Allgemeininteresse, das jedoch durch die Tatsache bestätigt scheint und befestigt wird, daß die Allgemeinbedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion einschließlich der Reproduktion der Lohnabhängigen durch den Staat monopolisiert und durch allgemeines Gesetz geregelt werden.

Das ändert nichts daran, daß der Staat nicht ein Allgemeininteresse verkörpert, sondern das Klasseninteresse der Bourgeoisie, deren Herrschaft aus den Produktionsverhältnissen und nicht aus dem allgemeinen Wahlrecht oder sonstigen allgemeinen Gesetzen entspringt, wie sie auch nicht anders beseitigt werden kann als durch Enteignung der Bourgeoisie und Aneignung der gesellschaftlichen Produktionsmittel durch die assoziierten Produzenten. Die Ersetzung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie durch die Herrschaft der Arbeiterklasse bliebe eine Unmöglichkeit, eine Täuschung, wenn sie nicht zur Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten führen würde, die der Herrschaft der Arbeiterklasse erst eine Basis in den Produktionsverhältnissen verschafft. Diese Revolution der Eigentumsverhältnisse, im Sinne der Aneignung der Produktionsmittel durch die assoziierten Produzenten ist aber aus doppeltem Grund nicht ohne Eroberung der politischen Macht möglich: erstens kann sie nur in großem Maßstab vonstatten gehen, wenn sie zu einer Änderung der Produktionsweise führen soll, zweitens kann sie nicht durch irgend jemand anderes als durch die Arbeiterklasse und ihre Machtorgane vollzogen werden. Dies ist auch der Grund, warum die Arbeiterklasse die bestehende Staatsmaschinerie nicht in Besitz und für ihre Zwecke in Gang setzen kann, sondern warum sie die bestehende Staatsmaschinerie zerbrechen muß. Je stärker Selbstverwaltungsorgane der gesellschaftlichen Reproduktion die Grundlage für die Erfüllung der verbliebenen politischen Funktionen bilden, desto leichter kann es zu einem völligen Absterben des Staates kommen, in dem Maße, wie produktive Arbeit aufhört, eine Klasseneigenschaft zu sein. Deshalb bedeutet auch sicherlich die Rätedemokratie als Form der Diktatur des Proletariats einen weiteren Schritt auf dem Weg, den die Pariser Kommune eingeschlagen hat, und ist ihre Entdeckung durch die revolutionäre Arbeiterklasse eine weitere historische Erfahrung, die den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus und das Absterben des Staates konkreter vorstellbar macht, als allein die Erfahrungen der Pariser Kommune. Der Vorteil dieser Entdeckung ist, daß sie eine passendere Form ist, in der die wirklichen Menschen ihr Gesamtinteresse ausbilden und verwirklichen können. Schaut man sich die vor unseren Augen sich entwickelnde Bewegung an, dann kann man erkennen, daß die Arbeiterbewegung wie die kämpfenden Volksbewegungen überhaupt, selbst in nichtrevolutionären Zeiten gerade solche Organe der Selbstorganisation, ausgehend von den Zusammenhängen, in denen die Menschen arbeiten und leben, in wachsendem Umfang und mit wachsendem Bewußtsein ausbilden, wenn auch zunächst notwendig in der kastrierten Form von Beiräten oder in der ungefestigten Form von zahlreichen Initiativen, die nur informellen Charakter haben können. Gäbe es nicht Erfahrungen proletarischer Revolutionen und revolutionärer Situationen, wäre es natürlich kaum möglich, in diesen Formen der Selbstorganisation Keimformen von Machtorganen zu erkennen, zu denen sie sich auf Grundlage ihres Charakters in Verbindung mit den wirklichen Zusammenhängen der gesellschaftlichen Reproduktion umwandeln können. Ohne eine solche Umwandlung ist aber die soziale Revolution, die Selbstbefreiung der Arbeiterklasse konkret nicht denkbar. Gleichzeitig bilden diese Organe der Selbstorganisation einschließlich der Gewerkschaften auch die eigentlichen Machtpositionen, von denen aus die Arbeiterklasse und die Volksmassen selber die Formen der parlamentarischen Demokratie für ihre Interessen im Klassenkampf bis zu einem gewissen Grad nutzen können.

Warum nun überhaupt Kampf um Demokratie? Innerhalb der Klassengesellschaft können Gesamtinteressen der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen keine andere als politische Form annehmen, wie auch die soziale Revolution des Proletariats, d.h. die Umgestaltung der Gesellschaft, ausge-

hend von den Bedürfnissen und Interessen der arbeitenden Mehrheit durch diese Mehrheit, die Eroberung der politischen Macht, die politische Revolution voraussetzt. Diese politische Form aber kann von seiten der Arbeiterklasse und der Volksmassen nur die Demokratie sein. Es ist dies in Wahrheit ja ein ziemlich trivialer Gedanke, der aber aufgrund der Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung mit der „reinen" Demokratie in den revolutionären Jahren nach dem I. Weltkrieg verschüttet wurde, so daß sich in der III. Internationale wie schon bei manchen Bolschewiki und anderen Revolutionären während des I. Weltkrieges der Gedanke durchsetzte, daß unterhalb der Eroberung der ganzen politischen Macht nichts mehr ginge, wie umgekehrt die jungen Revolutionäre in den 60er Jahren und frühen 70er Jahren die Nase voll davon hatten, was unter Kampf um Demokratie und Demokratisierung von seiten der Sozialdemokratie wie auch von seiten der DKP so alles lief. Deshalb war es auch nicht so einfach, diesen relativ trivialen Gedanken wieder auszugraben und auszusprechen im Rahmen einer Strategie der proletarischen Revolution. Welche Fehler wir dabei gemacht haben, versucht der Resolutionsantrag des ZK zu klären, wobei ja inzwischen wieder erkennbar wird, daß auch die Kämpfe der „neuen sozialen Bewegungen", sobald sie mehr artikulieren als die *Ablehnung* von Waldabholzen und Waffen, zu politischen Formen und Forderungen übergehen, die notwendig demokratisch sind, und Positionen der Volksmacht einfordern gegenüber dem Staat der herrschenden Klasse. Als unsere Besonderheit können wir die Sache also gerne zu den Akten legen, aber nicht den Gedanken selber.

Noch einmal zurück zur Parteikonzeption. Es mag so aussehen, als wollten wir jetzt den Gedanken an politische Parteiorganisationen der Arbeiter und der in Bewegung kommenden Volksmassen überhaupt aufgeben. Das ist nicht der Fall. Nur macht man sich das, um was es eigentlich geht, angesichts der Unfähigkeit der parlamentarischen Parteien, Bedürfnisse und Interessen der kämpfenden Bewegung aufzunehmen und zu verwirklichen, deshalb der Skepsis der kämpfenden Bewegung gegenüber Parteien, und angesichts der erwiesenen Unmöglichkeit, *eine* politische *Partei* der Arbeiterklasse aufzubauen, besser als Aufgabe klar, Fronten aufzubauen, zu organisieren und miteinander zu verbinden, die als Organisationen der kämpfenden Bewegung und basierend auf den elementaren Organen der Selbstorganisation der Massen auch in parlamentarischen Wahlen und den Parlamenten artikulationsfähig sind. Eine solche Frontbildung ist nur auf Basis von Aktionsprogrammen möglich, nicht im Sinne einer kommunistischen Partei, die als gemeinsame Grundlage auch den dialektischen Materialismus hat und von vornherein die klassenlose Gesellschaft als Ziel der Gesamtbewegung anstrebt.

Mit dieser Konzeption der Frontbildung ist auch die Pluralität des Denkens, der Meinungen und der Auffassungen von vornherein prinzipiell anerkannt, wie denn die Eckpfeiler dieser Konzeption des Herankommens an die proletarische Revolution weder Staat noch Partei, sondern die Selbstorganisation der Arbeiterbewegung in ihren Klassenorganen wie der kämpfenden Bewegung überhaupt in ihren eigenen Organisationen ist. Dieser Prozeß der Selbstorganisation ist im wesentlichen ein politischer, d.h. praktisch-theoretischer Prozeß, in dem die Aufgaben der Kommunisten nicht geringer sind, als wir sie uns bisher vorgestellt haben, sondern anders und einer politischen Minderheit auch angemessener, die dennoch durch die Bewegung selber vor Aufgaben der Führung gestellt wird. Oder machen wir vielleicht nicht die Erfahrung, daß man von den Kommunisten etwas mehr erwartet, als dabeizusein?

Einige Sätze zur Linksregierung. Warum dieser Begriff? Er soll den Unterschied erfassen zu anderen Konzeptionen solcher Durchsgangsformen in anderen Situationen. Weder geht es klassenmäßig einfach wie früher um eine Arbeiterregierung der beiden großen Arbeiterparteien, noch geht es um eine antifaschistische Volksfrontregierung unter Einschluß aller nicht faschistischen Parteien oder um einen neuen historischen Kompromiß solcher Parteien. Vielmehr geht es bei uns darum, wie die in vielfältigen Formen vor sich gehende Linksentwicklung der Arbeiterbewegung und der Massen (daß sie widersprüchlich ist, brauche ich hier nicht zu betonen) unter Umständen auch von ober her den Staat in die Zange nehmen kann. Das wird nur über eine linke Frontbildung gehen, die neben eigener Organisation auch eine Umgruppierung der von den bürgerlichen Parteien kontrollierten Kräfte voraussetzt, was die SPD anbelangt, sicherlich eine Umgruppierung dieser Kräfte noch innerhalb dieser Partei selber. Sich darüber Gedanken zu machen ist allein schon deshalb notwendig, weil einem sonst alle parlamentarischen Blütenträume in jeder Hinsicht nach hinten losgehen und im besten Fall zu einer instabilen Rechtsregierung führen werden, die leicht um so gefährlicher um sich hauen wird, wie man zum Beispiel in Westberlin sehen kann. Es geht also nicht darum, daß wir jetzt mal eine Linksregierung anstreben, nachdem wir schon manches andere versucht haben, sondern es geht darum, angesichts des Versuches großer Teile der Bewegung, das Parlament zu nutzen, die Frage der Mehrheitsbildung so aufzuwerfen, daß die Arbeiterbewegung und die kämpfende Bewegung insgesamt vielleicht tatsächlich von oben her etwas zusätzlichen Bewegungsraum schaffen können. Außerdem ist doch klar, daß etwa die Diskussion von Fragen eines alternativen Wirtschaftsprogramms bloße Spielerei oder Gutachterarbeit ist, wenn man sich nicht über die Hebel Gedanken macht, mit deren Hilfe sowas durch die Bewegung auch von oben her in Gang gebracht werden könnte. Aber wahrscheinlich ist es sinnvoll, die betreffenden Passage aus dem Antrag herauszunehmen, damit sie niemand auf falsche Weise in den falschen Hals bekommt.

Umstritten ist auch die Konzeption des Imperialismus und der Epoche des Imperialismus, wie sie in dem Resolutionsantrag skizziert ist, wahrscheinlich von mehreren Seiten her. Die Formulierung in der Resolution geht davon aus, daß der Imperialismus ein Stadium der Rivalität unter Großmächten ist, deren ökonomische Basis unterschiedlich sein kann, ihren ökonomischen Kern aber allemal in der Ausbildung des Monopols hat. Sie erfaßt die Verschiebungen, die welthistorisch eingetreten sind seit Beginn der Epoche des Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts. Die Formulierung ist kritisch gegenüber dem „marxistisch-leninistischen" Imperialismusbegriff, versucht jedoch die Leninsche Begriffsbildung zu nutzen, um mit ihrer Hilfe die Weiterentwicklung des Imperialismus seit dem I. Weltkrieg zu erfassen. Sicherlich kommt dabei heraus, daß im Sinne dieser Begriffsbildung jetzt hauptsächlich wegen der Existenz der beiden Supermächte von einem Fortbestehen der Epoche des Imperialismus gesprochen werden muß. Ökonomische Expansion über nationale Grenzen hinaus ist dagegen so alt wie der Kapitalismus, der von vornherein die Tendenz zur Ausbildung eines Weltmarktes und einer kapitalistischen Weltproduktion mit weltweiter Arbeitsteilung befördert.

In diesem Referat habe ich skizzenhaft und zu einigen kontroversen Punkten in der vorgeschlagenen Resolution Stellung genommen. Es gibt zahlreiche Streichungsanträge und Änderungsanträge. Über diese wird man sich vernünftigerweise an den einzelnen Punkten auseinandersetzen und verständigen können. Die Genossen, die generell gegen die Behandlung und Verabschiedung einer solchen Resolution sind, sollten sich an der Debatte der einzelnen Punkte beteiligen, weil erst hier sich erweisen kann, ob sie wirklich recht haben. Am Ende wird jeder Delegierte prüfen müssen, ob die Fassung, die Ergebnis der Beratung dieser Delegiertenkonferenz ist, insgesamt doch als Arbeitsgrundlage gebilligt werden kann oder insgesamt abgelehnt werden muß. Der Zweck der Resolution ist nicht ein neues Programm darzustellen, sondern Ergebnisse unserer bisherigen Diskussion festzuhalten, um diese aufgrund der Erfahrung der Praxis der Arbeiterbewegung und unserer eigenen Tätigkeit fortzusetzen.

Referat von Bernhard Peters, gehalten auf der 6. ordentl. Delegiertenkonferenz des KBW

Ich will zunächst begründen, warum ich der Resolution zu Programm und Geschichte des KBW in der vorliegenden Fassung nicht zustimme und damit gleichzeitig die Intention des Änderungsantrags erläutern, den ich zusammen mit anderen Genossen des ZK vorgelegt habe.

Ich kann selbstverständlich nicht auf alle Punkte eingehen, in denen Differenz besteht, oder die ich für theoretisch ungesichert halte (die Analyse des Imperialismus z.B.) und auch nicht alle von uns eingebrachten Änderungsvorschläge begründen.

Ich will mich hier auf drei Hauptpunkte konzentrieren:

1. Der Resolutionsentwurf umgeht an wichtigen Punkten eine offene Kritik unserer bisherigen politischen Anschauungen und Theorieelemente.
2. In seinen positiven Schlußfolgerungen „über die programmatischen Positionen, die der KBW jetzt für richtig hält und vertritt", werden in Gestalt prinzipieller Feststellungen einige alte falsche Schablonen der Darstellung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft fortgeschleppt, die die Analyse und Strategiebildung in die gleichen Sackgassen führen müssen, in denen sie auch in der Vergangenheit gelandet sind.
3. Darauf aufbauend werden Feststellungen über den „Kampf um Demokratie", das Verhältnis von sozialer und politischer Revolution und die „Diktatur des Proletariats" getroffen, die ebenfalls die Entwicklung einer revolutionären Strategie unmöglich machen und überdies anderen Ausführungen dieser Resolution widersprechen.

Es ist sicher nicht Aufgabe dieser Delegiertenkonferenz, eine umfassende Würdigung unserer bisherigen Geschichte, eine Abwägung beispielsweise der positiven und negativen Resultate unserer Tätigkeit vorzunehmen. Sie wird auch keine hinreichende *historische* Erklärung dieser Geschichte erarbeiten können, etwa in Überprüfung der jetzt von Genosse Schmierer vorgetragenen Thesen. Für eine solche historische Betrachtung und Würdigung ist es wohl auch einfach noch zu früh; der Abstand zu unserer eigenen Vergangenheit ist noch zu gering, und auch der Diskussionsprozeß ist noch nicht sehr entwickelt. Es ist auch fraglich, ob eine *solche* Würdigung Gegenstand eines Beschlusses einer Delegiertenkonferenz sein kann.

Was aber notwendig ist, das ist eine offene und radikale Selbstkritik, eine gründliche Überprüfung unserer bisherigen Anschauungen, unserer politischen Programmatik, unserer theoretischen Positionen und unserer organisatorischen Praxis; es ist ganz unnötig, diese Selbstkritik sachlich unter Gesichtspunkten abzuschwächen wie dem, daß unsere Tätigkeit ihre positiven Seiten und ihre positiven Ergebnisse hatte (wovon ich überzeugt bin) oder daß wir alle die besten Absichten hatten.

Auch diese Selbstkritik wird auf dieser Delegiertenkonferenz nicht abgeschlossen werden können. Sie ist ohnehin nicht zu trennen von der Erarbeitung neuer Positionen, die den Maßstab der Kritik bilden müssen. Aber diese Selbstkritik muß wenigstens eröffnet werden.

Sie muß nicht nur Selbstklärung, sondern auch ein Stück Rechenschaftslegung nach außen sein.

Im Verlauf unserer bisherigen Debatte über den Resolutionsentwurf ist, im Versuch, die aufgetretenen Widersprüche zu schlichten, vertreten worden, die Abschnitte zu Programm und Geschichte des KBW enthielten zumindest einen wichtigen Beitrag für eine Selbstklärung und schlössen weitergehende Kritiken und Untersuchungen *nicht aus*. Die dort im Zentrum der Erklärung stehende Kritik der „Parteikonzeption" sei eine eigenständige Kritik an einem „eigenständigen Fehler", der allerdings *alle* unsere Auffassungen durchgehend geprägt habe.

Nun teile ich die *Ablehnung* dieser Konzeption der *einen, kommunistischen* „Partei der Arbeiterklasse", der die anderen Organisationen der Arbeiterklasse untergeordnet sind, und halte die Kritik dieser Auffassung für wichtig. Allerdings sind die bis jetzt vorgebrachten Kritiken allzu unhistorisch und könnten deshalb leicht zu falschen Verallgemeinerungen führen. Tatsächlich liegt *dieser* Konzeption der Partei eine Leugnung der „geschichtlichen Selbsttätigkeit des Proletariats" zugrunde; aber die emphatische Hervorhebung, daß die „Bourgeoisie vor allem ihre eigenen Totengräber produziert" und die Arbeiterklasse sich nur selbst befreien kann, sagt noch gar nichts über die Formen, in denen die Arbeiterklasse sich organisiert, in denen sie tätig und zum Subjekt der Geschichte wird, sagt noch nichts über die jeweilige Aufgabe und Funktion von Gewerkschaften, Räten *und* politischen Parteien. Von Bedeutung ist sicher (und in der Geschichte der kommunistischen Bewegung nicht einfach selbstverständlich), daß Räte und *unabhängige* Gewerkschaften notwendige Formen der Selbstorganisation der Arbeiterklasse sind. Daß demgegenüber politische Parteien stets und prinzipiell eine *untergeordnete* Funktion haben, kann wiederum nicht *prinzipiell* behauptet werden, sondern muß im Rahmen konkreter historischer Entwicklungen untersucht werden. So waren Marx und Engels nach der Auflösung der I. Internationale zweifellos von der Notwendigkeit der Entwicklung „nationaler Arbeiterparteien" überzeugt und waren bestrebt, diese Entwicklung zu fördern. So gibt es heute die Tatsache, daß in einigen Ländern (ich nenne Italien, Spanien und – mit gewissen Vorbehalten – Frankreich) kommunistische (teilweise auch sozialistische) Massenparteien existieren, die mit der von uns kritisierten „Parteikonzeption" schon länger ausdrücklich gebrochen haben (hier sind sicher Abstriche in bezug auf die PCF zu machen), und deren positive oder negative Funktion für den „Parteibildungsprozeß der Arbeiterklasse" allererst untersucht werden muß. Mag sein (viel spricht jedenfalls dafür), daß der Aufbau einer Partei solchen Typs für uns in der BRD gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung steht; zweifellos ist die Entwicklung der Gewerkschaften und Betriebsräte von ausschlaggebender Bedeutung, und vieles spricht dafür, daß andere Formen der politischen Organisation daneben gegenwärtig angemessener sind als die traditionelle Parteiform. Allerdings entwickeln sich auch *neue* Parteiformen (z.B. die AL in Westberlin). Ob der Aufbau einer linken Massenpartei „neuen Typs" sinnvoll ist, auch das kann allenfalls konkret und für den Moment, und nicht ein für allemal entschieden werden.

Wenn ich hier vor einer unhistorischen Kritik der „Parteikonzeption" warne, dann nicht nur, um falschen Verallgemeinerungen vorzubeugen, sondern auch deswegen, weil diese *unhistorische* Kritik auf die Darstellung unserer eigenen Geschichte kräftig abgefärbt hat.

Die Parteikonzeption, die hier abgelehnt wird, ist ja auch eine ganz bestimmte: es ist die Konzeption der Kommunistischen Partei, die die III. Internationale unter maßgeblichem Einfluß Lenins geradezu zu einer der Grundlagen ihrer eigenen Existenz gemacht hat. Sicher stand sie dabei unter dem Einfluß von Vorstellungen, die schon in der II. Internationale herangewachsen waren; aber dies ist als historische Erklärung unzureichend. Die „Parteikonzeption" der III. Internationale war nämlich durchaus nur *ein* Bestandteil einer strategischen Konzeption, die ich hier nur in Stichworten andeuten kann: diese Konzeption ging aus von der „Aktualität der Re-

volution" in einem sehr unmittelbaren Sinn, von einer „Epoche von Bürgerkriegen" oder jedenfalls von dem Herannahen von Bürgerkriegssituationen; die Parteien der III. Internationale waren vom Ursprung her Parteien des Bürgerkriegs, von Lenin ausdrücklich verglichen mit den modernen Armeen; sie waren außerdem in seinem Verständnis Kampfinstrumente gegen das Eindringen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, Instrumente des Kampfes gegen den „Verrat der Sozialdemokratie". Unter diesen Gesichtspunkten ergab sich die Notwendigkeit von strengster Zentralisation und Disziplin, auch übrigens die Notwendigkeit strengster *ideologischer* Disziplin (resultierend etwa in der Forderung nach strikter Kontrolle der Parteipresse durch die Parteizentrale, was den Vorstellungen von Marx und Engels direkt widerspricht).

In der vorliegenden Resolution nun kommt die Darstellung unserer eigenen politischen Entwicklung so heraus, als hätten wir verschiedene traditionelle Positionen der kommunistischen Bewegung, speziell der III. Internationale, einer überwiegend richtigen Kritik unterzogen und daraus richtige Ansätze einer strategischen Konzeption entwickelt, aber – dabei dem Zug der damaligen Zeit folgend – die „Parteikonzeption" nicht hinterfragt; es scheint so, als hätte diese falsche Konzeption sich dann als theoretisches Verhängnis erwiesen, sich wie Schimmel über diese richtigen Ansätze gebreitet und diese verkommen lassen. Es wird durchaus ein Kausalzusammenhang, ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Übernahme dieser „Parteikonzeption" und einer Reihe anderer schwerwiegender Fehler nahegelegt in verschiedenen Formulierungen.

Der Streit, ob dem so war oder nicht, wäre vielleicht tatsächlich müßig, wenn nicht diese Form der Kritik dazu führen würde, die Kritik an anderen falschen Bestandteilen unserer Konzeption abzuschwächen oder ganz verschwinden zu lassen.

Es war nun einmal so, daß diese Parteikonzeption in unserem politischen Selbstverständnis *Teil* einer bestimmten Vorstellung über die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, die Entwicklung des Klassenkampfes und der Revolution war, die wir uns aus theoretischen Versatzstücken aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zusammengebastelt und – teilweise in Anlehnung an die KP Chinas, z.B. die Polemik über die Generallinie und bestimmte Thesen der Kulturrevolution und in der problematischen Anwendung von Kategorien der Analyse des „Kapitals im allgemeinen" – oberflächlich modernisiert haben.

Ich habe dafür an anderer Stelle schon einige Nachweise zu geben versucht und muß mich hier wiederum auf Stichworte beschränken: Vorstellung einer raschen und linearen Verschärfung von ökonomischen und sozialen Widersprüchen, Vorstellung eines mechanischen Zusammenhangs zwischen Verschärfung der objektiven ökonomischen Widersprüche und politischer Entwicklung: „Reaktion auf der ganzen Linie", „Imperialismus als Militärzuchthaus für die Arbeiter" auf der einen Seite, Linksentwicklung, Anschwellen der Empörung usw. auf der anderen; Nebeneinander von Ökonomismus und abstraktem Politizismus, Vernachlässigung der ganzen Vielfalt gesellschaftlicher Widersprüche und sozialer Interessen und der sich daraus ergebenden Kämpfe; Theorien der absoluten Verelendung im Sinne der Reallohnsenkung; ein spezifischer Militarismus – wohl im Hinblick auf die Aktualität der Revolution als bewaffneter Aufstand; Verratstheorien über die Sozialdemokratie; Theorien, daß der Staat und die Parteien willfähriges Instrument in den Händen eines Subjekts namens „Finanzkapital" seien; die Theorie, der Staat in allen seinen Funktionen sei ein reines Unterdrückungsinstrument u.a.m.

Es müssen also die festgestellten (und auch von mir nicht geleugneten) positiven politischen Ansätze, die es damals gab, im Gesamtrahmen unserer falschen politischen Vorstellungen gesehen werden, und dieser muß noch wesentlich kritischer betrachtet werden, als das in der Resolution der Fall ist. Ich will das an einem Beispiel klarmachen, das ja nicht zufällig im Mittelpunkt der Diskussion steht: der Konzeption des „Kampfes um Demokratie". In der Resolution wird nicht nur positiv gewürdigt, daß die revolutionäre Bedeutung des Kampfs um Demokratie von uns positiv hervorgehoben worden sei; unsere Konzeption des Kampfs um Demokratie wird auch zu einem „Ansatz einer strategischen Konzeption" erklärt, der uns positiv gegenüber anderen Organisationen auszeichnete, und der übrigens ja auch heute einer der entscheidenden positiven Abgrenzungspunkte gegenüber anderen, tatsächlichen oder behaupteten Positionen, etwa der der Diskussionsplattform der „Modernen Zeiten", sein soll. Tatsächlich war die prinzipielle Hervorhebung der Bedeutung des Kampfes um Demokratie richtig – gegenüber bestimmten Traditionen der III. Internationale jedenfalls vor dem VII. Weltkongreß, auch gegenüber den ML-Parteien (kaum übrigens gegenüber großen Teilen der übrigen Linken, in Westdeutschland und anderswo). Aber aus diesem allgemein richtigen Prinzip folgte eben keine richtige Konzeption, noch nicht einmal der Ansatz einer richtigen Konzeption. Was hilfts denn, sich die Feststellung über die revolutionäre Bedeutung des Kampfes um Demokratie als Verdienst anzuheften, wenn man einen gänzlich falschen Begriff des Kampfes um Demokratie und eine falsche Konzeption entwickelt hat?

Und diese Konzeption *war* falsch. Das wird in der Resolution auch gar nicht ausdrücklich bestritten. Als Fehler werden dort genannt: „Es wird einseitig auf die demokratischen Forderungen abgehoben ... Es wird nicht herausgearbeitet, daß Demokratie als Volksherrschaft durch die sozialen Interessen der ausgebeuteten und unterdrückten Mehrheit der Bevölkerung von vornherein auch inhaltlich geprägt ist, mit dem Kampf für Sozialismus in Verbindung steht. Wesentliche Seiten des Kampfes um Demokratie, wie sie mit der Forderung nach demokratischer Kommunalverfassung, dem Zerbrechen des bürokratisch-zentralistischen Staatsapparats verbunden sind, werden nicht erhoben, ebensowenig wie Forderungen nach Nationalisierung der Banken, des Grund und Bodens und der Schlüsselindustrien, durch deren Verwirklichung bei entsprechender Machtentfaltung des Proletariats bereits vor der Revolution dem Kapatialismus fremde Prinzipien in Produktion und Einsatz der Produktionsmittel partiell aufgezwungen werden können." Sosehr ich mit diesen Feststellungen einverstanden bin (wenn ich sie auch teilweise – etwa im Hinblick auf die Charakterisierung des Verhältnisses von sozialen Interessen und politischem Kampf – noch für unzulänglich halte) – so sehr kritisiere ich, daß hier eine Korrektur *unter der Hand* vorgenommen wird – eben nicht in offener Kritik ausdrücklich falscher Auffassungen unserer Vergangenheit. Hier wird die Selbstkritik schlicht unredlich, und dadurch werden auch die positiven Korrekturen entwertet.

Wie war denn das: haben wir die „Forderungen nach Nationalisierung der Banken, des Grund und Bodens und der Schlüsselindustrien" usw. schlicht *vergessen*, oder haben wir sie nicht vielmehr mit bestimmten Gründen als revisionistisches Teufelszeug weit von uns gewiesen?

Es wird die „programmatische Stoffarmut" des Programms (und im weiteren unserer ganzen Theorie) neben der „Parteikonzeption" als Erklärung für diese Fehler angeführt. Auch mit der Kritik der „Stoffarmut" der Theorie bin ich sehr einverstanden, würde sie auch noch schärfer und weitergehend kritisieren, als Genosse Schmierer das jetzt getan hat (wobei mir unklar ist, was mit „Analyse des Stoffwechsels mit der Natur und in der Gesellschaft" alles gemeint ist). Ich will auch nur am Rande darauf hinweisen, daß die Kritik dieser „Stoffarmut" ein wichtiges Thema der seit einigen Jahren geführten und von uns leicht verketzerten Diskussion über die „Krise des Marxismus" ist. Aber war es denn wirklich nur „Stoffarmut"? Und war diese „Stoffarmut" auch wieder nur so eine von der kommunistischen Bewegung übernommene Bürde? Oder haben wir uns nicht mit voller Absicht und mit lauthals erklärtem Widerwillen von der Analyse einer Reihe

von gesellschaftlichen „Nebenwidersprüchen" und vor allem aber von den Versuchen, *positive gesellschaftliche Lösungen dieser Widersprüche* zu entwickeln und durchzukämpfen, abgewandt – eben mit dem Hinweis, wir wollten uns nicht „den Kopf der Kapitalisten zerbrechen"? Und haben wir nicht diese Haltung ausdrücklich theoretisch und konzeptionell begründet? Die Hartnäckigkeit, mit der diese offensichtliche Tatsache immer und immer wieder umschifft wird, muß doch wirklich Erstaunen hervorrufen. Die Kritik ist doch weiß Gott nicht neu! Schon vor bald zwei Jahren haben die „Hefte für Demokratie und Sozialismus" geschrieben: „Das KBW-Programm vertritt den Standpunkt, daß vor Eroberung der politischen Macht die Arbeiterklasse keinerlei Eingriff in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß anstreben kann noch sollte, ausgenommen Schutzbestimmungen für den Verkauf oder bei der Verausgabung der Arbeitskraft."

Wenige Zitate genügen, um zu belegen, daß das zumindest dem vorherrschenden Verständnis unseres Programms genau entspricht:

Ich zitiere aus einem Aufsatz des Genossen Schmierer aus dem Jahre 1974: „Das Programm der Kommunisten muß die Praxis leiten": „Das Etappenziel in Westdeutschland ist nicht der Aufbau des Sozialismus", heißt es dort (Kommunismus und Klassenkampf 2/1974, S. 102), „sondern die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Die Enteignung der Banken und Trusts werden die ersten Schritte sein in einer neuen Etappe der proletarischen Revolution: in der Etappe des Aufbaus des Sozialismus. Wollten wir die Forderung nach Enteignung der Banken und Trusts schon jetzt erheben, dann würden wir nicht zur Klarheit über das Verhältnis von Ökonomie und Politik beitragen, sondern zur weiteren Verwirrung und würden Wasser auf die Mühlen der Reformisten und Revisionisten lenken." (...)

In der vorliegenden Resolution finden sich zahlreiche Formulierungen, die dieser Auffassung diametral entgegengesetzt sind, ohne daß diese falsche Auffassung irgendwo ausdrücklich benannt und kritisiert würde, die auch nicht die Auffassung eines einzelnen Autors, sondern der ganzen Organisation war. (...)

Ganz unabhängig von möglicherweise bestehenden oder sich entwickelnden unterschiedlichen politischen und strategischen Vorstellungen sind dies offenbar Mängel und Widersprüche der Selbstkritik, die so nicht stehen bleiben können.

In den positiven Schlußfolgerungen der Resolution, hatte ich anfangs gesagt, werden in prinzipieller Form einige alte, falsche Schablonen der Darstellung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft wieder aufgestellt, die theoretisch und politisch in Sackgassen führen müssen.

Ich beziehe mich dabei auf die Verwendung des Begriffs der „Diktatur der Bourgeoisie" in der Resolution; ich beziehe mich auf die Darstellung im Punkt 13 des Resolutionsentwurfs, in dem es heißt: „Auf Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln verkörpert sich die Herrschaft der Bourgeoisie im bürgerlichen Staatsapparat ... Unvermeidlich verstärkt sich bei wachsendem Klassenantagonismus der Unterdrückungscharakter des Staatsapparates. Alle vorherigen Revolutionen haben den Widerspruch zwischen den produzierenden Klassen und den aneignenden Klassen nur verschärft und neue ausbeutende Klassen an die Herrschaft gebracht. Dementsprechend haben sie den überkommenen Staatsapparat stets nur vervollkommnet, ihren Herrschaftsinteressen angepaßt und weiterentwickelt. In der proletarischen Revolution kann das aufständische Volk die existierende Staatsmaschinerie nicht übernehmen, sondern muß sie zerbrechen, um an ihre Stelle eigene, neue Machtorgane zu setzen nach dem Vorgang der Pariser Kommune." Ich beziehe mich am Rande natürlich auch auf die Diskussion über die Formel „Diktatur des Proletariats als Übergangsperiode zum Kommunismus".

Gegen die vorliegende Verwendung des Begriffs „Diktatur der Bourgeoisie" wie auch gegen die zitierten Formulierungen über den bürgerlichen Staat haben wir in der Diskussion den Einwand vorgebracht, daß sie die gegenüber allen vorangegangenen Klassengesellschaften *besondere* Natur der Herrschaft der Bourgeoisie, die widersprüchliche Form dieser Herrschaft und die historische Entwicklung dieser Widersprüche bis heute nicht erfassen, sondern verdunkeln. Auch hier muß ich mich auf einige sehr knappe Argumente beschränken. In der Resolution wird darauf hingewiesen, daß wir den *revolutionären Charakter* der kapitalistischen Produktionsweise nie richtig erfaßt haben. Ich denke, daß diese Kritik selbst noch in gewisser Weise beschränkt ist, weil objektivistisch: die dort angedeuteten revolutionären Entwicklungen (Punkt 10 und 11) beziehen sich vor allem auf objektive ökonomische und gesellschaftliche Prozesse und im übrigen noch auf die Entwicklung von Gewerkschaften und anderen Vertretungsorganen. Es ist aber so, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht nur ökonomisch, sondern auch in ihrer politischen Verfassung historische Fortschritte hervorgebracht hat, und zwar nicht einfach nur als Resultat des Wirkens objektiv-ökonomischer Prozesse, sondern auch als historische Resultate der Kämpfe der Massen, zunächst gegen den Feudalismus und dann im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft.

Es ist schlicht verfehlt, eine Tendenz wachsender politisch-staatlicher Unterdrückung und des Unterdrückungscharakters des Staates so allgemein zu behaupten. Es ist zunächst festzuhalten, daß sich die Herrschaft der Bourgeoisie nicht einfach im bürgerlichen Staat *verkörpert*, sondern in der Verfügung über die Produktionsmittel. Während in den vorkapitalistischen Gesellschaften die politische Macht und die ökonomische Macht bei ein und denselben Personen vereinigt sind, bildet sich erst in der kapitalistischen Gesellschaft eine besondere Sphäre der Politik heraus, wird die Verwaltung der Macht eben *nicht* von den Bourgeois oder einem Teil der Bourgeoisklasse, etwa dem „Finanzkapital", *direkt* wahrgenommen, sondern von einer spezifisch ausgebildeten Schicht von Funktionären, im Rahmen von besonderen und historisch sehr neuartigen Institutionen – heute, aufgrund bestimmter historischer Kämpfe und Entwicklungen, vorwiegend in Gestalt des Verfassungsstaats, in Gestalt der parlamentarischen Republik mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht. Genosse Schmierer stellt in einem Artikel (KVZ 45) eine Reihe von polemischen Fragen: „Wer besitzt in Westdeutschland das Monopol der Gewalt? Ist es nicht der Staat ...? Hat der Staat nicht auch die Apparate, um dieses Gewaltmonopol zu sichern? Woraus entspringt aber nun dieser Staat? Aus dem allgemeinen Stimmrecht oder aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ...?" Diese Fragen sind im großen und ganzen mit Ja zu beantworten (mit kleineren Einschränkungen, was z.B. die Frage des staatlichen Gewaltmonopols angeht). Trotzdem gehen sie am Problem durchaus vorbei, beispielsweise daran, daß regelmäßig in den verschiedensten parlamentarischen Wahlen die riesige Mehrheit nicht nur der Wähler, sondern der ganzen wahlberechtigten Bevölkerung ihre Zustimmung zu dieser Ordnung der Dinge erklärt, indem sie für eine der staatstragenden Parteien stimmt. Und das ist nur die eine Seite: das parlamentarische System mit allgemeinem Wahlrecht bedeutet umgekehrt die Notwendigkeit, daß sich die herrschende Politik regelmäßig vor den Massen legitimiert, in welchen Formen immer, und daß sie auf die regelmäßige und aktive Anerkennung der Massen angewiesen ist, wenn auch bloß in der Form der Akklamation im Wahlakt. Das schafft äußerst zwiespältige Verhältnisse; das schafft auch die Notwendigkeit, den Massen Zugeständnisse zu machen, Klassenkompromisse auszuhandeln. Dieses System beinhaltet durchaus erhebliche historische Errungenschaften, die gewürdigt und verteidigt werden müssen, auch wenn sie als unzulänglich kritisiert werden. Sicher entspringt der Staat nicht aus Verfassung, Wahlen und Gesetzen – aber daß seine Tätigkeit auf Verfassung und Gesetzen beruht, die zumindest dem Anspruch nach Ausfluß des Volkswillens sind und – trotz aller Einschränkungen – auch in der Praxis ein gewisses Maß an Sicherheit gegen Willkür der Herrschenden und von Teilhabe

an der Politik gewährleisten, das in der Geschichte der Klassengesellschaften im großen und ganzen ohne Beispiel ist – das sind insgesamt historische Fortschritte, die im übrigen stets hart umkämpft waren, und die im Kampf für den Sozialismus *positiv* aufgehoben werden müssen. Sicher – die politische und rechtliche Gleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft ist entwertet durch die gesellschaftliche Ungleichheit, und die Beseitigung der gesellschaftlichen Ungleichheit schafft die Voraussetzungen für das allmähliche Verschwinden der „rechtlichen Gleichheit“; aber auch im Sozialismus ist das gleiche Recht – soviel sollten die Erfahrungen der Kulturrevolution doch gezeigt haben – nicht nur ein „Muttermal der alten Gesellschaft“, sondern auch noch lange Zeit ein positives, zum Schutze des Individuums notwendiges Merkmal der politischen Ordnung.

Es wird behauptet, solche Feststellungen liefen auf „Beschönigung der bürgerlichen Demokratie“ und in der Konsequenz auf den „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ hinaus. Was diese angebliche Beschönigung angeht, so verhält sich das ganz umgekehrt: Wer glaubt, mit ein paar Katechismus-Sätzen über die Diktatur der Bourgeoisie und den wachsenden Unterdrückungscharakter des Staats eine revolutionäre Haltung zu diesem Staat garantieren und Grundlagen für eine revolutionäre Politik gegenüber diesem Staat schaffen zu können – *der* kommt in Wirklichkeit zu einer Verharmlosung und Beschönigung der Verhältnisse. Er kann sich dann nämlich die Mühe sparen zu untersuchen, wie zum Beispiel die Zustimmung der Massen zu dieser politischen und gesellschaftlichen Ordnung hervorgebracht und reproduziert wird. Er wird diese Tatsache mit ein paar kruden Erklärungen über den Waren- und Lohnfetisch oder den manipulativen Charakter des parlamentarischen Systems erledigen können, wie wir das auch immer getan haben, und ansonsten – wie wir das auch immer getan haben – auf dem Gewaltcharakter des bürgerlichen Staates herumreiten. Er kann sich sparen, den verzweigten sozialen und kulturellen Wurzeln der Herrschaft der Bourgeoisie nachzugehen, und auch den Mechanismen und Techniken der Manipulation und Kontrolle, mit denen demokratische Rechte ausgehöhlt und stumpf gemacht werden, und mit denen die herrschende Klasse sich immer noch ein zur Sicherung ihrer Herrschaft ausreichendes Maß von Passivität und Folgebereitschaft der Massen sichert.

Wer so denkt, der wird auf der anderen Seite allzuleicht übersehen, wo die Risse und Bruchstellen in diesem System liegen, auf welche Weise diese Stabilität sich aufzulösen beginnt. Beweise? Als gäbe es nicht die ganze Armut unserer politischen Theorie und Publizistik, als gäbe es nicht all die wilden Thesen über das parlamentarische System und dürftige Erklärungen von Wahlergebnissen; als gäbe es nicht die lange Kette der Fehleinschätzungen insbesondere der SPD-Politik des letzten Jahrzehnts!

Man braucht sich im übrigen über die hier sowieso bloß angedeuteten Widersprüche der bürgerlichen Herrschaft noch gar nicht zu einigen; man sollte dann aber auch nicht auf prinzipiellen Formulierungen beharren, die kaum einen Erkenntniswert haben, sondern bloß eine revolutionäre *Haltung* symbolisieren, nämlich die „schroffe Ablehnung“ der bürgerlichen Herrschaft und des bürgerlichen Staates; man sollte Begriffe nicht als Talisman gegen den Opportunismus verwenden – daß solche schroffen Ausdrucksweisen eben keine revolutionäre Politik garantieren, sollte uns die eigene Geschichte inzwischen auch gelehrt haben. Die „Diktatur der Bourgeoisie“ ist ein solcher Talisman, ein Begriff, der mehr verhüllt als klärt. Sicher kann man sagen, Diktatur ist Herrschaft und Herrschaft ist Diktatur, also nennen wir die Herrschaft der Bourgeoisie auch Diktatur. Nur versperrt das gerade in den theoretischen Traditionen, in denen wir uns bewegen, den Blick dafür, daß die Bourgeoisie zwar herrscht, aber vor allem sozial herrscht, politisch aber indirekt, und daß sie *nicht* uneingeschränkt herrscht, sondern in ihrer Herrschaft in besonderer und historisch neuartiger Weise beschränkt ist – nämlich zum Beispiel durch *Gesetze*. (Das gilt selbst für ihre soziale Herrschaft; Karl Korsch nannte das „industriellen Konstitutionalismus“, nämlich die Verankerung von bestimmten Rechten der Gewerkschaften und Betriebsräten im Betrieb).

Sicher – das will ich ich vorbeugend auch mal feststellen, damit ich mir nicht nachher die entsprechenden Belehrungen anhören muß – ändert das nichts daran, daß die Bourgeoisie herrscht, daß der Staat bürgerlicher Staat ist und daß die Ausbeutung der Lohnarbeit weiterhin existiert (obwohl sich am Ausbeutungsverhältnis historisch eben doch verschiedenes *geändert* hat).

Was die Unterstellungen im Hinblick auf den „parlamentarischen Weg“ angeht und die reichlich grundsätzlichen Bemerkungen, die in diesem Zusammenhang schon gefallen sind, so will ich ausnahmsweise nur mit ein paar Zitaten kontern – nicht weil ich den Inhalt dieser Zitate jetzt für den richtigen „strategischen Ansatz“ halten würde, auch nicht, um zu unterstellen, daß diese Zitate die politische Position der betreffenden Autoren hinreichend charakterisieren würden, sondern bloß, um den allzu prinzipiellen Anspruch einiger Verdammungen des „parlamentarischen Wegs“ etwas tiefer zu hängen. (...)

Wie gesagt, ich halte das jetzt nicht für ein bedeutendes Element der Strategiebildung; ohnehin ist die Polemik über den „parlamentarischen Weg“ etwas künstlich, ebenso künstlich wie die aufgestellten Alternativen: Parlament *oder* Räte usw. Gegen diese *falschen* verabsolutierten Alternativen habe ich mich (und haben sich andere Genossen) ja gerade gewandt. Praktisch hat die parlamentarische Taktik in der BRD *heute* gewiß eine sehr eingeschränkte Bedeutung, nämlich gerade die, welche in der Resolution zu den parlamentarischen Wahlen ganz richtig entwickelt wird; im übrigen kann die Frage nach der Rolle der Parlamente, des allgemeinen Wahlrechts, der Ausnutzung anderer Institutionen der bürgerlichen Republik nie auf der prinzipiellen Ebene entschieden werden, sondern tatsächlich bloß konkret. Es ist z.B. ganz unzweckmäßig, auf der Basis von ein paar Zitaten z.B. die Politik der KPI als „parlamentarisch“ zu denunzieren, ohne konkret die Geschichte und die Rolle der entsprechenden Instutionen in Italien zu untersuchen, die ja vielleicht etwas anders sein könnte als beispielsweise bei uns.

Zu befürchten ist eben, daß durch diesen Prinzipialismus und auch durch diese Art, falsche polemische Alternativen aufzuwerfen, eine wirkliche strategische Diskussion schon wieder im Ansatz erstickt wird – eine Diskussion über den Übergang zum Sozialismus, die in der ganzen westeuropäischen Linken schon seit geraumer Zeit im Gang ist (ausgenommen die Trotzkisten und die verbliebenen ML-Parteien, für die im wesentlichen schon alles prinzipiell geklärt ist). Es ist wohl kaum fruchtbar, wenn der Versuch, sich auf die Fragestellung dieser existierenden Diskussion einzulassen, mit dem Verdikt bedacht wird, sie sei „Ergebnis einer teilweisen Anpassung der Theoriebildung an politische Konjunkturen und Strömungen, unter deren Druck wir offensichtlich stehen“ (H.-G. Schmierer in Kommunismus und Klassenkampf 11/1981).

Um ein Beispiel für diese Diskussion und die Vermeidung solcher falschen Alternativen zu zitieren, und zwar einmal eins, das *nicht* aus dem Bereich des Eurokommunismus stammt, gebe ich einige Auszüge aus dem inzwischen schon 6 Jahre alten Gründungsdokument der italienischen PduP, der bedeutendsten Organisation links von der KPI wieder (in die auch der größte Teil der ehemaligen Il-Manifesto-Gruppe eingegangen ist; bestimmte Grundgedanken dieses älteren Dokuments finden sich in dem im letzten Jahr verabschiedeten programmatischen Dokument, das Grundlage des Zusammenschlusses der PduP und der Organisation MLS war, das wir in diesem Sommer in der KVZ auszugsweise zitiert haben.

In der damaligen Konzeption der PduP spielt die „Linksregierung“ eine wichtige Rolle (auch als Gegenentwurf gegen

die Politik des historischen Kompromisses der KPI).

Es heißt dort über die Regierung der Linken: „Sie ist die entscheidende und notwendige Phase eines Übergangs im Westen: Denn nur eine langandauernde Krise kann die reale Macht zergliedern und das Terrain schaffen für eine breitgefächerte Alternativmacht; und nur die Kontrolle der Regierung erlaubt es, die nötigen legislativen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen durchzusetzen, dank derer die Gegenmacht ihren konfusen und marginalen Charakter ablegen kann: dank derer sie Struktur und Kontinuität gewinnt, sich in Verwaltungs- und Führungsaufgaben bewährt, Kader und Organisationsformen herausbildet und Zug um Zug die institutionelle Ratifizierung ihrer erkämpften Erfolge durchsetzt.

Wichtig ist, das wird hier ganz deutlich, der korrekte Gebrauch der Regierung, die volle Ausnutzung aller von ihr gebotenen Möglichkeiten. Es kommt darauf an, ihre Grenzen nicht zu ignorieren, sondern konkret zu überwinden: durch Absage an eine Teilung der Aufgaben (nach dem Muster: die Regierung den Reformisten, die Kämpfe den Revolutionären) und entschlossenen Gebrauch der Regierung als Instrument für den Übergangsprozeß. Bedeutet das Rückfall in den Gradualismus? Durchaus nicht, im Gegenteil. Gerade in dieser gleichsam „letzten“ Phase muß man in jedem Moment mit einer gewaltsamen Gegenoffensive der herrschenden Klasse rechnen, mit einer Reaktion, der man vorgreifen und die man politisch isolieren kann und muß, die man aber gewiß nicht bändigt ohne die nötigen materiellen Kräfte und die Entschlossenheit, sie voll einzusetzen. Enden kann diese Phase jedenfalls nur mit einem Sprung in die Staatsmacht, die aber dann, eben weil so konzipiert, nicht als neue Führung des alten Staats erscheint, sondern als alternative Macht, als ein Staat, der vom ersten Augenblick an abstirbt; als Überwindung des Parlamentarismus nicht in Gestalt einer jakobinischen Macht, sondern als aktiver Abbau des Repräsentationsprinzips und Aufbau einer konkret organisierten, im Alltagsleben verwurzelten Form von Volkssouveränität; in diesem Sinne daher als Sprung aus der bürgerlichen politischen Konstitution, als Bruch der staatlichen Kontinuität – als Sprung allerdings, der ein Maximum an Konsens, an Vielfalt der Diskussion und an direkter Partizipation bei allen Entscheidungen impliziert. Direkte Demokratie ist eine *höhere* Form von Demokratie und braucht daher mehr Hegemonie, mehr Freiheit in Ausdruck und Organisierung als repräsentative Demokratie.“ (nach: Rossanda, Magri u.a.: Der lange Marsch durch die Krise, Frankfurt 1976, S. 216 f.)

Man wird mir sicher entgegenhalten, daß solche Ausführungen auch noch ziemlich allgemein sind und außerdem nicht im Widerspruch zu der vorgelegten Resolution stehen, sondern sich vielmehr etliche der dort vorgetragenen Gesichtspunkte auch in der Resolution selbst finden. Das ist zweifellos richtig; aber sie stehen dort unvermittelt neben kruden Prinzipien wie dem, daß das aufständische Volk die existierende Staatsmaschinerie in der Revolution zerbrechen muß, um an ihre Stelle eigene, neue Machtorgane zu setzen nach dem Vorgang der Pariser Kommune, was zwar vielleicht weit ausgelegt werden kann, aber doch ziemlich deutlich die Vorstellung der Auseinanderjagung der Parlamente im Moment des Aufstands – von dem Gemeindevertretungen bis zum nationalen Parlament – und ähnliches enthält – und genau so wird das in der Diskussion ja auch ausgelegt, und auf solche Festlegungen will ich mich *nicht* programmatisch verpflichten lassen.

Nun zu einigen Aspekten des „Kampfes um Demokratie“, dem Verhältnis von sozialer und politischer Revolution und zur „Diktatur des Proletariats“.

Genosse Schmierer schreibt (in Kommunismus und Klassenkampf) im Hinblick auf die Debatte über den „Kampf um Demokratie“ und die Diktatur des Proletariats:

„Worum es wirklich geht: ist es tatsächlich richtig, aufgrund neuer Erfahrungen der unter unseren Augen vor sich gehenden Bewegung, von der Notwendigkeit der politischen Revolution zur Befreiung der Arbeit abzugehen und zu einer Konzeption überzugehn, die auf Basis der Annahme eines schrittweisen Hinüberwachsens des Kapitalismus in den ‚Sozialismus/Kommunismus‘ davon ausgeht, daß dies durch eine Transformation des Staates vermittelt über die parlamentarische Demokratie zwanglos vonstatten gehen könne?“ (Kommunismus und Klassenkampf 11/1981, S. 29)

Wieder ist, wie ich meine, eine falsche Alternative perfekt. Noch niemand hat in dieser Diskussion die Auffassung vertreten, es ginge um eine zwanglose Transformation des bürgerlichen Staats vermittelt durch die parlamentarische Demokratie und um eine schrittweises Hinüberwachsen in den Sozialismus auf *dieser* Grundlage. Umgekehrt ist zu dem hier verwendeten Begriff der politischen Revolution nicht viel gesagt, aber was dazu gesagt wird, veranlaßt mich, eine bestimmte Auffassung über politischen Kampf und Kampf um Demokratie und über politische Revolution anzunehmen, die ich für falsch halte.

Ich will mich hier nur unter ganz bestimmten, eingeschränkten Aspekten auf die Debatte über die „Diktatur des Proletariats“ beziehen; der entsprechende Abschnitt der Resolution liegt nicht zur Abstimmung vor; die Diskussion über dieses Problem würde den Rahmen der Delegiertenkonferenz wohl auch sprengen (etwa die notwendige Überprüfung des Satzes unseres Programms: „Während der ganzen geschichtlichen Periode von der Machtergreifung des Proletariats bis zur Vollendung des Kommunismus existieren noch Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf“); ich will also auf die Problematik dieses Begriffs oder dieser Konzeption nur insoweit eingehen, als es von Belang ist für andere hier weiterhin zu behandelnde Ausführungen der Resolution.

Lenin schreibt in seinem Werk „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ unter der Überschrift: „Kann es Gleichheit zwischen dem Ausgebeuteten und dem Ausbeuter geben?“ (wobei eindeutig die Frage der politischen Gleichheit, der gleichen Rechte unter der Diktatur des Proletariats gemeint ist): „Den Ausbeutern kann man bei einem gelungenen Aufstand im Zentrum oder bei einer Empörung des Heeres mit einem Schlag eine Niederlage bereiten. Aber abgesehen vielleicht von ganz seltenen und besonderen Fällen kann man die Ausbeuter nicht mit einem Schlag vernichten. Man kann nicht alle Gutsbesitzer und Kapitalisten eines halbwegs größeren Landes auf einmal expropriieren. Ferner, die Expropriation allein, als juristischer oder politischer Akt, entscheidet bei weitem nicht die Sache, denn es ist notwendig, die Gutsbesitzer und Kapitalisten tatsächlich *abzusetzen* und sie tatsächlich durch eine andere, von Arbeitern ausgeübte Verwaltung der Fabriken und Güter *zu ersetzen*. Es kann keine Gleichheit geben zwischen den Ausbeutern, die viele Generationen lang durch ihre Bildung, durch ein Leben in Reichtum und durch ihre Routine eine Sonderstellung einnahmen, und den Ausgebeuteten, die selbst in den fortgeschrittensten und demokratischsten bürgerlichen Republiken in ihrer Masse niedergedrückt, unwissend, ungebildet, verängstigt und zersplittert sind. Die Ausbeuter behalten noch lange Zeit nach dem Umsturz unvermeidlich eine Reihe gewaltiger tatsächlicher Vorteile: Es bleibt ihnen das Geld ..., es bleiben ihnen gewisse, oft bedeutende Mobilien, ferner Beziehungen, die Routine in der Organisation und Verwaltung, die Kenntnisse aller ‚Geheimnisse‘ (Gebräuche, Methoden, Mittel, Möglichkeiten) der Verwaltung, es bleibt ihnen die höhere Bildung, der enge Kontakt mit dem (bürgerlich lebenden und denkenden) leitenden technischen Personal, es bleibt ihnen die unvergleichlich größere Routine im Militärwesen (das ist sehr wichtig) und so weiter und so fort ...

Bei einer solchen Lage der Dinge anzunehmen, daß in einer auch nur einigermaßen tiefgreifenden und ernsthaften Revolution die Sache ganz einfach durch das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit entschieden wird, zeugt von größter Stupidität, ist das höchst einfältige Vorurteil eines Dutzendliberalen, ist Betrug an den Massen ... Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration ... Und hinter den kapitalistischen Ausbeutern trottet die breite Masse des Kleinbürgertums einher, von dem Jahrzehnte geschichtlicher Erfahrungen in allen Ländern bezeugen, daß es schwankt und wankt, daß es heute dem Proletariat folgt, morgen vor den Schwierigkeiten der Umwälzung zurückschreckt, bei der ersten Niederlage oder halben Niederlage der Arbeiter in Panik gerät, die Nerven verliert, sich hin und her wirft, wehklagt, aus einem Lager in das andere überläuft ...“ Lenins Schlußfolgerung ist übrigens: „Theoretisch ... steht die Frage so: Ist die Diktatur des Proletariats ohne Verletzung der Demokratie gegenüber der Klasse der Ausbeuter möglich?“, und er beantwortet sie auch eindeutig: „Notwendiges Merkmal, unerläßliche Bedingung der Diktatur ist die *gewaltsame* Niederhaltung der Ausbeuter als *Klasse* und folglich eine *Verletzung* der ‚reinen Demokratie‘, d.h. der Gleichheit und Freiheit, gegenüber dieser Klasse.“ Lenin, Werke Bd. 28, S. 251 ff.) Halten wir fest, daß es Lenin für notwendiges Merkmal der Diktatur des Proletariats hält, die Bourgeoisie außerhalb des Gesetzes, unter Sonder- oder Ausnahmerecht zu stellen. Doch nicht um die Problematik dieser prinzipiellen Bestimmung geht es hier, sondern um die Beschreibung einiger Merkmale der Revolution, die Lenin vor Augen hatte: „die Ausgebeuteten ... niedergedrückt, unwissend, ungebildet, verängstigt und zersplittert ...“, auf seiten der Ausbeuter die Routine in der Organisation und Verwaltung, die höhere Bildung, der enge Kontakt mit dem bürgerlich lebenden und denkenden technischen Personal, „und so weiter und so fort“; hinter den Ausbeutern die „breite Masse der Kleinbürger“, die „schwankt und wankt“, „aus dem einen Lager in das andere überläuft“ usw. –

Aber entspricht diese Beschreibung den Entwicklungsbedingungen einer sozialistischen Revolution im heutigen Westen? Sie zeigt vielmehr eine Reihe von Zügen, die eine kommende Revolution nicht haben *kann*, von Verhältnissen, die wir in einer solchen Revolution auch nicht anstreben sollten, sondern möglichst vermeiden müssen. Tatsächlich geht es bei der ganzen Debatte nicht in erster Linie um Staat, Parlament, allgemeines Wahlrecht usw., sondern es geht vor allem anderen um zwei Dinge:

Die revolutionäre Reifung und Selbstorganisation der Arbeiterklasse und die Herstellung eines Bündnisses für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, das unter Führung der Arbeiterklasse alle Klassen und Schichten, alle sozialen und politischen Kräfte zusammenfaßt, die für ein positives, in Umrissen schon praktisch entwickeltes und umkämpftes Programm der Umgestaltung zu gewinnen sind, ein bewußtes Bündnis, das all diesen Klassen und Schichten eine sinnvolle Zukunftsperspektive zuweist, ein Bündnis, das auf einer breiten, demokratisch erzielten Übereinkunft beruht.

Diese Reife der Arbeiterklasse, dieses Bündnis und dieses Programm kann nur in Kämpfen um die praktische Umgestaltung der Gesellschaft entwickelt und erprobt werden. In diesen Kämpfen verändern die Massen sich selbst, eignen sie sich die „höhere Bildung“, die Kenntnisse in der Organisation und Verwaltung an, findet die *Arbeiterklasse* den engen Kontakt mit dem technischen Personal usw.

Die Formel von der „politischen Revolution als Voraussetzung der sozialen Befreiung“ droht schon wieder zur Leerformel zu werden, die wie in der Vergangenheit bloß als Knüppel gegen alle Ansätze für eine Politik, die konkrete gesellschaftliche Alternativen schon auf die Tagesordnung zu bringen versucht, eingesetzt wird.

Sicher läuft ein solcher Prozeß der sozialen und politischen Umgestaltung, der Erkämpfung von gesellschaftlichen und politischen Machtpositionen der Arbeiterklasse und der Volksmassen auf eine Entscheidung über die politische Macht und letztlich über die Kontrolle der bewaffneten Gewaltorgane zu – in welchen Formen immer; aber *dieser* Zusammenstoß kann nur positiv entschieden werden, die Macht kann – in *demokratischer* Form – nur dauerhaft gesichert werden, wenn die Arbeiterklasse schon vorher auf allen Ebenen der Politik und Gesellschaft den Kampf aufnimmt und *Erfolge* erzielt.

Wer das für illusionär erklärt, sollte sich vor Augen halten, daß sich genau dieser Prozeß, wenn auch erst in noch bescheidenen und rudimentären Formen, genau unter unseren Augen abspielt.

Wenn wir dies nicht wahrnehmen, liegt das unter anderem an einem unbrauchbaren, dogmatisierten Begriffsapparat: unserer Vorstellung von „ökonomischem“ und „politischem Kampf“ – Unterscheidungen, die wir aus der Tradition übernommen und wie üblich zur Perfektion ausgearbeitet haben, und auch an unserer bisherigen Vorstellung des Kampfes um Demokratie. Erinnern wir uns doch an die klappernde Dialektik von „ökonomischen Kämpfen“ (Kämpfe um den Preis und die Verbrauchsbedingungen der Ware Arbeitskraft) und „politischen Kämpfen“, wiederum säuberlich unterteilt nach „Kämpfen um Arbeiterrechte“ (zur Einschränkung der Konkurrenz unter den Arbeitern durch allgemeine Gesetze, z.B. im Hinblick auf die Länge des Arbeitstages oder das Versicherungswesen) und „Kämpfen um Demokratie“, d.h. um Machtpositionen, zum hauptsächlichen und wesentlichen Zweck der Eroberung der *ganzen* Macht.

Diese Begriffe und Unterscheidungen sind untauglich, der Begriff des „Kampfes um Demokratie“, der daraus folgt, ist es erst recht, ebenso die Hierarchie von Kämpfen, die wir daraus gemacht haben („der ökonomische Kampf ist grundlegend, der politische Kampf ist entscheidend“); vielleicht hatten sie in früheren Phasen des Klassenkampfes einen Sinn, heute versperren sie nur den Blick für die Realität: die stattfindenden Kämpfe beginnen sich diesen Unterschieden zu entziehen.

Schon der Kampf um die Beschränkung des Arbeitstages hat – darauf hat Marx immer wieder nachdrücklich hingewiesen – nicht nur die Bedeutung eines Kampfes um die Erhaltung der Arbeitskraft, sondern einen weit darüber hinausweisenden Sinn; das 10-Stunden-Gesetz bezeichnet er als Sieg eines Prinzips einer sozialistischen Ökonomie über die Prinzipien der kapitalistischen Ökonomie. Kämpfe gegen den „industriellen Despotismus“, um Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten und Gewerkschaften, um Eingriffsrechte in den unmittelbaren Produktionsprozeß (Gestaltung des Arbeitsablaufs, der Arbeitsteilung, der eingesetzten Maschinerie usw.) enthalten mehr als „Reproduktionsinteressen“, enthalten schon Ansprüche auf Kontrolle der Produktion und Änderungen der Produktionsweise, die nicht länger den Prinzipien der Kapitalverwertung unterworfen bleiben soll.

Sie bedeuten Angriffe auf die gesellschaftlichen Machtpositionen der Kapitalisten, und sie können gesellschaftliche Machtpositionen der Arbeiterklasse zum Ergebnis haben.

Die heutigen Kämpfe greifen bereits weiter: Hinter dem „Recht auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, hinter der Gewalt über das Kapital die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse ...“ schrieb Marx (in den „Klassenkämpfen in Frankreich“); und das steht auch praktisch hinter den Forderungen nach staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft zur Überwindung der Krise – durchaus unter Verletzung der Eigentumsrechte der Kapitalisten; das Problem ist, daß es an positiven Vorschlägen und Vorstellungen noch mangelt und an der Diskussion solcher Vorstellungen etwa in den Gewerkschaften, wie Maßnahmen gegen die Folgen der Krise mit Strukturveränderungen der Wirtschaft, staatliche oder gesellschaftliche Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals in wichtigen Bereichen – und zwar nach „sozialistischen“ Prinzipien – aussehen können, nachdem die traditionellen Konzepte der Ankurbelung wesentlich auf dem Weg der generellen Verbesserung der Profitchancen der Kapitale offenbar nicht mehr funktionieren. In den Kämpfen – sowohl in den Kämpfen der Arbeiterbewegung wie in Gestalt der „neuen sozialen Bewegungen“ – be-

ginnen sich neue, revolutionäre Inhalte zu entwickeln, Bedürfnisse und Forderungen, die auf eine radikale Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse zielen, die die Organisationsprinzipien und Werte dieser Gesellschaftsordnung insgesamt in Frage stellen; in diesem Sinn beginnt tatsächlich „der Sozialismus zum Bedürfnis zu werden“. Gleichzeitig werden auch die traditionellen Formen der Politik (über die etablierten Parteien, Wahlen usw.) immer mehr verlassen, um neuen Formen der Selbstorganisation und Willensbildung Platz zu machen (*ohne* deswegen auf die Ausnutzung der Parlamente zu verzichten; siehe die alternative *Wahl*bewegung).

In Frage gestellt wird der *Sinn* von beruflicher Arbeit, wenn auch sicher zuerst von kleineren, wenn man so will „Randgruppen“; der *Inhalt* der Arbeit wird zum Gegenstand des Konflikts, die Aneignung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeiter zur Kampfziel; Konflikte im Schulwesen richten sich nicht bloß auf verbesserte Ausbildung, um bessere Marktchancen der Arbeitskraft zu erreichen, sondern richten sich positiv auf die Entfaltung der Anlagen der Kinder, von Fähigkeiten und Kenntnissen, und auf den Abbau von Herrschaft, gegen Konkurrenz und Leistungsdruck; die Auseinandersetzung im Sozial- und Gesundheitsbereich richten sich nicht nur gegen unzureichende Versorgung, sondern gegen bürokratische Organisierung, gegen die Herabwürdigung zum Objekt, zum Klienten, zum „Fall“; auch hier geht es um neue Formen der Vergesellschaftung, um den Abbau von Bürokratisierung schon hier und jetzt, letztlich um Elemente des Sozialismus. Die etablierten Trennungen von Politik und Ökonomie (einschließlich der Trennung von „Politik und Privatleben“) werden aufgebrochen; irrationale Formen des Konsums, Freizeit, Familienverhältnisse und Geschlechterrollen werden zum Gegenstand bewußter Auseinandersetzung und bewußter Veränderung – mit anderen Worten: bürgerliche Herrschaft und die Macht des Kapitals und *alle* ihnen entsprechenden Beziehungen werden auf allen gesellschaftlichen Ebenen, in der Produktion, in den *öffentlichen* Institutionen und in den sogenannten *privaten* Institutionen, in Frage gestellt und angegriffen, und konkrete Alternativen werden in Angriff genommen, diskutiert, erprobt, durchgekämpft, mit wechselnden und fraglichen Erfolgen, sicher, stets bedroht von Repression einerseits, Integration und Verfälschung andererseits; aber doch ein hoch zu schätzendes Potential sowohl der Veränderung von gesellschaftlichen Beziehungen wie auch von Wissen und praktischen Erfahrungen entwickelnd, die für die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung von Bedeutung sind. *Das* verstehe ich unter dem Kampf um Demokratie: dieser findet im Betrieb genauso statt wie in der Schule; im Gesundheitswesen, im Stadtviertel, in Polizei und Armee wie gegenüber der staatlichen Verkehrs-, Energie- oder auch Militär- und Außenpolitik. Bei diesem Kampf geht es um die Sprengung aller Schranken der bürgerlichen, der sogenannten „politischen“ Demokratie (wobei der Überwindung der formellen Schranken einer bloß „politischen“ Demokratie durch die zunehmenden Eingriffe des Staates ins gesellschaftliche Leben schon vorgearbeitet ist, die ein neues Terrain für politische Kämpfe geschaffen haben). Der Kampf geht um Erweiterung von Demokratie im Sinne von „Selbstregierung der Volksmassen“, bewußter Gestaltung aller gesellschaftlichen Beziehungen in allen Lebensbereichen.

Natürlich stößt dieser Kampf ständig an die Schranken der bestehenden rechtlichen und politischen Verhältnisse und führt also oft genug zur direkten Konfrontation mit der Staatsmacht und muß in dieser Konfrontation letztlich auch durchgefochten werden. Ich kenne allerdings keine politische Position auf der Linken (abgesehen von Strömungen der Protest- und Alternativbewegung, die sich eben auf Protest oder alternative Projekte in den „Nischen der Gesellschaft“ ausdrücklich beschränken wollen), die *das* bestreiten.

Die Notwendigkeit der politischen Verallgemeinerung dieser Bewegungen und die Notwendigkeit des Kampfes um die Macht (als „Hauptkettenglied“ auf dem Weg zur *Eroberung* der Macht) hochzuhalten – *das* kann eigentlich nicht unser spezifischer und eigenständiger Beitrag zur Weiterentwicklung dieser Kämpfe sein, jedenfalls nicht unser wesentlicher Beitrag, und wir sollten die Formel über den „Kampf um Demokratie als Hauptkettenglied“ fallenlassen und besonders die Illusion, uns ausgerechnet mit einer solchen Formel positiv von anderen Positionen abgrenzen zu können.

Eine politische Revolution im Sinne der politischen Entmachtung der Bourgeoisie, des Zerbrechens ihrer Gewaltorgane: Polizei, Armee, Justiz und Bürokratie – in welchen konkreten Formen sich dieses „Zerbrechen“ auch immer vollziehen mag –; die Sprengung der vielfältigen Schranken der bürgerlichen Demokratie ist zweifellos notwendig. Aber ohne vorausgegangene Veränderung der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse und der Volksmassen, ohne Kämpfe um Aneignung der verschiedenen gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen, ohne die Entwicklung von „Keimen des Kommunismus“ in den Kommunen, im Schulwesen, im Gesundheitswesen, ohne Eroberung oder Ausdehnung von Positionen in den Massenmedien, ohne daß sich in all diesen Kämpfen die Umrisse einer neuen Gesellschaft auch praktisch schon deutlicher abzeichnen, scheint mir jede „politische Revolution“ undenkbar oder doch sehr unwahrscheinlich. Als Voraussetzungen (und nicht bloß Ergebnis) gehören dazu auch Umwälzungen in den Produktionsverhältnissen selbst, in die schon Elemente des Sozialismus eingeführt werden müssen: seien es Ansätze von betrieblicher Selbstverwaltung oder Ansätze von gesellschaftlicher Planung, etwa über einen staatlichen Sektor der Industrie o.ä. Auch die Produktionsverhältnisse sind nicht allgemein und unverändert bürgerlich, durch alle konkreten Modifikationen, Machtverschiebungen usw. hindurch, um dann irgendwann zu sozialistischen zu werden – auch dieser Transformationsprozeß vollzieht sich durch bestimmte einzelne Schritte hindurch, wo Elemente sozialistischer Produktion schon im Rahmen noch vorwiegend kapitalistischer, vom Profitprinzip bestimmter Produktionsverhältnisse durchgesetzt werden.

Worum es also geht, ist, die Entwicklung dieser vielfältigen Bewegungen und gesellschaftlichen Alternativen zu unterstützen, die Verallgemeinerung ihrer Erfahrungen zu fördern, an der Entstehung eines Programms der gesellschaftlichen Umwälzung, das die Umrisse einer neuen Gesellschaftsordnung schon enthält, mitzuwirken, die Verbindung zwischen den Kämpfen zu fördern, die Übernahme der Inhalte aller dieser Kämpfe durch die organisierte Arbeiterbewegung zu fördern, an der Überwindung aller existierender Spaltungsmomente, der Einflüsse von Illusionismus und Irrationalismus zu wirken, die es natürlich auch reichlich gibt, ebenso wie die traditionellen reformistischen Vorurteile in der organisierten Arbeiterbewegung sich nur mühsam auflösen lassen. (Meine Andeutungen zielten sowieso vor allem auf die positiven, vorwärtstreibenden Momente der Entwicklung – Momente, die übrigens zum ersten Mal in der Studentenbewegung und den anderen, gleichzeitigen Bewegungen von größerer Bedeutung waren; die recht bedeutenden Gegentendenzen, die es gibt, dürfen dabei sicher nicht vergessen werden.)

Diese Aufgaben sind, wie ich meine, in den letzten Abschnitten des vorliegenden Resolutionsentwurfs für unseren gegenwärtigen Diskussionsstand einigermaßen richtig beschrieben. Der Versuch, demgegenüber noch irgendwas Besonderes aus unserer Tradition des „demokratischen Kampfes“ zu retten (wie das in Punkt 14 der Resolution versucht wird), ist da vollkommen überflüssig und legt bloß nahe, so wie früher unter dem Hinweis auf die Notwendigkeit der „politischen Revolution“ und die „Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“ alle solche gesellschaftlichen und politischen Initiativen, die mit der Veränderung der Gesellschaft schon heute in einem revolutionären Sinn anfangen, schlicht als illusionär abzutun und ihnen in erster Linie als Prediger der Machteroberung entgegenzutreten.

Viertens zum Schluß: Ich will keine voreiligen Urteile fällen